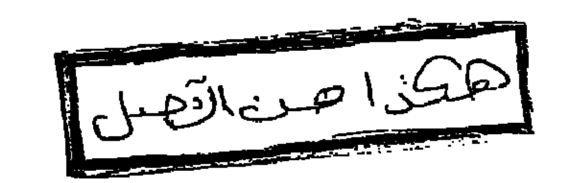


onnerstag, 24. März 1983 - D ***
…chblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen
…gien 36,00 bfr, Dänemark 7,50 dkr, Frankreich 6,00 F, Griechenland 80 Dr, …britannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 27,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 70 - 12.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 100 Pts, Kanarische Inseln 125 Pts.

TAGESSCHAU

OLITIK

Neue Zuversicht bei Berliner Arbeitgebern

AFP/AP/rtr, Berlin

…m „Durchbruch" zu einem neu… Berlin-Bewußtsein sieht der …uptgeschäftsführer der Zentral…einigung Berliner Arbeitgeber…bände, Hartmann Kleiner, die …deutendste Entwicklung seit …len Jahren. Kleiner sagte ge…rn in Berlin, die steigende posi…e Ausstrahlung der Stadt auf …tive und ideenreiche" junge …nschen sei ein großer Gewinn. …se Entwicklung müsse in eine …elle von Existenzgründungen" …gesetzt werden, damit viele der …t noch über 90 000 Arbeitslosen …der Stadt wieder eine Beschäfti…ng erhielten. Dieser Bewußt…nswandel ist nach Ansicht Klei…s möglich geworden, weil es …h in der Stadt selbst „unüber…bar einen Trend zu neuem Ta…drang und neuer Zuversicht" …e. In diesem Zusammenhang …rdigte er die politische Führung …lins, die diese Entwicklung „ge…t und erfolgreich" gefördert ha… Besonders positiv sei die Ent…klung auf dem Ausbildungs…tor. Einige Unternehmen aus …n Bundesgebiet haben nach …iners Auskunft konkretes Inter…e an einer möglichen Ansied…g in Berlin.

WIRTSCHAFT

Spitzentreffen soll Tarifstreit lösen helfen

Rei. Bonn

Voraussichtlich am Samstag werden sich die Spitzen von Arbeitgebern und Gewerkschaften der Metallindustrie zu einem Gespräch zusammenfinden. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, Wolfram Thiele, hat dem IG-Metall-Vorsitzenden Eugen Loderer gestern das Angebot dazu gemacht. Heute um 11 Uhr tagt in Frankfurt der Gewerkschaftsvorstand, um über die Annahme des Gesprächsangebots zu beschließen. Die achtköpfige Konferenzrunde wird keine Tarifverhandlungen führen, sondern nur beraten, wo und wie die festgefahrenen Tarifverhandlungen regional wieder aufgenommen werden sollen. In Bayern war am Wochenende das Scheitern der Tarifgespräche erklärt worden. Die Fortsetzung von Warnstreiks unterdessen wollte die IG Metall nicht ausschließen. Von einem großen Flächenstreik sei man allerdings noch „ein beträchtliches Stück" entfernt, obwohl in allen Tarifgebieten die Friedenspflicht abgelaufen sei. Die Gewerkschaft fordert Einkommensverbesserungen von vier Prozent, die Arbeitgeber haben bisher 2,4 Prozent angeboten.

ZITAT DES TAGES



Oberster Grundsatz der Tarifpolitik muß es wieder werden, nur das zu verteilen, was zuvor auch erwirtschaftet worden ist. „

…mann Kleiner, Hauptgeschäfts…er der Zentralvereinigung Berliner …itgeberverbände (ZBA), gestern …rlin FOTO: DPA

Keine Kurzarbeit

rtr, Frankfurt

Nach den Fordwerken hat jetzt auch VW die für April geplante Kurzarbeit zurückgenommen. Die Nachfrage habe sich so belebt, daß die Produktionskürzungen in den Pkw-Werken nicht mehr erforderlich seien, erklärte ein Sprecher des Unternehmens. Der Geschäftsführer des Verbandes der Automobilindustrie, Achim Diekmann, sagte, er erwarte in den nächsten Monaten eine deutliche Steigerung der deutschen Automobilproduktion.

Überschuß-Sorgen

Mk. Bonn

Der designierte Ernährungsminister Ignaz Kiechle (CSU) betrachtet mit großen Sorgen die wieder wachsenden Überschüsse in der Europäischen Gemeinschaft. In einem Gespräch mit der WELT wies er darauf hin, daß sie das System der Marktordnungen, daß er als „großen Segen" bezeichnete, gefährdeten. Um der Funktionsfähigkeit der Marktordnungen willen müßten vor allem die Mengenzuwächse beim Getreide und bei der Milch begrenzt werden. Seite 9

…klärung kritisiert

dpa/DW. Jerusalem

…e jüngste Nahost-Erklärung …EG ist in Israel heftig kritisiert …len. Maßgebliche politische …se in Jerusalem sprachen von … „tatsachenverzerrenden, un…ändlichen Haltung" der EG. …in früheren Fällen ignorierten …Zehn auch diesmal den einzigen …llen Faktor in der politischen …wicklung – die Nahost-Verein…ngen von Camp David, hieß es. … „einzige Hindernis auf dem …zum Frieden" stelle „die Weige… der arabischen Regierungen … ohne Vorbedingungen Frie…sverhandlungen mit Israel auf…hmen". Dagegen hat Kairo die Erklärung begrüßt.

…tersuchung

dpa, München

…er bayerische Landtag hat ge…n mit den Stimmen von CSU … SPD einen Untersuchungsaus…ß eingesetzt, der die Grund…ksgeschäfte beim Bau der …chner Trabantenstadt Neuper… Anfang der 60er Jahre unter die …e nehmen soll. Der CSU geht es …ei nicht zuletzt um die Frage, ob … damalige Münchner Oberbür…neister Hans-Jochen Vogel …D) bei der Einschaltung der pri…en Grundstücksgesellschaft …rrafinanz" seine Dienstpflich… verletzt hat.

Bau: Mehr Aufträge

AP/dpa/VWD, Berlin/Wiesbaden

Um mehr als ein Viertel hat sich der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe im Januar gegenüber dem Vergleichsmonat 1982 erhöht. Gegenüber Dezember ging das Auftragsvolumen allerdings um rund 26,7 Prozent zurück. Nach einem Rückgang der Bautätigkeit im Jahr 1982 rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaft (DIW) für 1983 insgesamt mit „einer Zunahme des realen Bauvolumens bis zu zwei Prozent".

Aktien freundlich

DW. Frankfurt

Nach den kräftigen Kursgewinnen vom Vortag präsentierte sich der deutsche Aktienmarkt gestern in recht stabiler Verfassung. Der Rentenmarkt fand nur geringes Interesse. *WELT*-Aktienindex 128,7 (128,2). Dollar-Mittelkurs 2,4233 (2,4014) Mark. Goldpreis je Feinunze 410,00 (421,25) Dollar.

KULTUR

Klassenfrage

AFP, Berlin

Die Sozialistische Einheitspartei der „DDR" (SED) hat jetzt bemängelt, daß die Arbeiter in der neueren „DDR"-Literatur nicht als „herrschende Klasse" dargestellt werden. So sehr anzuerkennen sei, daß viele Schriftsteller sich dem Alltag des Arbeiters in der materiellen Produktion zuwenden – „das allein genügt nicht", konstatierte das theoretische Parteiorgan „Einheit" in seiner jüngsten Ausgabe. Er müsse auch literarisch dargestellt werden „als Teil der machtausübenden Klasse mit allen daraus erwachsenden Problemen alltäglichen Kampfes".

…TTER

…wölkt und regnerisch

DW. Essen

…ganz Deutschland überwie…d stark bewölkt und Regen. Ta…temperaturen im Norden um …l, sonst um 3 Grad. Frischer in …n stürmischer Wind um West.

Heute in der WELT

Kohl will der westlichen Allianz „wieder Schub geben"

Kanzler sieht Grundlage für langfristige Zusammenarbeit mit der FDP

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Koalitionsvereinbarungen mit der FDP als Grundlage „für eine langfristige Zusammenarbeit" in Bonn bezeichnet. Vor dem CDU-Bundesvorstand sagte Kohl gestern, daraus könnten sich auch „Perspektiven" für Bündnisse in den Ländern ergeben. Ausdrücklich nannte er in diesem Zusammenhang die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Frühjahr 1985 und die erwarteten Neuwahlen in Hessen.

Am Verhandlungstisch, berichtete Kohl, habe es zwar hin und wieder Spannungen gegeben, aber man sei „fair" miteinander umgegangen. „Niemand hat dem anderen den Stempel aufgedrückt". Als sehr schwierig stellten übereinstimmend Kohl, Generalsekretär Geißler und Bundesfinanzminister Stoltenberg die Verhandlungen mit der FDP über das Thema Investitionsanleihe dar. Geißler sagte, die FDP habe konsequent für die Rückzahlbarkeit plädiert, während die CDU-Delegation für die Nichtrückzahlbarkeit eingetreten sei.

Im Laufe der Verhandlungen habe die CSU „immer mehr" die Argumente der FDP übernommen. Der schließlich gefundene Kompromiß werde aber die Zielsetzung der Union, Besserverdienenden ein besonderes Opfer abzuverlangen, gerecht. Manchmal, so schilderte Stoltenberg, habe man vor der Alternative gestanden, abzubrechen, ohne zu erkennen, wie es weitergehen solle. Kritische Anmerkungen über den Kompromiß bei der Investitionsanleihe machten die Vorstandsmitglieder Scherer, Herzog und Waffenschmidt. Der CDU-Vorstand und die gleichfalls tagende CSU-Landesgruppe billigten die Verhandlungsergebnisse. Die CSU-Abgeordneten beschlossen zugleich formell die Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU.

Zu Personalien äußerte sich Kohl nicht. Er möchte an die Tradition von Konrad Adenauer anknüpfen und diese Informationen zuerst der Bundestagsfraktion geben. Dies wird am kommenden Montag der Fall sein. Gestern abend kam die neue Fraktion zur Konstituierung zusammen und wählte Alfred Dregger erneut zu ihrem Vorsitzenden. Die Wahl und Vereidigung des Kanzlers wird am 29. März stattfinden. Die Eidesleistung der Minister ist für den 30. März vorgesehen.

SEITE 2:
Nachbesserung ist dringend erwünscht
Weitere Beiträge auf Seite 4

Während die Minister Stoltenberg und Blüm die Einzelbeschlüsse erläuterten, nahm Kohl vor dem CDU-Bundesvorstand auch zur Außen- und Deutschlandpolitik Stellung. Sein Ziel sei es, „der westlichen Allianz wieder einen Schub zu geben". Ihn stimme sorgenvoll, so sagte Kohl, daß im Bewußtsein der Bürger die Einsicht in die Notwendigkeit der Verteidigung, wie Umfragen signalisierten, „verblassen". Das Verhältnis der Bundesregierung sei „pro USA", aber niemand könne unterstellen, „wir seien Knechte der amerikanischen Politik".

Der Abschluß des Sachprogramms der Koalition war – von Grundübereinstimmungen, aber auch von Differenzen über die Außenpolitik abgesehen – bis zum Schluß von den Themen Investitionsanleihe und Rentensicherung bestimmt. In beiden Fällen wurde schließlich ein Kompromiß gefunden. Die Zwangsanleihe wird jetzt auch 1985 erhoben, während die Rückzahlung erst 1990 und nicht wie zunächst vorgesehen ab 1987 erfolgt. Dadurch müßten Besserverdienende, so argumentierte Geißler, einen Zinsverlust in Höhe einer einjährigen Ergänzungsabgabe hinnehmen. Der SPD-Politiker Hans Apel sprach hingegen von einem „dreisten Täuschungsmanöver der Union", dessen Zweck es gewesen sei, die FDP über die Fünf-Prozent-Hürde zu bringen. Zugleich äußerte Apel verfassungsrechtliche Bedenken, unter anderem deshalb, weil sich Unternehmen durch Investitionen von der Anleihe befreien könnten, Arbeitnehmer aber diese Möglichkeit nicht hätten.

Im Bereich der Rentenpolitik hat sich Bundesarbeitsminister Blüm mit seiner ablehnenden Haltung gegen die Verschiebung von Rentenanpassungen durchsetzen können. Bis zum 1. Juli 1984 will Blüm Vorschläge für eine Rentenreform einschließlich einer neuen Rentenformel vorlegen. Unabhängig davon soll im nächsten Jahr die Erhöhung der Renten an den Lohnerhöhungen gemessen werden, was eine Anhebung von etwa 3,5 Prozent bedeuten wird.

DER KOMMENTAR

Ende der Träume

AUGUST GRAF KAGENECK

Zehn Jahre lang bot die Sozialistische Exekutive in Paris ein Bild der Konfusion. Hatte François Mitterrand, der Präsident mit der 40jährigen innenpolitischen Routine, angesichts des doppelten Rückschlags der Gemeindewahlen, die für ihn nicht gerade erfreulich ausgegangen waren, und der Franc-Abwertung resigniert? Alle Welt wartete auf eine neue Regierung und auf Jacques Delors, den Mann, der – wie man es in Frankreich sieht – in Brüssel die Deutschen das Fürchten gelehrt hatte.

Nun ist die neue Regierung da, aber sie ist nicht neu. An ihrer Spitze steht wieder Pierre Mauroy, ein Politiker, der in den Augen vieler Franzosen abgewirtschaftet hat und dem die New Yorker Börse noch in der vorletzten Nacht mit einem Franc-Kurs-Sturz zeigte, wie wenig Vertrauen die internationale Finanzwelt in ihn hat.

Gewiß: Es gibt Jacques Delors, aber er steht nur an zweiter Stelle. Und er hat als Aufpasser den Sozialminister Beregovoy neben sich, der dafür sorgen soll, daß das „Soziale" bei den einschneidenden Maßnahmen, die anstehen, nicht zu kurz kommt.

Ist nun Enttäuschung bei den Partnern Frankreichs angebracht? Man muß verstehen: Mitterrand hatte eine schwere Wahl. Welches Vertrauen mußte ihm wichtiger sein: das der Franzosen oder das der europäischen Partner, insbesondere der Deutschen? Indem er sein getreues Arbeitspferd Mauroy beauftragte, den verfahrenen Karren des französischen Sozialismus aus dem Dreck zu ziehen, setzte er in erster Linie auf innenpolitische Stabilität. Denn Mauroy ist der Integrierer, der kleinste gemeinsame Nenner einer zerstrittenen Partei aus vielen Flügeln, ohne deren Unterstützung Mitterrand keine Politik machen kann. Und er ist für die „Linken" der Garant dafür, daß wenigstens ein bißchen von den sozialistischen Träumen der ersten beiden Regierungsjahre in jene mageren Jahre hinübergerettet wird, die jetzt kommen müssen.

Der Mann aber, der dem Zugführer Mauroy die Weichen stellt, heißt Jacques Delors. Er ist Macher, Technokrat, Rechner, Durchsetzer – im übrigen ein Politiker mit eher sozialdemokratischen Vorstellungen. Daß seine Position jetzt gestärkt wurde, soll hinreichende Garantie dafür sein, daß auch die Erwartungen der Partner an Frankreich erfüllt werden.

„Vertrauen von Investoren festigen"

BDI-Appell an Bundesregierung zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sieht die konsequente Fortsetzung der eingeleiteten Neuorientierung in der Wirtschafts- und Finanzpolitik durch die Bundesregierung jetzt als entscheidend an für eine dauerhafte Kräftigung der Aufwärtstendenzen.

Der BDI erwartet, daß die Bundesregierung ihren ersten wirtschaftspolitischen Weichenstellungen so schnell wie möglich ein überzeugendes, mittelfristig angelegtes Gesamtkonzept folgen läßt, das konkrete Zielsetzungen für die kommende Legislaturperiode und Einzelschritte zur ihrer Verwirklichung enthält. „Nur so läßt sich das Vertrauen von Investoren und Konsumenten dauerhaft stabilisieren", heißt es in einer Mitteilung des BDI-Präsidiums.

Die drängendsten Zukunftsaufgaben, vor allem die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, könnten nur durch eine dauerhafte Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bewältigt werden. Die Bundesregierung müsse dabei den Mut aufbringen, den Bürgern deutlich zu machen, daß dies eine eindeutige Förderung privater Investitionen voraussetzt.

Entscheidend für die Belebung privater Investitionen sei eine spürbare Entlastung der Unternehmen von ertragsunabhängigen Steuern. Vordringlich sei eine Halbierung der Bemessungsgrundlage für das Betriebsvermögen im Rahmen der Vermögenssteuer. Unverzüglich müsse auch eine grundlegende Reform der Gewerbesteuer in Angriff genommen werden. Die Befreiung von politischen und administrativen Fesseln und Investitionshemmnissen müsse damit einhergehen. Immer neue Ankündigungen zur Verschärfung beinaher aller Umweltgesetze trügen nicht zur Lösung der Probleme bei.

„Alle staatlichen Anstrengungen zur Wirtschaftsbelebung und zur Beseitigung struktureller Schäden gehen fehl, wenn jetzt keine lagegerechten Lohnabschlüsse erzielt werden", warnt der BDI. Entschieden spricht er sich dagegen aus, die Arbeitszeitverkürzung undifferenziert als wirksames Mittel zur deutlichen Zurückführung der Arbeitslosigkeit zu bezeichnen und damit einen unerreichbaren Erwartungshorizont zu schaffen.

Nach Ansicht der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) muß der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bei allen im Bundestag vertretenen Parteien Vorrang haben. In ihrem Dringlichkeitsprogramm für den 10. Deutschen Bundestag plädiert die Gewerkschaft für die Herabsetzung der flexiblen Altergrenze auf das 60. Lebensjahr, für die der Gesetzgeber die alleinige Kompetenz hat. Außerdem fordert die Gewerkschaft die Verstärkung der öffentlichen und die Förderung der privaten Investitionen. Damit dies jedoch nicht zu einer einseitigen Begünstigung der Unternehmer und der Kapitaleigner führe, müßten die Arbeitnehmer am Zuwachs des Produktivkapitals beteiligt werden.

Straß: Kein Rückzug aus Bundespolitik

dpa, München

Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat versichert, daß er mit seinem Verzicht auf ein Ministeramt in Bonn nicht den Rückzug aus der Bundespolitik antritt.

Im „Bayernkurier" erklärte Strauß gestern: „Gute bayerische Politik wie deutsche Verantwortung erfordern, daß der Parteivorsitzende der CSU sich um alle wesentlichen Probleme der Bundesrepublik kümmert." Strauß erläuterte, sein Verzicht auf einen Eintritt in die Bundesregierung habe „ganz entscheidend" auch mit seinem Amt als bayerischer Ministerpräsident zu tun, an dem er „mit ganzem Herzen" hänge. „Der Respekt vor der Bedeutung des Freistaates Bayern und vor dem Amt seines Ministerpräsidenten haben es ausgeschlossen, hier durch die Übernahme eines der in Bonn für mich möglichen Ministerämter einschließlich der Position des Vizekanzlers, das Ansehen und den Rang des höchsten bayerischen Regierungsamtes in Frage zu stellen, oder dieses Amt gar als Verschiebebahnhof für persönliche Interessen erscheinen zu lassen."

Strauß fand, er sehe den Verhandlungsauftrag des CSU-Vorstands für die Regierungsbildung „im Rahmen des Möglichen und vom Wahlergebnis her Machbaren als voll und ganz erfüllt" an. Strauß bescheinigte auch den Liberalen: „Die Erfahrung mit den Verhandlungspartnern der FDP waren so, daß wir als CSU keinen Anlaß haben, daran zu zweifeln, daß es der FDP genau so ernst mit fairer Zusammenarbeit ist wie uns." Strauß betonte, daß die Zeit der großen Worte und lockenden Versprechungen vorbei sei.

Kommunisten verlieren zwei Ministerposten

v. K./DW. Paris

In der dritten französischen Regierung seit der Machtübernahme der Linken vor 22 Monaten gibt es nur noch zwei kommunistische Minister. Die von bisher 34 auf 13 Minister und einen Sprecher gestraffte Regierung steht erneut unter Führung des Sozialisten Pierre Mauroy als Premierminister. Ihre Hauptaufgabe dürfte die Durchsetzung einer verschärften Stabilitätspolitik sein.

Der bisherige Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors wurde zusätzlich mit dem Budget-Ressort betraut und hat als eine Art „Superminister" damit nahezu alle wichtigen wirtschaftlichen Entscheidungszentren unter seiner Kontrolle. Als zweiter „Superminister" gilt Pierre Beregovoy, der außer dem Sozialministerium zusätzlich das Ressort „Nationale Solidarität" erhielt. Einzige Frau in der Regierung ist Edith Cresson, die in das Ministerium für Außenhandel überwechselt.

Die beiden in der Regierung verbliebenen Kommunisten sind Verkehrsminister Charles Fiterman und der Minister für Berufsausbildung, Marcel Rigout. Nicht mehr nominiert wurden die der KPF angehörenden bisherigen Minister Jack Ralite und Anicet Le Pors.

Die neuen „Superminister" sollen auf der nächsten Kabinettssitzung am Freitag ein fertiges Konzept für die Politik der Regierung bis zu den Parlamentswahlen 1986 vorlegen. Mauroy will am 6. April vor der Nationalversammlung seine Regierungserklärung abgeben und anschließend die Vertrauensfrage stellen.

Seite 5: Delors als Superminister
Seite 9: Geringeres Gewicht

Wolfgang Hicks gestorben

DW. Bonn

Wolfgang Hicks, der langjährige Karikaturist der WELT, ist gestern im Alter von 73 Jahren in Bonn gestorben. Der 1909 in Hamburg Geborene war als Karikaturist Autodidakt. 1928 veröffentlichte er seine erste Zeichnung im „Hamburger Fremdenblatt", 1932 erschien im „Echo der Woche" seine erste politische Karikatur – und 1933 wurde er zum ersten Mal verboten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann Hicks als Hauskarikaturist bei der „Zeit", ehe er dann 1957 als Nachfolger von Mirko Szewczuk zur WELT kam. Seitdem hat er fast täglich das politische Geschehen mit seinen Karikaturen kommentiert und im „Kleinen Welttheater" Alltäglichkeiten witzig persifliert.

Seite 2: In memoriam Wolfgang Hirks

Für soziale Waffenruhe

Vor dem Papstbesuch will Glemp keine Demonstrationen

dpa/KNA, Rom/Warschau

Der polnische Primas, Kardinal Glemp, bemüht sich, die Emotionen im Land zu dämpfen. Er hat im Hinblick auf die für Juni vorgesehene Polen-Reise von Papst Johannes Paul II. seine Landsleute zu einem „sozialen Waffenstillstand" aufgerufen. Gegenüber der italienischen Wochenzeitung „Il Sabato" meinte Glemp: „Demonstrationen und Proteste wären zum jetzigen Zeitpunkt schädlich für das Klima der Erwartung."

Glemp räumte ein, daß es Gegner des Polen-Besuches des Papstes gebe. Sie säßen in der „alten Struktur der Partei", ebenso „vielleicht in Bereichen der Opposition", die den Besuch als Unterstützung der Regierung betrachten, wie auch im Ausland.

Innenminister General Kiszczak teilte dem Parlament in Warschau mit, daß die Regierung anläßlich des Papst-Besuches keine Amnestie erlassen werde. Auch Justizminister Zawadzki wies den Aufruf der Kirche zurück, aus diesem Anlaß eine Amnestie zu erlassen.

Der Sejm hat den früheren Sicherheitschef General Moczar, in den sechziger Jahren zweitmächtigster Mann des Regimes, vom Posten des Chefs der Obersten Kontrollkammer abgelöst. Nachfolger wurde General Tadeusz Hupalowsky, bisher Minister für Kommunalwirtschaft.

Seite 3: Fünf sollen Kopf hinhalten

Neue Attentats-Vorwürfe gegen Kreml

„New York Times": Bulgarischer Diplomat berichtet über Hintergründe des Papst-Anschlags

rtr/SAD, New York

Die Geheimdienste der Sowjetunion und Bulgariens haben nach Angaben eines bulgarischen Diplomaten, der sich in den Westen abgesetzt hat, das Attentat auf Papst Johannes Paul II. im Jahre 1981 geplant. Dies meldete die amerikanische Tageszeitung „New York Times" gestern.

Den Angaben der „New York Times" zufolge hat der KGB das Attentat geplant, weil die Sowjets zu der Überzeugung gekommen seien, die Wahl des polnischen Kardinals Karol Wojtyla zum Papst sei von dem in Polen geborenen ehemaligen Sicherheitsberater Präsident Carters, Zbigniew Brzezinski, in der Absicht „instrumentiert" worden, Polen aus dem Verband des Ostblocks herauszubrechen.

Die Angaben des Papst-Attentäters Mehmed Ali Agca, er habe im Auftrag des bulgarischen Geheimdienstes, der Durzhavna Sigurnost, gehandelt, sind von dem ehemaligen bulgarischen Diplomaten Irodan Mantarow (48), der 1981 in Paris überwechselte, bestätigt worden, wie die „New York Times" berichtet.

Mantarow bezieht sich bei seiner Darstellung, wonach KGB und bulgarischer Geheimdienst für das Papst-Attentat zuständig sind, auf den bulgarischen Geheimdienst-Agenten Dimiter Savov, mit dem er als stellvertretender Wirtschafts-Attaché an der bulgarischen Botschaft in Paris eng befreundet war.

„Unabhängige Geheimdienstquellen", schreibt die „New York Times" dazu, hätten inzwischen bestätigt, daß es diesen Savov im bulgarischen Geheimdienstapparat gibt. Auf Savov basiere auch die Darstellung, wonach die Sowjets von der Papst-Wahl-„Inszenierung" seitens Brzezinskis überzeugt waren.

Obwohl die Aussagen des bulgarischen Überläufers sich auf Informationen aus einer anderen Quelle stützen, sollen die französischen Behörden, wie die Zeitung schreibt, an ihnen nicht die geringsten Zweifel haben.

Die Franzosen sollen die Flucht Mantarows lange Zeit strikt geheimgehalten haben. So sei auch erst kürzlich der amerikanische Geheimdienst CIA davon unterrichtet worden. „Es ist unbekannt", stellt die „New York Times" auch fest, „ob französische Geheimdienstbeamte die italienischen Behörden von den Enthüllungen Mantarows unterrichtet haben, doch ist das unwahrscheinlich, weil sie dafür bekannt sind, daß sie ihnen zugegangene Informationen für sich behalten."

Nach Angaben des Bulgaren sei der Türke Ali Agca als Attentäter gewählt worden, weil er nach dem Mord an einem türkischen Zeitungsverleger als Rechtsterrorist galt und keinerlei Verbindung zum Kommunismus hatte.

Auch Andropow sagt der Inflation den Kampf an

Die Produktion hält mit der Kaufkraft nicht Schritt

AFP, Moskau

Die Inflation hat auch die Staaten des Ostblocks nicht verschont. Nach Polen will nun die Sowjetunion ein Anti-Inflationsprogramm durchführen, selbst wenn die Dinge nicht beim Namen genannt werden.

„Sorgsam ausgearbeitete und realistische Maßnahmen" müßten ergriffen werden, um die sich weitende Kluft zwischen dem unzureichenden Angebot und der zunehmenden Geldmasse zu schließen, hatte Parteichef Jurij Andropow im Februar in der ideologischen Zeitschrift „Kommunist" betont. Das Problem hat große Ausmaße angenommen. Auch wenn der Durchschnittslohn nur bei 180 Rubel (rund 600 Mark) liegt, so ist dies in der Regel dennoch mehr, als die Sowjetbürger ausgeben können. Schuld sind offensichtlich die Trägheit der Planwirtschaft und das geringe Interesse der Arbeiter an der Produktion, die weniger schnell wächst als die Kaufkraft der Verbraucher.

So hat man sich seit mehreren Jahren an eine chronische Knappheit verschiedener Produkte gewöhnen müssen. Daß monatelang Glühbirnen, Filme und Nähgarn aus den Geschäften verschwinden, ist keine Seltenheit, ebensowenig wie die in Schlangen wartenden Hausfrauen vor den Lebensmittelgeschäften. In Moskau, dem „Schaufenster des Sozialismus", und in den anderen großen Städten ist die Lage noch erträglich. Weit härter ist die Bevölkerung der ländlichen Gegenden betroffen. In Zentralrußland, Georgien und Aserbaidschan wurden Lebensmittelkarten für Butter und Fleisch wiedereingeführt. In manchen Gegenden der Ukraine fehlt es an Milch, die es nur noch für Kinder und auf ärztlichem Rezept gibt.

Moskau scheint das Problem angehen zu wollen durch die quantitative und qualitative Steigerung der Produktion und andererseits durch eine verstärkte Lohnkontrolle, um die überschüssige Geldmasse aufzusaugen. Die 1965 steckengebliebene Reform hatte bereits die jetzt von Andropow angestrebte Richtung gewiesen: mehr Dezentralisierung, die den Betrieben weitgehende Autonom… ben und die Arbeiter am … Betriebes beteiligen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Gruppenbilder

Von Jürgen Liminski

Es ist bei vielen Erklärungen aus dem Lager der PLO oft nicht recht erfindlich, für wen und wofür sie in Umlauf gesetzt werden. In den letzten Tagen haben sich wieder mehrere Palästinenserchefs mit kriegerischem Eifer zu Wort gemeldet. Ihre Äußerungen haben diesmal einen gemeinsamen Nenner: die Angst vor einem Erfolg der israelisch-libanesischen Verhandlungen.

Für solch einen Erfolg gibt es konkrete Hinweise. Auf israelischer Seite ist man bereit, weitere Zugeständnisse zu machen. Dieser Erfolg ist auch Voraussetzung für eine Teilnahme des jordanischen Königs Hussein an Verhandlungen über die Zukunft des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens. Diese Zukunft aber wollen alle PLO-Chefs für sich gepachtet sehen, und Arafat wird bei seinen Gesprächen mit Hussein in den kommenden Tagen in diesem Sinn auf den König einzuwirken versuchen. Hussein soll bei der Stange bleiben, sich folglich an den Plan von Fès halten, jedenfalls dem Reagan-Plan seine Zustimmung verweigern.

Die Europäer wiederum haben sich in Brüssel erneut für den Reagan-Plan ausgesprochen und sich mit all der ihnen zu Gebote stehenden verbalen Macht hinter die amerikanischen Bemühungen für eine friedliche Lösung im Nahen Osten gestellt. Zwar gehört der Reagan-Plan noch in die lange Reihe der nahöstlichen Utopien, weil er bislang von keiner der möglichen Verhandlungsparteien akzeptiert worden ist. Aber den Brüsseler „Schlußfolgerungen" (Genscher) ist immerhin der politische Wille der Europäer zu entnehmen, sich künftig fest an die amerikanische Linie zu halten.

Wenn man bedenkt, daß der Fès-Plan weitgehend mit den sowjetischen Vorstellungen übereinstimmt und daß die PLO heute mehr denn je von Moskau abhängig ist, so ergeben sich aus all den Erklärungen der letzten Tage wenigstens ein paar klare Gruppenbilder: hie USA und Europa, da PLO, Syrien und die Sowjetunion. Und irgendwo zwischen den Fronten sucht Jerusalem einen Partner mit Sinn für die Realitäten.

Lernziel Sicherheit

Von Rüdiger Moniac

Man soll's nicht glauben, aber es ist wahr: die Bundeswehr schafft sich augenblicklich selbst einige Teams von erfahrenen Offizieren, die in nächster Zeit die Truppe bereisen sollen, um die Grundsätze der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu erklären. Ein kurioser Zustand? Soldaten müssen sich selbst erläutern, auf welchen Grundlagen die Bundeswehr, die NATO und die Politik der aktiven Friedenssicherung gebaut sind?

So kurios, wie es scheint, ist das Unterfangen nicht. Die neue Aktivität, noch vom scheidenden Generalinspekteur Jürgen Brandt initiiert, macht lediglich offenbar, daß es eine Sache ist, als Soldat sein militärisches Handwerk zu beherrschen, aber eine andere, auch zu wissen, in welchen „politischen Rahmenbedingungen" sich die Realität der Streitkräfte wiederfindet.

Es war Verteidigungsminister Wörners Vorgänger Apel, der die Kommandeure aufgefordert hatte, sich an der „Friedensdiskussion" zu beteiligen. Schnell hat sich jedoch herausgestellt, daß die bloße Aufforderung dazu allein nichts bewirkt. Die Offiziere aller Führungsebenen brauchen zuvor selber Unterrichtung, Einweisung, ja einen die Wissens- wie Urteilslücken beseitigenden Dialog mit Fachleuten, die auf diesem Gebiet kompetent sind.

Die Instruktionsteams werden in diesen Tagen am Koblenzer „Zentrum für Innere Führung" auf ihre Aufgabe vorbereitet. Bis in den Sommer hinein sollen sie in den Truppenverbänden unterwegs sein, um deren Offiziere über sicherheitspolitische Fragen zu unterrichten. Die Aktion verdeutlicht im übrigen das Dilemma, mit dem nicht nur die Bundeswehr, vielmehr auch die deutsche Öffentlichkeit insgesamt zu kämpfen hat. Die Kompliziertheit der Materie Verteidigung, Friedenssicherung und Abrüstung sperrt sich dem schnellen Zugang. Um so leichter gedeihen Vorurteile – der beste Nährboden für gezielt ausgestreute Falsch-Propaganda. In Teilen der „Friedensbewegung" findet beides dann Resonanz. Da hilft nur, wenn überhaupt, die beharrliche und nüchterne Information.

Kundschafter

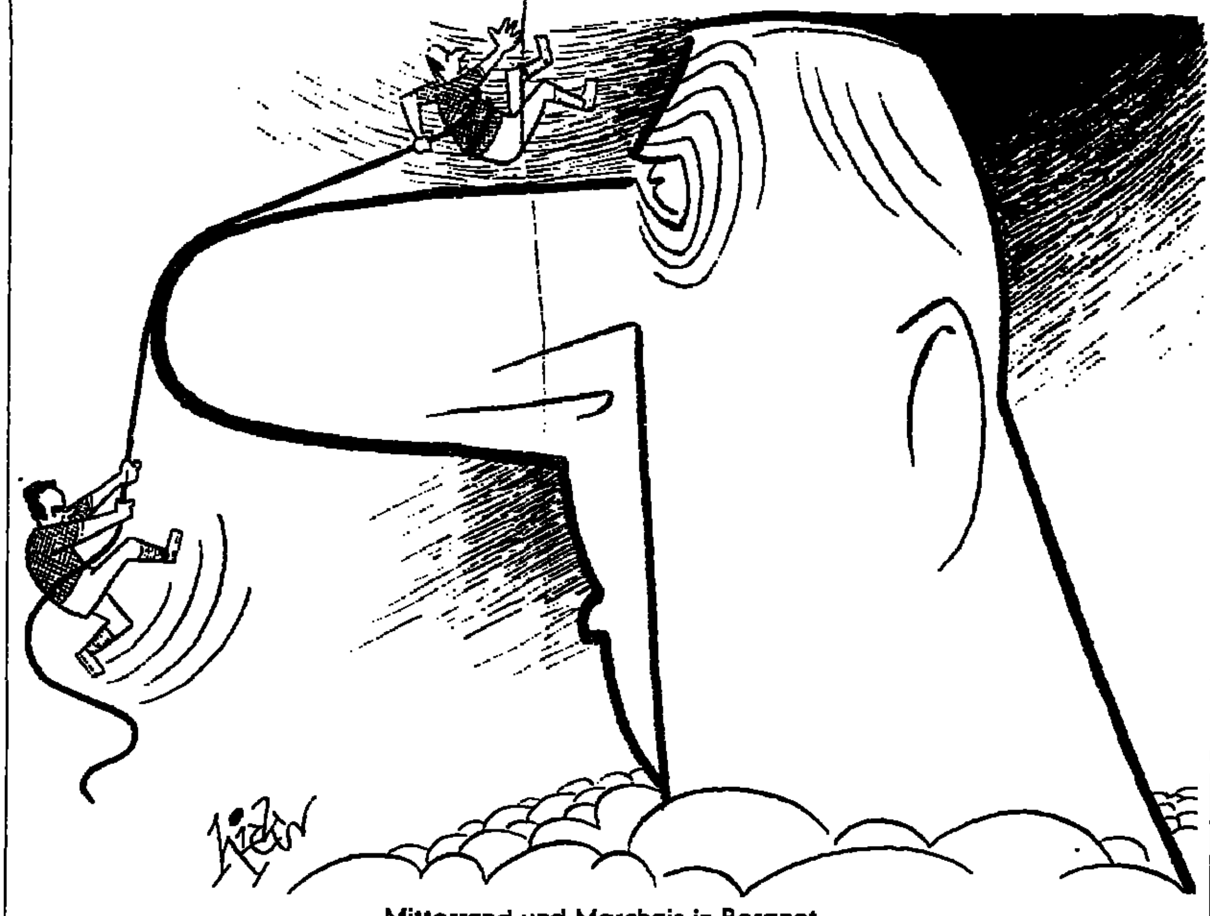
Von Carl Gustaf Ströhm

Der Südosten Europas rückt offenbar wieder stärker in die politischen und strategischen Überlegungen der Kreml-Führung. Mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Nicolai Tichonow ist zum ersten Mal seit Titos Tod ein Moskauer Spitzenpolitiker zu Gesprächen in Belgrad erschienen. Fast zur gleichen Zeit begab sich der sowjetische Verteidigungsminister Marschall Ustinow nach Budapest – und zwar in Begleitung des Oberbefehlshabers des Warschauer Pakts, Marschall Kulikow.

Den Sowjets geht es darum, die Lage auf dem Balkan zu erkunden. Jugoslawien befindet sich in ernsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die durchaus zu einer Zerreißprobe des Nationalitätenstaates zwischen Donau und Adria führen könnten. Außerdem ist ein weiterer, bisher eigenwilliger kommunistischer Staat des Südostens in schwere See geraten: Rumänien laboriert am Rande des wirtschaftlichen Ruins. Die Gerüchte über einen gescheiterten Militärputsch gegen das Regime Ceausescu wollen nicht verstummen. Neuerdings ist von der Hinrichtung mehrerer rumänischer Generale die Rede, die angeblich den Sturz Ceausescus vorbereiten wollten.

In einer solchen Situation wäre es nicht verwunderlich, wenn der sowjetische Verteidigungsminister sich der Ungarn vergewisserte, die ja mit den Rumänen wegen der ungarischen Volksgruppe in Siebenbürgen verfeindet sind. Je instabiler die Lage in Jugoslawien und Rumänien werden sollte, desto größer muß die politisch-strategische Bedeutung Ungarns als Eckpfeiler des Warschauer Paktes werden.

Ustinow dürfte, überdies, dem ungarischen Parteichef Janos Kadar auch die gegenwärtige innere Machtkonstellation im Kreml erläutert haben. Kadar und die ungarische Führung haben voll auf Andropow gesetzt – und Ustinow ist sicher ein Vertrauter des neuen sowjetischen Parteichefs.



Mitterrand und Marchais in Bergnot
(Die letzte Karikatur von Wolfgang Hicks, gezeichnet für DIE WELT vom 15. März)

In memoriam Wolfgang Hicks

Von Günter Zehm

Als man Wolfgang Hicks im Scherz einmal danach fragte, was er sich denn dereinst als Grabinschrift wünsche, verwies er auf eine Zusatzklausel, die Napoleon 1802 in den Friedensvertrag von Amiens aufgenommen wissen wollte: „... daß die Pasquillanten und bösartigen Bildverfertiger, die die Person des Ersten Konsuls besprechen und seine Politik tadeln, den Mördern und Fälschern gleichgestellt und wie diese den Auslieferungsgesetzen unterworfen werden sollen." Dieser Passus, so meinte Hicks, sei der schönste Grabspruch, den sich ein politischer Karikaturist ersehnen könne.

Er selbst ist in seinem Leben zwar nicht zum Gegenstand von Friedensverträgen, aber immerhin zum Gegenstand diplomatischer Demarchen gemacht worden. Vor dem letzten Breschnew-Besuch in Bonn erschienen die sowjetischen Quartiermacher beim damaligen Regierungssprecher, um sich bitter über Hicksens despektierliche Zeichnungen des Generalsekretärs zu beklagen und die „Unschädlichmachung" des großen Pasquillanten zu fordern. Hicks wertete den Vorgang völlig zu Recht als einen Höhepunkt in seiner Karriere.

Dabei war dieser geborene Hanseat und Wahlberliner privatim zurückhaltend und bescheiden, ein Gentleman vom Scheitel bis zur Sohle, dessen angeborenes Gefühl für Anstand und Fairneß sich unmittelbar in seinen Arbeiten niederschlug. Nichts war ihm verhaßter als der „gemeine Strich", all jene Schwellköpfe, Fratzen und Zerrbilder, die in der gegenwärtigen Karikatur so beliebt geworden sind. Hicks blies nichts auf und malte nichts aus. Er war der Meister der Abreviatur. Es gelang ihm wie keinem anderen, das Wesentliche einer politischen Persönlichkeit mit allersparsamsten Mitteln aufs Papier zu bannen.

Eines seiner Vorbilder, neben Olaf Gulbransson und Gustav Doré, war Wilhelm Busch, dessen Bildgeschichten er oft zu einer einzigen Zeichnung zusammenzuziehen versuchte. Sein Sinn für epische Situationen, in denen sich ganze Romane spiegelten, war ebenso bemerkenswert wie seine politische Wachheit, so daß es ihm gelang, sein Publikum buchstäblich durch einen einzigen Blick ins Bild zu setzen. Bewußt verzichtete er auf die humorvolle Üppigkeit seiner berühmten angelsächsischen Kollegen, mit denen er sich übrigens blendend verstand. Die Welt in nuce – das war sein Markenzeichen, dem er bis zuletzt treu geblieben ist.

Unvergeßlich die bis ins hohe Alter voll bewahrte geistige Präsenz und Schlagfertigkeit dieses eleganten, sportlichen Mannes, seine Urbanität, sein nie erlahmender Arbeitseifer. Tagtäglich trat er an zur „Karikatur des Tages", die lange Leitartikel zu ersetzen pflegte. Dazu kam die „Seite sechs" in der GEISTIGEN WELT, die er ganz allein zusammenstellte und redigierte, das „Kleine Welttheater", das ihm eine große Lesergemeinde sicherte. „Ich habe mein Leben lang unter Zeitdruck gearbeitet", klagte er einmal augenzwinkernd, „aber ohne Zeitdruck hätte ich wahrscheinlich überhaupt nicht gearbeitet."

Er war ein Autodidakt, hatte beim „Hamburger Fremdenblatt" begonnen, bevor ihn die Reichshauptstadt Berlin unwiderstehlich anzog. Er verkehrte dort in einer fröhlichen Clique mit Erich Kästner und E. O. Plauen, Max Schmeling und Ernst Udet, schlängelte sich durch zwischen Zeichenverbot und Lockungen des Regimes. Nach dem Krieg wurde er, wieder in Hamburg, der Karikaturist der „Zeit" und des „Spiegel", bevor er 1957 als Nachfolger von Mirko Szewczuk zur WELT kam. Dort hat er sich dann in die erste Reihe der internationalen Karikaturisten und „Pasquillanten" vorgearbeitet.

Hicks war ein Mann des Rechts und der Gerechtigkeit und ein guter Patriot. Keiner hat wie er in seinen Zeichnungen die Wunden der deutschen Teilung so scharf ausgeleuchtet. Und dennoch blieb er stets ein Optimist, der die Hoffnung lebendig erhielt. Als solcher vor allem wird er seinen Freunden in Erinnerung bleiben, die jetzt förmlich zu hören meinen, wie oben über den Wolken Gulbransson und Szewczuk, Karl Arnold und Th. Th. Heine die gespitzten Federn und Zeichenstifte zu Ehren des Neuankömmlings präsentieren. Wolfgang Hicks ist im Karikaturistenhimmel.



Gentleman unter den Karikaturisten: Wolfgang Hicks † FOTO: JOCHEN LAMPE

Jugendschützer auf Abwegen

Von Eberhard Nitschke

Für die trotz aller Hilfen immer noch Schwächsten in dieser Gesellschaft, für die Kinder, wird nicht allzu häufig im Alltag laut Partei ergriffen. Einer hat gerade gesagt, „für das Prestige von Medaillen das Leben von Kindern zu zerstören" gehe nicht an, Sport solle schließlich Freude bringen und nicht die Gesundheit Unmündiger in Nationalmannschaften ruinieren.

Nein, es war nicht der „Deutsche Kinderschutzbund e. V." (DKSB), von dem diese beachtenswerte Äußerung kam, es war der Präsident des Deutschen Sportbundes (DSB), Willi Weyer, der das sagte, zusammen mit der Ankündigung, auf der nächsten Hauptausschuß-Sitzung des DSB im April werde mit Sicherheit beschlossen werden, künftig Jugendliche unter 16 Jahren nicht mehr in sportliche „Leistungskader" aufzunehmen.

Aber auch der „Deutsche Kinderschutzbund e. V." hat sich in diesen Tagen geäußert. Unter dem Motto „Gebt Kindern Zukunft" werde man sich Ende April beim diesjährigen Kinderschutztag in Hannover mit den „weltweiten Rüstungsausgaben" auseinandersetzen, mit Ökologie, mit der Erhöhung der Rezeptgebühren, mit den Staffelmieten, mit den BAföG-Kürzungen und dem Regelsatz für Sozialhilfeempfänger.

Irgend etwas muß sich verändert haben. Und tatsächlich, vergleicht man die Forderungen des Kinderschutzbundes noch vom Vorjahr mit denen von heute, dann wird dieser Wandel besonders deutlich.

Zum „Weltkindertag 1982" konzentrierte sich der DKSB auf das Thema „Angst vor der Schule". Die ganze Verwissenschaftlichung reformierter Schulen führe dazu, hieß es, daß Kinder aus schlichten Familien schon vom Start der ersten Klasse an überhaupt nichts mehr verstünden, die Schule sei zur „bürokratischen Institution" geworden, in der „alle zur gleichen Zeit auf die gleiche Art das gleiche lernen" müßten aber unter Auflösung von Klassengemeinschaften und ohne feste Klassenräume mit „theoretischem und weltfremden Inselwissen" angereichert würden.

Der Deutsche Kinderschutzbund, ursprünglich gegründet, um die Aufmerksamkeit der Gesellschaft auf die Not von Kindern zu lenken, deren Wehrlosigkeit gegen Mißhandlungen bis zur Tötung und gegen Verbrechen bis zum Sexualmord in zahlreichen Fällen erschreckend zutage trat, blieb bisher mit seiner Thematik der ursprünglichen Idee verbunden. Kinderunfälle auf deutschen Straßen, Schutz von Kindern im Gerichtssaal, Beaufsichtigung der Befugnisse von Jugendämtern – das war aktuelle Tagesarbeit. Eine neue Note kam unter anderem auf, als man in einer DKSB-Broschüre von 1982 erfuhr, daß hier auch „Obdachlosenarbeit" geleistet wird, nicht etwa für obdachlose Kinder, sondern „als Teil der Gemeinwesenarbeit".

Die hat sich jetzt also auf das gesamte politische Spektrum ausgeweitet. Die Anwälte der Kinder fordern nun nicht mehr vor allem die verständnisvolle Schule, mehr Platz zum Spielen, mehr Aufmerksamkeit der Nachbarn auf labile Eltern und ihre Zornesausbrüche, sondern sie sagen „Der Rotstift muß weg", womit sie den Sparhaushalt und die Sanierungsbemühungen der Bundesregierung meinen.

So erklärt es jedenfalls Professor Walter Bärsch, Präsident des Verbandes und Schulpsychologe. Denn: „Die Summe der Einsparungen erschüttert die materielle und soziale Stabilität vieler Familien und macht Kinder zu den Hauptleidtragenden."

Die Rolle des Sittenstrolches, für dessen festere Verwahrung im Interesse der Kinder sich Bärschs Vorgänger jahrelang so intensiv eingesetzt haben, geht also jetzt auf die Bundesregierung über, die laut Vorbereitungspapier für den Kinderschutztag die Kinder von Sozialhilfeempfängern verelenden läßt. „Immer auf die Kleinen", heißt die Parole. Merkt ihr was, Kinder?

Nachbesserung ist dringend erwünscht

Von Peter Gillies

Die Koalition aus Bürgerlichen und Liberalen hat ein zwingendes und eindeutiges Mandat erhalten, den Aufschwung zu unterfüttern, die Staatskasse ins Lot zu bringen und den Verteilungsstaat einzudämmen, ohne soziale Friktionen zu erzeugen. Selbst wenn man einräumt, daß in den „kürzesten Koalitionsverhandlungen seit 1949" nicht alle Probleme zu lösen sind – ein bißchen mehr Eindeutigkeit und Vertrauensbildung hätte es schon sein dürfen.

Mit Visionen empfiehlt sich ein vorsichtiger Umgang. In wenigen Tagen läßt sich nicht richten, was in mehr als einem Jahrzehnt versäumt wurde. Der Grundsatz, keinesfalls den bequemen wie schädlichen Weg weiterer Steuer- und Abgabenerhöhungen zu gehen, war überfällig. Auch die Marschroute, alles zu unterlassen, was den Aufschwung behindert, und alles zu fördern, was ihn ermutigen könnte, ist zu begrüßen.

Gemessen daran, will keine Freude aufkommen. Obgleich das zweite Kabinett Kohl mit einer politischen und auch ökonomischen Idealkombination antritt, über einen inneren Gleichklang der Koalition verfügt, bleiben die Daten hinter diesem Auftrag zurück.

Gewiß wollten Union und FDP die alten Fehler der Schmidt-Ära vermeiden, gleich am Anfang Details festzulegen und sich hinterher im Kleinkrieg der Experten und Interessen zu verschleißen. Aber die bisher lockere Absprache bedarf dringender Nachbesserung.

An der Posse der Investitionsabgabe wird einiges deutlich. Nachdem sich die Union gegen ihre eigene wirtschaftliche Einsicht zugunsten des Populistischen entschied, konnte am Ende nur Flickwerk und mühsame Gesichtswahrung herauskommen. Die kaum zu überbietende Manipulierbarkeit des Steuerrechts, das man gemeinsam vor drei Monaten ins Werk setzte, ist das Gegenteil von Vertrauensbildung. Dies auch deshalb, weil entgegen dem Grundsatz gleich noch eine Abgabenerhöhung (für 1985) beschlossen wurde.

Zur wirtschaftlichen Belebung trägt diese eher komische Aktion nicht bei. Sollte sie gleichwohl dem sozialen Frieden dienen, mag das Geld gut angelegt sein (obgleich beides ein Widerspruch ist, denn die größte soziale Ungerechtigkeit ist die Arbeitslosigkeit).

Viel wichtiger ist aber, ob die neue Regierung die Opferbereitschaft der Bürger zutreffend einschätzt und voll in Anspruch nimmt, ohne sie zu überfordern, daß sie markante Pfähle setzt, statt Kreuze auf die Wogen zu zeichnen.

Bei einem Haushalt von rund 260 Milliarden Mark reißt ein Sparvorsatz von sechs oder sieben Milliarden Mark nicht vom Stuhl. Das ist etwa jene Summe, die dem Bundesgewinn entspricht, mit dem die Union ungerührt und unter Verletzung früherer Erklärungen Haushaltslöcher stopft.

Im Zentrum des Sparens steht die Vertrauensbildung. Der Bürger wird nur opfern wollen, wenn er als Gegenleistung die Verläßlichkeit staatlicher Sozialpolitik, die optimale Wohlstandswahrung erhält. Genau dies aber ist für ihn einstweilen nicht zu erkennen.

In der wichtigen Frage der Rentenversicherung setzt das Gerede, das man sogar vor Wahlen hatte im Zaum halten können, wieder voll ein. Über Monate hinweg werden wieder Beschwörungen nötig, daß die Renten bombensicher seien, daß niemand weh getan werde und kein Rentner sich zu fürchten brauche. Mit langen Hängepartien gefährdet man jedoch den wichtigen Generationsvertrag weiter.

Und die Arbeitslosen? Der Beitrag des öffentlichen Dienstes? Die verdeckten Steuer- und Abgabenerhöhungen? Die Straffung der Sozialpolitik? Hier sind Antworten fällig, Festlegungen spätestens mit der Regierungserklärung. Der opferbereite Bürger wird dann unwillig, wenn er vermuten muß, daß die bekannte Flickschusterei nur unter geänderter Firmierung weitergeht.

Gewiß, wer mit so schwerem Gepäck aufbricht, vermag nicht mit Spurts zu brillieren. Aber er braucht Kompaß und Karte. Hier ist rasche Nachlieferung erwünscht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESER KURIER

Die Bremer Zeitung schreibt über die neue Spitze der SPD-Fraktion im Bundestag:

Mit den Abstimmungserfolgen in der Fraktion hat Hans-Jochen Vogel keineswegs einen Freibrief erhalten. Auch in Zukunft wird er um seinen Kurs ringen müssen. Da Integration nicht Unterwerfung bedeuten kann, wird es mehr noch als in der Vergangenheit auf tragfähige Kompromisse ankommen. Konnte man sich bislang hinter einem unbotmäßigen Koalitionspartner verschanzen, der die Linke zu schurigeln verstand, muß nun die SPD mit sich allein ins reine kommen. Immerhin bieten die Kaolitionsvereinbarungen reichlich Stoff, sozialdemokratische Alternativen zu entwickeln, die über eine bloße Fortschreibung hinausreichen.

Aachener Volkszeitung

Hier heißt es in Erinnerung an Otto Wels und seine Rede gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz im Reichstag:

Wels hatte am 23. März 1933 seine dramatische Rede gegen das Ermächtigungsgesetz gehalten, die in der deutschen Geschichte unvergessen bleiben muß. „Freiheit und Leben kann man uns nehmen – die Ehre nicht": Dieses tapfere Bekenntnis bezahlte Wels mit dem frühen Tod im Exil und der Vergessenheit in einem nahezu verwahrlosten Grab. Aber die SPD war keine geschlossene Widerstandspartei, sowenig wie die bürgerlichen Parteien oder die Gewerkschaften. Sie waren ratlos und voll falscher Hoffnung. Heute sollten sie alle nicht voll falscher Erinnerungen sein. Die SPD kann heute für sich reklamieren, daß sie die Freiheit von Weimar in die Neue Republik mit hinübergerettet, neu errichtet und verteidigt hat. Wenn sie heute in einer kritischen Phase vor Richtungskämpfen steht, soll ihr niemand das Zerbrechen oder Vogel das Scheitern seiner Integrationsbemühungen wünschen. Der Schwächezustand der Endzeit von Weimar darf sich weder in der SPD noch in anderen Parteien wiederholen, wenn Versuchungen aus unvorhersehbaren Richtungen kommen.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Mehrere Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang veranlassen die Zeitung, das Thema Polizeibewaffnung anzuschneiden:

Als vor einigen Jahren stündlich und täglich Anschläge von Terroristen drohten, war es notwendig, die Polizei besser auszurüsten. So besitzt sie heute Pistolen, die schneller abgedrückt werden können und deren Neun-Millimeter-Geschosse größere Durchschlagskraft haben. Eine Kugel aus den früher verwendeten Waffen des Kalibers 7,65 mm hätte in Augsburg das Blech des Autos durchschlagen, aber wohl kaum den Fahrer töten können. Die Zeiten sind zwar nicht friedlicher geworden, es hat sich aber doch die von Terroristen ausgehende Gefahr verringert. Da fragt es sich, ob unbedingt auf jeden Streifengang die großkalibrigen Pistolen mitgenommen werden müssen. Sie sollten doch besser Einsätzen vorbehalten bleiben, die klar erkennbar Gewalttätern gelten. Im normalen Dienst stellen sie eine Überbewaffnung dar, die im Konfliktfall den Verstoß gegen die Verhältnismäßigkeit der Mittel geradezu vorprogrammiert.

THE TIMES

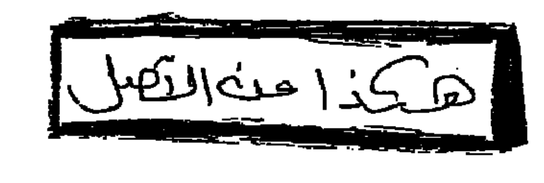
Das Blatt aus London fordert die Europäer auf, Reagans Nahost-Politik zu unterstützen:

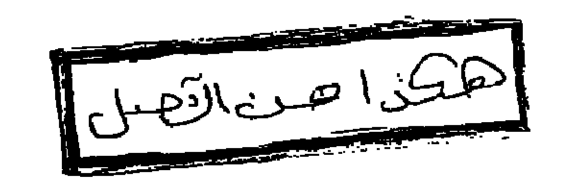
Wie jeder weiß, ist das Nahost-Problem ein Thema der amerikanischen Innenpolitik. Die „Vor-Kampagne" für die Präsidentschaftswahlen im Jahr 1984 hat bereits begonnen. Deshalb wird Reagan jetzt nicht nur die Haltung der Israelis in Betracht ziehen müssen, sondern auch die des Kongresses und seiner potentiellen Wahlrivalen. Wenn die europäischen Führer ihm bei der Entwicklung einer Nahost-Friedenslösung helfen wollen, müssen sie mehr tun, als sich nur der Sprache der interstaatlichen Kommunikation zu bedienen. Sie müssen ihre Argumente an die breite amerikanische Öffentlichkeit adressieren.

LIBERATION

Das Pariser Blatt kommentiert die Erneuerung des Auftrages zur Regierungsbildung an Mauroy:

Man hat eine entscheidende strategische Wahl erwartet, eine gewaltige Wendung, einen politischen Elektroschock, einen Sprung nach vorn in Sachen Kommunikation. Aber es siegte schließlich die Nicht-Wahl. Diese Nicht-Wahl des Präsidenten heißt Pierre Mauroy. Er wurde ganz normal in seinen Funktionen bestätigt. ... Die Idee François Mitterrands ist einfach: Um die zweite Phase der Sparpolitik durchzusetzen, die notwendigerweise härter sein muß als die erste, muß man sich auf die „tief überzeugte Linke" stützen, den Schlüssel des Gewölbes, das die „Linksunion" in den ersten Jahren des gemeinsamen Programmes unterstützt hat. ... Mehr denn je muß der historische Kompromiß zwischen den Sozialisten und der (kommunistischen Gewerkschaft CGT bewahrt werden. Mit anderen Worten, das Regierungslager zieht sich in Positionen der Defensive zurück.





ünf von KOR ollen nun den Kopf hinhalten

n ELISABETH RUGE

'or dem Café „Rozdroze" steht nun kein Panzer mehr, auch die Miliz hat sich weiter zugezogen. Das „Rozdroze" liegt rüheren Königsweg, der vom chauer Altstadtschloß zur kö- chen Sommer-Residenz nach ów führte. Schräg gegenüber Café beginnt das Regierungs- el, auf das sich nun wieder das taugenmerk der Sicherheits- e konzentriert. Was sie aller- nicht abhält, auch das „Roz-" gut im Blickwinkel zu be- n. In dem Café treffen sich enten, Künstler, Intellektu-

r einem Jahr, als in Polen die iung blühte, das Land werde er zurückfinden zu seiner al- Tradition der Toleranz und ungsfreiheit, konnten die Ca- s-Besucher hier ungestört westliche Zeitungen lesen austauschen. Man trug sie in ieinbaren Plastiktüten zur inaus, das machte es den Be- ern draußen leichter, ein Au- zudrücken.

zum 13. Dezember 1981, an das Militär im Staatsstreich Macht übernahm und den szustand über Polen ver- e, gingen auch Jacek Kuron dam Michnik im „Rozdroze" d aus und tranken ihr Natio- ränk „herbata" – Tee aus berühmten Glas ohne Henkel; unst, sich dabei weder die noch die Finger zu verbren- haben anscheinend nur die mit erstaunlicher Geschick- it erlernt.

te wird im „Rozdroze" zwar r Tee getrunken, die kommu- hen Machthaber sind jedoch ntschlossen, mögliche Stör- en, die vom ideologischen ablenken könnten, auszumer- acek Kuron und Adam Mich- tzen als „Staatsfeinde No. 1" Gittern. Ihnen sowie drei en Mitgliedern des früheren itees zur gesellschaftlichen verteidigung – KOR" wird worfen, einen gewaltsamen urz der polnischen Gesell- sordnung vorbereitet zu ha- n Warschau mehren sich die chen, daß gegen die KOR- einer der größten Schaupro- der Nachkriegszeit vorberei- rd. KOR vor allem meint Ge- Jaruzelski, wenn er von der ogischen Verführung der Ar- spricht, wenn er den Feind wahren Sozialismus jetzt bei rn und Kulturschaffenden acht.

die Reihen, selbst der Partei, r noch nicht frei von antiso- ischem Befall sind, muß die- ge-Einschätzung jetzt herhal- um den wachsenden Unmut unktionäre gegen die anhal- militärische Bevormundung dämmen. Auf den Parteiver- tungen, wie sie nun in den vodschaften einberufen werden, herrscht Kampfstimmung. Die Funktionäre wollen zurück zur Macht, sich vor allem empfehlen als ein Apparat, der in der Lage ist, die Bevölkerung unter politischer und ideologischer Kontrolle zu halten.

Voraussetzung ist die „ideologische und organisatorische Einheit der Partei". Unter diesem Slogan läuft in der PVAP eine Gleichschaltungsaktion, die alle zum Schweigen bringen soll, deren Stimmen nicht zu dem von oben dirigierten Chor passen; es geht darum, den politischen Gegner auszuschalten. „Die Partei", schreibt „Trybuna Ludu", verkörpere „aktive Sensibilität", sie müsse alles tun, um vorwärts zu gehen, *leistungsfähig zu sein*, dem inneren und äußeren Gegner kampfbereit gegenüberzustehen und die führende Rolle bei der Überwindung der Wirtschaftskrise zu erfüllen. Wenn es trotz aller guten Vorsätze im Lande immer noch nicht zufriedenstellend aussehe, so liege das an den Machenschaften der Gegner, die als „politische Abenteurer" auftreten oder als „gut ausgebildete, rücksichtslose Spieler". Am 13. Dezember 1981 seien sie zwar besiegt, aber nicht endgültig zerschlagen worden.

Wer damit gemeint ist, dürfte klar sein: die früheren Berater der Gewerkschaftsführer von „Solidarität", in erster Linie die KOR-Leute. Sie hätten – so der Vorwurf der Machthaber – die Arbeiterklasse durch Demagogie verführt, und zwar gegen deren Interessen – im Gegensatz zur Partei, die die wahren Interessen der Arbeiterklasse immer klar erkannt habe.

Der Weg „zurück zur Macht" verlangt jetzt offenbar ein spektakuläres Exempel. Mit dem Prozeß gegen die KOR-Leute soll die „Solidaritäts"-Bewegung einen letzten Stoß erhalten, sollen Sympathisanten mundtot gemacht werden. So wie es Außenminister Olszowski in Richtung Moskau versprochen hat: „Die Zeit der Regimekritiker wird nie wiederkommen."

Dabei hätten alle fünf KOR-Leute die Möglichkeit gehabt, sich durch Emigration dem Prozeß zu entziehen: Jacek Kuron, Adam Michnik, Jan Litynski, Henryk Wujec und Jan Jozef Lipski. Lipski kehrte sogar freiwillig aus London zurück, wohin er zu einer komplizierten Herzoperation gefahren war. „Ich werde meine Freunde nicht im Stich lassen", sagte er, als er erfuhr, daß sie aus dem Internierungslager heraus verhaftet worden waren. Das Auswanderungs-Angebot von General Jaruzelski brachte keinen der fünf KOR-Männer, die jetzt den Kopf hinhalten sollen, ernsthaft in Versuchung. Die Rechnung der Apparatschiks ging nicht auf, die gehofft hatten, sie könnten die „größten Schreier" auf diese Weise loswerden. Es wäre sicher die einfachste Art, den Nimbus von Volksidolen zu brechen, wenn man ihren Landsleuten einreden könnte: „Seht, wem ihr da nachgelaufen seid. Noch vor ein paar Monaten haben sie in eurem Namen gefordert, daß ‚Polen Polen bleibe' – wie schnell sind sie bereit, euch und ihre Heimat zu verraten!"

Die KOR-Leute haben statt der Freiheit die Gitter gewählt. Fast alle haben für ihre Überzeugung schon einen erheblichen Teil ihres Lebens in Gefängnissen verbracht. Was besonders die Historiker Kuron und Michnik in den Augen der kommunistischen Machthaber so gefährlich macht: Sie kämpfen als überzeugte Marxisten. KOR wollte nicht aus dem Sozialismus ausscheren. Die Gruppe war schon vor der Arbeiterbewegung ein Gefahrenherd für die Partei, weil KOR den Funktionären Versagen vorwarf, ohne aber dabei das sozialistische System für Polen in Frage zu stellen. Dies wird im Westen oft mißverstanden.

So begann die Verfolgung der KOR-Aktivisten schon in den frühen sechziger Jahren. Kuron wanderte als Student 1965 ins Gefängnis. Er hatte zusammen mit dem Sohn des zweiten polnischen Außenministers, Karol Modzelewski, eine Dissertation verfaßt, eine Sammlung fast aller antisozialistischen Konzeptionen, die in den vorangegangenen Jahren von ausländischen und einheimischen Revisionisten sowie von den Theoretikern der 4. Internationale entworfen worden waren. Eine gewagte Abrechnung mit dem polnischen „Monopolsozialismus", die in die kühne Voraussage mündete: „Angesichts der Unmöglichkeit, die ökonomische und gesellschaftliche Krise im Rahmen des monopolbürokratischen Systems zu überwinden, erweist sich eine Revolution als unvermeidlich."

Michnik wurde – auch bereits als Student – verdächtigt, bei der Verteilung der Schrift geholfen zu haben; er kam ebenfalls ins Gefängnis. Beide, Kuron und Michnik, sind seitdem den jeweiligen Obrigkeiten ein Dorn im Auge. Im „Polnischen März 1968", als die Studenten revoltierten gegen Lüge und Gängelung durch die Partei, standen Kuron und Michnik an der Spitze. Erneute „Denkpause" im Gefängnis. 1976 kam es zu den Arbeiterunruhen in Ursus und Radom. Verhaftungen, Leid unter den Familienangehörigen der Betroffenen. Spontan halfen die Kollegen, teilten ihre Löhne mit dem Schwergeprüften. Die Hilfsaktionen zogen Kreise, bekamen Unterstützung von einer kleinen Gruppe Intellektueller: so von einer Rechtsanwältin, einem Priester, einer Schauspielerin sowie von Wissenschaftlern.

Insgesamt waren es anfangs 14 polnische Intellektuelle, die sich im „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter – KOR" zusammenfanden; Kuron und Michnik galten als die „Köpfe". Sie wurden von den Funktionären beschuldigt, die geistigen Wegbereiter zu sein für eine neue, von der Partei unabhängige sozialistische Bewegung. So kam es, daß Kuron und Michnik, als „Aufrührer der Arbeiterschaft" den Aufstieg von Arbeiterführer Lech Walesa zum Volkshelden teilweise hinter Gefängnismauern miterlebten. Erst durch die Streikforderungen der Danziger Arbeiter von der Leninwerft wurden sie freigekämpft.

Mit dem Durchbruch der freien Gewerkschaft „Solidarität" war das KOR-Ziel erreicht. KOR löste sich auf und ließ auf dem Danziger „Solidaritäts"-Kongreß sein Testament verlesen: „Es gibt jetzt eine stärkere Macht, um ein unabhängiges Polen und die Rechte der Bürger zu erkämpfen – der Kampf muß weitergehen", hieß es darin. Und der über 90jährige Mitbegründer von KOR, Professor Lipinski, fügte damals hinzu: „Wir haben jetzt einen Sozialismus der Zuchthäuser, der Zensur, der Polizei – er hat uns in eine Katastrophe geführt, wie wir sie in den letzten 200 Jahren in Polen nicht erlebt haben. Er hat uns in 36 Jahren zerstört."



Schon seit den sechziger Jahren der polnischen Miliz ein Dorn im Auge: Adam Michnik FOTOS: DPA

Der führende KOR-Aktivist Jacek Kuron (links) im Sommer 1982 als Internierter im Warschauer Bialaleka-Gefängnis.

Dachau wehrt sich gegen das Stigma KZ-Stadt

Von PETER SCHMALZ

Die Tragödie des Städtchens rund um das einstige Wittelsbacher Schloß beginnt an einem Märztag vor 50 Jahren. Heinrich Himmler, damals kommissarischer Polizeipräsident Münchens, gibt während einer Pressekonferenz bekannt, man werde in der Nähe von Dachau „das erste Konzentrationslager" eröffnen. Die „Münchner Neueste Nachrichten" druckt die Himmler-Erklärung im Wortlaut, so auch diesen Satz: „Wir haben diese Maßnahme ohne jede Rücksicht auf kleinliche Bedenken getroffen in der Überzeugung, damit zur Beruhigung der nationalen Bevölkerung und in ihrem Sinn zu handeln."

Zwei Tage später ziehen die ersten „Häftlinge" ein; sie werden auf offenen Lastwagen aus den Gefängnissen Stadelheim in München und aus Landsberg angekarrt. Der Münchner Rechtsreferendar Claus Bastian erhält die Nummer 1, der erste Dachauer Häftling ist registriert. Der Kalender zeigt den 22. März 1933.

Ein halbes Jahrhundert später eröffnet Dachaus Oberbürgermeister Lorenz Reitmeier im weiten Foyer des Rathauses eine Ausstellung, die Einblick und Verständnis bringen soll für die Rolle der Stadt während der unheilvollen zwölf Jahre, die den Ort weltweit als Symbol für SS-Schrecken brandmarkten und die für Dachaus Bürger noch längst nicht zur bewältigten Vergangenheit zählen.

Wohl wird heute keinem Auto mit Dachauer Kennzeichen mehr der Lack zerkratzt oder ein Reifen durchstochen. Auch zählt es inzwischen zur überwundenen Dachauer Nachkriegsgeschichte, daß sich Vico Torriani weigerte, in einer seiner Fernsehsendungen die „Dachauer Knabenkapelle" anzukündigen. Er sprach von einer „oberbayerischen Jugendblaskapelle". Aber dennoch spüren die Dachauer noch heute die Last dieser zwölf Jahre ihrer 1200jährigen Vergangenheit. Man kennt sie rund um den Erdball. Reitmeier: „Wir sind leider bekannter als München."

Daß dieser Ruf der Stadt gegen ihren Willen aufgezwungen wurde, daß in ihren Mauern der Nationalsozialismus niemals durch freie Wahlen eine Chance bekommen hätte und erst mit Gewalt sich hatte durchsetzen können, das wollen Dachauer Bürger mit der Ausstellung „Die Stadt und das Lager" dokumentieren. „Gerade diese Seite unserer Geschichte ist bisher viel zuwenig hervorgehoben worden", meint Reitmeier.

Wem ist schon geläufig, daß Dachau, dessen Konzentrationslager im vergangenen Jahr von über 800 000 zumeist jungen Menschen besucht wurde, für die der Name der Stadt belastet ist mit menschenverachtendem Staatsterror, daß dieses Dachau bei der letzten halbwegs freien Reichstagswahl am 5. März 1933 mit 23,9 Prozent für die NSDAP weit hinter dem Ergebnis von Bayern (43,1 Prozent) und des Reiches (44) zurückblieb? Daß Rudolf Heß, der spätere Führer-Stellvertreter, eine NSDAP-Veranstaltung im Gasthaus „Hörhammer" unter Johlen und Pfeifen abbrechen mußte, und daß die Versammlung die „Internationale" gesungen hat, als der verhinderte Redner abzog? Dachau beugte sich erst der planmäßigen Gleichschaltung im Sommer 1933, als von 74 Oberbürgermeistern deutscher Städte, die im Jahr zuvor amtierten, nur noch vier ihren Posten hatten halten können.

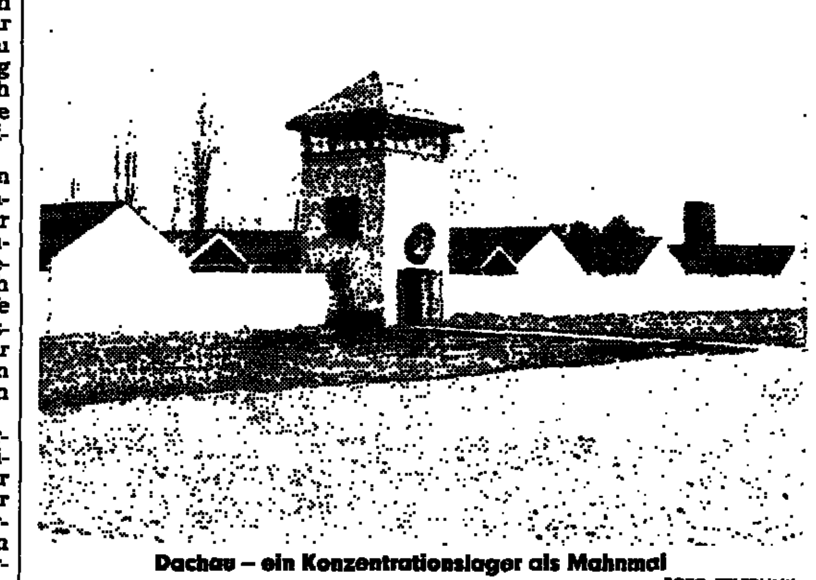
Dem Markt, der von Hitler zur Stadt erhoben werden soll, wurde eine alte Pulverfabrik zum Verhängnis, die außerhalb der eigenen Gemarkung zwischen den Dörfern Etzenhausen und Prittlbach verrottete. Bis zum Ende des Ersten Weltkriegs war sie der wichtigste Industriebetrieb der Gegend, als aber die Kanonen schwiegen und Munition nur mehr Schrottwert hatte, schloß die „Pumf", wie die Arbeiter ihre „Pulver- und Munitionsfabrik" nannten, ihre Pforten. 8000 Menschen wurden arbeitslos. Dachau erholte sich bis zur Nazi-Zeit von diesem Tiefschlag nicht mehr. Ende der zwanziger Jahre fraß die soziale Fürsorge ein Drittel des Gemeinde-Etats, der Ort hatte die höchste Arbeitslosenquote des Reiches. Im Sommer 1934 wurde Dachau zur Notstandsgemeinde erklärt.

Da war das Lager draußen in den flachen Amperauen, deren Licht und Farben ein halbes Jahrhundert zuvor die Maler Münchens begeistert und zur Gründung der Dachauer Maler-Kolonie geführt hatten, schon längst überfüllt, die ersten Berichte von Greuel und Mord drangen in den Ort. Die ersten Häftlinge wurden im Verwaltungsgebäude der Fabrik untergebracht, das Lager, dessen Reste die Besucher heute sehen, wurde erst 1937 von den Häftlingen selbst gebaut. Sie errichteten die beiden Baracken-Zeilen mit je 15 Blocks und Mauer und Stacheldrahtzaun. „Wir mußten uns buchstäblich selbst einmauern", erinnert sich heute ein damaliger Häftling.

Kurz vor Kriegsende gab Himmler den Befehl, die KZ-Gefangenen vor den anrückenden Amerikanern zu evakuieren, in die Ötztaler Alpen, in die Alpenfestung. Doch da schlossen sich Dachauer Bürger und geflüchtete Häftlinge zusammen, sammelten heimlich Waffen und stürmten am 28. April 1945 das Rathaus. Sie entwaffneten die Polizei und gaben mit der Sirene „Panzeralarm". Damit sollte die SS verunsichert werden. Aber dann wurden die Aufständischen von einer Kampfeinheit der Waffen-SS im zweiten Ansturm überrannt.

Inzwischen hatte sich der Häftling Karl Riemer nach Pfaffenhofen an der Ilm durchgeschlagen, wo er auf eine amerikanische Einheit stieß. Er konnte die Offiziere überreden, nach Süden in Richtung Dachau abzuschwenken, am 29. April wurden Stadt und Lager befreit. Noch am Morgen hielt die SS Zählappell, weshalb die Zahl der befreiten Gefangenen exakt bekannt ist: 32 335. Etwa so viele, wie die offiziellen Todesbücher dieses Lagers als „Exitus" verzeichnen.

Die Geschichte hatte Dachau ein Stigma aufgezwungen. Es wurde zum Synonym für KZ und NS-Gewalt.



Dachau – ein Konzentrationslager als Mahnmal FOTO: TELEBUNK

in Wegweiser für Türken zurück in die Heimat

on XING-HU KUO

lf Erfurth, Kaufmann, 60 ahre alt, rauft sich die Haare: Vor lauter offiziellen Besu- und Presse komme ich gar zum Arbeiten." Seit dem 25. ar leitet er die bundesweit „Beratungsstelle für rück- illige türkische Arbeitneh- in Ulm. Es ist ein winziges in der Hahnengasse 25; das befindet sich in einem zellen- n Raum im Souterrain, aus- tet mit einfachsten Möbeln. es kleine Büro hat großes sse geweckt. Deshalb war- owohl Erfurth als auch Diet- Tuengerthal vom Heidelber- Arbeitskreis Integration und egration" (AIR), Träger des 0 000 Mark Zuschüssen des -württembergischen Arbeits- Sozialministeriums zunächst echs Monate begrenzten Mo- ojekts, vor übertriebenen Er- ngen und falschen Vorstel- n. Tuengerthal: „Es wäre tö- zu glauben, durch eine solche htung könnten Hunderttau- von Ausländern zur Rück- bewegt werden." Und den- Wenn sie sich bewährt, sol- ndesweit in 15 anderen Städ- nliche Einrichtungen folgen. werpunkt der Ulmer Bera- stelle ist die Hilfe für Türken, die sich in ihrer Heimat selbständig machen wollen. Denn bei rund 3 Millionen Arbeitslosen in der Türkei sind die Chancen, eine unselbständige Tätigkeit zu bekommen, sehr gering. Dies ist ein wesentlicher Hinderungsgrund für viele rückreisewillige Türken, die Koffer zu packen.

Mit dem gesparten Geld in Deutschland, den zu erwartenden Zahlungen aus Rentenanwartschaften und einer Kapitalisierung des Arbeitslosengeldes seien jedoch in vielen Fällen der „Grundstock" für eine Existenzgründung in der Türkei vorhanden.

Am Beratungstisch berichtet der 44jährige Mustafa Kus über die Gründe, weshalb er in die Türkei zurückkehren muß. In gutem Deutsch erklärt er: „Ich bin seit 14 Jahren in Ulm. Ich habe eine 16jährige Tochter, die hier aufgewachsen ist und gerne in Deutschland bleiben möchte." Doch dies ist leider nicht möglich. Denn Kus, zuletzt Vorarbeiter bei Videocolor, ist seit 16 Monaten arbeitslos. Er hat in Ulm oder auch anderswo keine Chance, eine neue Arbeit zu bekommen. Von seinen Ersparnissen hat er in Ankara ein Haus gekauft und möchte jetzt dort einen Kundendienst für elektrische Hausgeräte eröffnen. Gleichzeitig möchte er auch solche Geräte verkaufen. Betriebsräume sind vorhanden, auch Eigenkapital in Höhe von 40 000 Mark.

Die Voraussetzungen sind hier günstig. Die Beratungsstelle nimmt in einem solchen Fall Kontakt mit deutschen Firmen auf, die in der Türkei tätig sind und deutschsprechende türkische Mitarbeiter suchen. Außerdem gibt sie den Rat, sich an eine der türkischen Kreditbanken zu wenden, die inzwischen in den meisten deutschen Großstädten Filialen haben. Dort können ein „Devisenkonto" eröffnet (die Türkei ist besonders interessiert an den harten Währungen ihrer Gastarbeiter) und Kredite für die Existenzgründung in der Heimat genommen werden.

Nicht schlecht stehen die Chancen auch für den 51jährigen Hüseyin Atmacz: Der Vater von 6 Kindern, von denen fünf in Ulm sind, ist zwar seit zwei Jahren arbeitslos. Dennoch verfügt der Schuster über 60 000 Mark; aus der Rentenversicherung erwartet er etwa die gleiche Summe. In seiner Heimatstadt Malatya, wo der sparsame Türke bereits ein 6-Familien-Haus besitzt, will er eine Schuhfabrik gründen. Grundkapital: umgerechnet 250 000 Mark. Da Atmacz seit 20 Jahren in Deutschland lebt, fügte er gleich hinzu, daß er auch seine Wohnung „nach europäischem Standard" einzurichten gedenke.

In solch aussichtsreichen Fällen wird der zunächst noch nebenberufliche türkische Mitarbeiter der Beratungsstelle in Ankara eingeschaltet. Er stellt fest, ob die örtlichen Bedingungen eine günstige Prognose zulassen. Denn eines der Hauptziele der Beratung ist die Verhinderung von „Schiffbrüchen", so Erfurth, die viele ahnungslose Rückkehrer bereits erlitten haben.

Erfurth weist entschieden den Verdacht zurück, seine Beratungsstelle habe die Aufgabe, Türken um jeden Preis zur Rückkehr zu bewegen: „Wir schieben niemanden ab, wir helfen solchen Türken, die eine neue Existenz aufbauen wollen." Deshalb habe er sogar Türken abgeraten, Deutschland zu verlassen, wenn deren Aussichten schlecht sind, zu Hause einen Neuanfang zu schaffen.

Bereits in den ersten zwei Wochen konnten Erfurth und Dolmetscher Aydin 63 Türken beraten. Von ihnen waren 71 Prozent arbeitslos. Nur wenige junge Türken kommen in die Beratungsstelle.

Ob Ausländerfeindlichkeit ein wichtiges Motiv für die Rückkehrbereitschaft ist, verneint Erfurth. Zumindest werde dies von den meisten Türken nicht erwähnt, bis auf wenige Ausnahmefälle. So zeigte ein Besucher dem Büroleiter einen Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl. Darin beschwerte sich der Türke, daß die Ausländer in der Bundesrepublik die schmutzigsten und schwersten Arbeiten zu leisten hätten, dabei jedoch sehr schlecht behandelt würden. Zu denken *gab* auch die Äußerung eines anderen Türken: „Wenn ich heute mein Geld bekäme, würde ich nicht noch eine Nacht hier bleiben wollen."

Der „Arbeitskreis Integration und Reintegration" und Baden-Württembergs Arbeitsminister Dietmar Schlee (CDU), der die Einrichtung offiziell eröffnet hatte, sehen in dem Ulmer Modell auch eine wirksame Entwicklungshilfe für die Türkei. Denn die Kenntnisse vieler Türken könnten bei der Schaffung einer mittelständischen Industrie in der Türkei von Nutzen sein.

Erfurth sieht schon weitere Perspektiven: „Es wäre doch eine feine Sache, wenn ein mit unserer Hilfe erfolgreicher Unternehmer uns schreibt: Ich brauche Facharbeiter aus Deutschland für meinen Betrieb. Könnt Ihr mir welche vermitteln?"

Terrorist zu vier Jahren Haft verurteilt

AP, Stuttgart

Im Stammheimer Prozeß gegen einen Helfer der rechtsterroristischen Vereinigung „Deutsche Aktionsgruppen" hat gestern der Fünfte Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart den 24jährigen Schüler Peter Glaser zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und zehn Monaten verurteilt. Glaser wurde des gemeinschaftlich versuchten Mordes in drei Fällen, der versuchten besonders schweren Brandstiftung und der Beihilfe zu Sprengstoffanschlägen für schuldig befunden.

Das Gericht sah es als erwiesen an, daß der Angeklagte am 6. August 1980 gemeinsam mit den beiden mittlerweile zu lebenslanger Haft verurteilten Mitgliedern der „Deutschen Aktionsgruppen" des ehemaligen Rechtsanwaltes Manfred Roeder, Raymund Hörnle und Sibylle Vorderbrügge, einen Brandanschlag auf ein Hotel in Leinfelden bei Stuttgart verübt hatte. Dabei war einer von drei Asylanten, in deren Zimmer ein Brandsatz geworfen wurde, verletzt worden.

ÖTV will den Schlichter anrufen

AP, Stuttgart

Die Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) wird in der monatelangen Auseinandersetzung um einen neuen Tarifvertrag über bessere Arbeitsbedingungen für die rund 2500 deutschen Wachmänner, die bei den US-Streitkräften beschäftigt sind, den Schlichter anrufen. Dies teilte ein Gewerkschaftssprecher gestern mit.

Die ÖTV will für das bei den Amerikanern in der Bundesrepublik Deutschland tätige zivile deutsche Wachpersonal die Einführung der 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sowie eine bessere Eingruppierung, Zuschläge für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit und Zusatzurlaub für Wechselschicht durchsetzen. Bei einer Urabstimmung hatten sich die Wachmänner mit überwältigender Mehrheit für einen Arbeitskampf ausgesprochen.

Moskau kritisiert Dokumentarsendung

rtr/dpa, Moskau/Warschau

Die offiziellen Medien der Sowjetunion und Polens haben einen vom Deutschen Fernsehen ausgestrahlten Dokumentarfilm über Kriegsverbrechen an Deutschen in Polen und der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg heftig kritisiert.

Als „schreckliche Unwahrheit" und Beweis für die Manipulation der Medien bezeichnete die amtliche sowjetischen Nachrichtenagentur Tass die Sendung. Die Dokumentation sei eindeutig das Ergebnis starken Drucks extrem rechter Kräfte auf den Westdeutschen Rundfunk.

In einem Bericht der amtlichen polnischen Nachrichtenagentur PAP wird der Film als eine „weitere Eskalation der Kampagnen über sogenannte Verbrechen" bezeichnet.

Mainz: Hugo Brandt Fraktionschef

Nea. Mainz

Bei drei Neinstimmen und zwei Enthaltungen wählte die 43köpfige rheinland-pfälzische SPD-Landtagsfraktion den SPD-Landesvorsitzenden Hugo Brandt auch zum Fraktionschef. Brandts Rivale, der bisherige Fraktionsvorsitzende Werner Klein, hatte am Tag der Landtagswahl am 6. März auf eine Kandidatur verzichtet. Das gute Ergebnis, das Brandt jetzt erzielt hat, wird in Mainz als Signal für ein Ende der Zwistigkeiten gewertet.

Juristinnen gegen Diskriminierung

DW. Bonn

Der Deutsche Juristinnenbund beobachtet mit großer Besorgnis, daß sich Tendenzen in Justiz und Verwaltung von Bund und Ländern sowie in der freien Wirtschaft verstärken, wonach verheiratete Frauen trotz vorhandener Qualifikation bei Neueinstellungen weniger berücksichtigt werden als verheiratete Männer. Derartige Tendenzen stellen eine grundgesetzwidrige Benachteiligung der Frauen dar. Dies teilte der Deutsche Juristinnenbund gestern der Presse mit.

Das Sachprogramm der Koalition für die neue Legislaturperiode

Ein ausgewogenes Sparkonzept mit schmerzhaften Einschnitten

P. GILLIES/G. REINERS, Bonn

Den Aufschwung durch Sanieren und Sparen fördern, die Steuern nicht erhöhen, den sozialen Frieden sichern, damit die Wirtschaft den technischen Fortschritt zu meistern vermag – diese Marschroute stellten die Generalsekretäre der drei Koalitionsparteien ihrem Verhandlungsergebnis voran. Manche Einschnitte würden für die Betroffenen schmerzhaft sein, meinte Heiner Geißler (CDU), aber insgesamt sei das Konzept „ausgewogen".

Von 1984 bis 1986 soll der Staat auf allen Ebenen 40 Milliarden Mark einsparen; das wären 13 Mrd. DM pro Jahr, davon wiederum 6,5 beim Bund, knapp 5 bei den Ländern und 1,5 Milliarden Mark für die Gemeinden. So soll es gelingen, die Neuverschuldung des Bundes 1984 auf unter 40 Milliarden Mark zu drücken.

Die Koalitionsparteien bekräftigten, daß die bereits beschlossene Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Jahresmitte dazu verwendet werden soll, die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zu fördern (500 Millionen Mark) sowie die Steuerlast der Betriebe zu mildern (3,5 Milliarden Mark). Das soll durch Senkung der Vermögenssteuer, Erweiterung des steuerlichen Verlustvortrags und durch erhöhte Förderung von Forschung und Entwicklung geschehen.

Wie bereits in Teilen der Auflage berichtet, verständigte man sich bei der umstrittenen Investitionsabgabe auf folgenden Kompromiß: Die Abgabe wird von „Besserverdienenden" (Einkommen oberhalb 50 000/100 000 DM pro Jahr) nicht nur 1983 und 1984 erhoben, sondern auch 1985. Dafür wird sie voll zurückgezahlt, freilich nicht vier, sondern erst sieben Jahre später.

Die Rückzahlung der Sondersteuer findet also in den Jahren 1990, 1991 und 1992 statt. Es bleibt dabei, daß investierende Unternehmen sich davon freikaufen können, wenn sie den fünffachen Betrag dieser Abgabenschuld im eigenen Betrieb wieder anlegen.

In einer Fülle von wichtigen Problemen haben die Koalitionäre jedoch Festlegungen vermieden. So bleibt offen, wie die Bundesanstalt für Arbeit, die immerhin ein Drittel des Sparvolumens aufbringen soll, in der Arbeitslosenversicherung zu kürzen hat. Der Plan, die Arbeitslosenunterstützung nur für ledige oder kinderlose Erwerbslose um etwa zehn Prozent zu kürzen, wurde nicht bestätigt.

Ungeklärt ließen die Koalitionspartner auch, wie und wo im öffentlichen Dienst der Rotstift angesetzt werden soll. Man bekräftigte lediglich, in der Tarifrunde 1983 so hart zu verhandeln, daß Erhöhungen von nicht mehr als zwei Prozent möglich werden. Im Behindertenrecht legten sich die Parteien nicht fest. Es ist jedoch bekannt, daß man die Ausuferung der Behindertenausweise stoppen und damit den wirklich Schwerbehinderten besser helfen will.

Dagegen klammerte die Koalition von Kürzungen ausdrücklich aus: die Kriegsopferversorgung, das Kindergeld sowie den steuerlichen Weihnachtsfreibetrag (jedenfalls bis zu einer allgemeinen Steuerentlastung). Das Bündel der offenen Fragen soll einerseits bis zur Regierungserklärung Ende April, andererseits im Rahmen der Haushaltsberatungen bis zur Sommerpause geklärt werden.

Ob die Renten 1984 erhöht werden und in welchem Ausmaß das geschehen soll, ist offen. Nach Angaben Geißlers ist auch ungeklärt, in welcher Form eine Vorziehung der flexiblen Altersgrenze verwirklicht werden soll. Für die Gleichstellung von Mann und Frau in der Hinterbliebenenversorgung ist eine „kleine Lösung" ins Auge gefaßt.

In der Rentenversicherung bleibt es bei der Anpassung zum 1. Juli 1983 um 5,6 Prozent, abzüglich des einen Prozents Rentnerbeitrag zur Krankenversicherung und der Beitragserhöhung zum 1. September von 18 auf 18,5 Prozent. Bis Mitte 1984 soll der Bundesarbeitsminister dann Vorschläge für eine grundlegende Rentenreform vorlegen, die u. a. Pläne zur Aktualisierung der Rentenerhöhung enthalten, d. h., die Renten sollen nur in demselben Maß steigen wie die Arbeitseinkommen. Dabei soll die Einführung einer Härteregelung für Kleinrenten geprüft werden. Reichen die dadurch erzielten Einsparungen dann nicht aus, kann es zu einer weiteren Verschiebung der Rentenanpassung um noch einmal sechs Monate (wie schon 1983) kommen.

Doch auch die Beitragszahler werden belastet. Sie sollen künftig von den Sonderzahlungen wie Urlaubs-, Weihnachtsgeld, Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen Beiträge zur Rentenversicherung zahlen. Die Sonderzahlungen werden gezwölftelt und dem Monatseinkommen zugeschlagen. Das trifft vor allem die Bezieher mittlerer Einkommen, die mehr verdienen als 2500 und weniger als 5000 Mark im Monat. Die Mehrzahlungen begründen allerdings auch höhere Rentenansprüche, die aber erst später wirksam werden. Vom 1. Januar 1984 an sollen auch Beiträge vom Krankengeld gezahlt werden. Die Lebensarbeitszeit soll, so Geißler, zwar „flexibel gestaltet" werden, jedoch „ohne Belastung der Wirtschaft". Das bedeutet, daß vermutlich nur die Arbeitnehmer durch Lohnverzicht einen Ruhestand mit 58 Jahren und damit die Neueinstellung von Arbeitslosen ermöglichen sollen.

In der Ausländerpolitik sollen strikte Maßnahmen zur Zuzugsbegrenzung erst ergriffen werden, wenn sich herausstellt, daß zum Beispiel Anreize zur Rückkehr wie die Kapitalisierung von Ansprüchen an die Arbeitslosen- und Rentenversicherung nichts bewirkt haben.

Die Position Vogels gilt als gestärkt

Kein Führungsamt für Lahnstein in der Fraktion

STEFAN HEYDECK, Bonn

Mit einer gewissen Erleichterung ist in der SPD-Bundestagsfraktion der Ausgang der Vorstandswahlen aufgenommen worden. Das Ergebnis wird als Stärkung der Position von Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel bewertet, dem noch im Vorfeld vor allem wegen seiner personellen Pläne deutlicher Widerstand von den rechten „Kanalarbeitern" und dem „Seeheimer Kreis" entgegengeschlagen war. In der Zusammensetzung des Fraktionsvorstands, heißt es nur, sei das gesamte politische Spektrum der Sozialdemokraten „gut widergespiegelt".

Vogel war es nach einer Serie von Gesprächen mit den einzelnen Gruppierungen und führenden SPD-Politikern gelungen, sowohl das rechte als auch das linke Lager besser in die Fraktionsleitung einzubinden und die Führungsstrukturen neu zu ordnen. Er verfolgt offenbar das Ziel, die unterschiedlichen Flügel möglichst im Gleichgewicht zu halten und bei keiner Gruppierung ein Übergewicht entstehen zu lassen. Dennoch stellt sich die Frage, wann wieder neue Richtungskämpfe aufbrechen. In der Fraktion heißt es, die seien mit dem neuen Vorstand und der Umorganisation „nicht vorprogrammiert".

So sind unter den acht neuen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden praktisch nur zwei, die parteiintern eindeutig dem linken und rechten Flügel zugerechnet werden: Herta Däubler-Gmelin und auf der anderen Seite Hans Apek, der den Seeheimer Kreis leitet und den die Kanalarbeiter zu ihrem Sprecher gemacht haben. Apel, der wiederholt als Fraktionsführer im Gespräch war, leitet jetzt den Arbeitskreis Öffentliche Finanzen. Der ehemalige SPD-Finanzminister Lahnstein erhielt kein Führungsamt in der Fraktion.

Mit Interesse wurde in Bonn auch registriert, daß zum Beispiel Egon Bahr, der sich wiederholt mit seinen Thesen und Forderungen zur Sicherheits- und Ostpolitik exponiert hatte, keinen Vorstandsposten angestrebt hat. Dabei hätte er, nachdem die SPD nicht mehr an der Regierung ist, über einen Platz in der Fraktionsführung mehr Einfluß nehmen können. Auf der Fraktionssitzung am Dienstag wurde ein Antrag auf Bildung eines Arbeitskreises Sicherheit und Verteidigung abgelehnt. Zuständig für diesen Bereich sowie die Außen- und Deutschlandpolitik ist Horst Ehmke, der bisher schon stellvertretender Vorsitzender war und genauso wie Apel um die Führung der Fraktion gekämpft hatte.

Mit der von Hans-Jochen Vogel durchgesetzten Strukturreform sind die Positionen der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden deutlich aufgewertet worden, weil sie gleichzeitig die Leitung der Arbeitskreise übernommen haben. Sie sollen auch für die öffentliche Präsentation ihrer Sachgebiete zuständig sein, um die Opposition so besser als Gegenspieler der Bundesregierung profilieren zu können.

Dahinter steht aber auch, daß Reibungen und Überschneidungen durch die klare Zuordnung von Aufgaben verhindert werden sollen. Denn strittige Punkte sollen nach der neuen Struktur jetzt schon im Vorfeld mit der Fraktionsspitze und zwischen ihren Mitgliedern abgeklärt werden.

Vogel hat die Absicht, die 202 Abgeordneten wieder zu einem stärkeren gemeinschaftlichen Handeln zurückzuführen. Er will die Bedeutung der Kreise, in denen sich die einzelnen Flügel zusammengeschlossen haben, zurückdrängen. Daß die Kanalarbeiter bereits an Einfluß verloren haben, hat sich bei den Vorstandswahlen gezeigt. Die rechte Gruppierung konnte ihre beiden Kandidaten für die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, Herbert Ehrenberg und Waltraud Steinhauer, nicht durchsetzen. Sie wurden allerdings bei den Vorstandswahlen auf Mittelplätze gewählt.

USA wollen wieder Waffen an Israel liefern

AFP/AP, Washington

Das Pentagon hat den Kongreß von seiner Absicht unterrichtet, 200 Luft-Luft-Raketen vom Typ „Sidewinder" für insgesamt rund 143 Millionen Mark an Israel zu verkaufen.

Falls der Kongreß diese Entschließung billigt, handelt es sich um die ersten US-Waffenlieferungen an Israel seit der israelischen Libanon-Invasion. Zwar gingen die vorher vereinbarten Lieferungen in der Zwischenzeit ohne Unterbrechung weiter, neue Waffenverkäufe an Israel wurden jedoch seither nicht getätigt. Die Ankündigung des US-Verteidigungsministeriums folgte auf die Mitteilung des israelischen Verteidigungsministers Arens, Israel werde den USA zusätzliche Informationen über die Wirkungsweise sowjetischer Waffensysteme während des Libanon-Feldzuges zur Verfügung stellen.

Mujahedin töten 26 Regierungssoldaten

AP, Islamabad

Bei Kämpfen zwischen afghanischen Freiheitskämpfern und von sowjetischen Einheiten unterstützten Regierungstruppen sind nach Angaben diplomatischer Kreise in Islamabad in der vergangenen Woche mindestens 26 Soldaten getötet worden. In Kandahar fielen am 15. März 15 Soldaten, als ein Militärposten von den Mujahedin angegriffen wurde. Einen Tag später wurde ein Militärkonvoi bei Tagao nördlich von Kabul überfallen und zur Umkehr gezwungen, elf Soldaten wurden getötet. Der Salang-Tunnel, durch den die einzige Straßenverbindung von Kabul zur sowjetischen Grenze verläuft, mußte nach einem für beide Seiten verlustreichen Partisanenangriff ab 19. März tagelang geschlossen werden.

Sowjetexperten wieder nach China?

dpa, Tokio

Die Sowjetunion und China haben bei der zweiten Runde ihrer Normalisierungsgespräche in Moskau angeblich den Austausch von Experten der Landwirtschaft, Wissenschaft und Technologie vereinbart. Nach Angaben der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo aus Peking, die sich auf Informationen osteuropäischer Diplomaten stützt, sollen die Sowjetexperten China vor allem bei der Modernisierung der während der 50er Jahre aus der UdSSR importierten Anlagen helfen.

Polnische Führung plant „Luxussteuer"

dpa, Warschau

Die polnische Führung plant, „höhere Formen des Konsums" mit Sondersteuern zu belegen. Wie Planungschef Obodowski vor dem Parlament in Warschau ankündigte, sollen Auslandsreisen, „luxuriöse" Sommerhäuser und Feriengrundstücke, Autos mit einem Hubraum über 1500 ccm sowie Jagdwaffen von der Steuer betroffen sein. Die Gelder aus diesen zusätzlichen Steuereinnahmen will der Staat für das Bildungswesen, den Gesundheitsdienst oder die Sicherung der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln ausgeben. Höhere Einkommen sollen mit einer weit stärkeren Steuerprogression als bisher belegt werden.

Bern verweigert die Auslieferung

rtr, Lausanne

Wegen drohender menschenunwürdiger Behandlung dürfen fünf in der Schweiz inhaftierte Argentinier und ein türkischer Kurde nicht an ihre Heimatstaaten ausgeliefert werden. Das gilt nach einer gestern bekanntgewordenen Urteilsbegründung des schweizerischen Bundesgerichtes auch dann, wenn der Auslieferungsvertrag keinen Vorbehalt zugunsten der Europäischen Menschenrechts-Konvention enthält.

DIE WELT (uspa 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Noch kein Konsens in der Haltung zur Nahost-Politik und zu Afrika

MANFRED SCHELL, Bonn

In der Außenpolitik, die CDU, CSU und FDP erst zum Abschluß ihrer Koalitionsverhandlungen und unter Zeitdruck erörterten, gab es in grundsätzlichen Positionen breite Übereinstimmung. Vor allem war dies in der Sicherheits- und Abrüstungspolitik der Fall. Aber in wichtigen Einzelfragen – zum Beispiel über die Haltung im Nahen Osten, zu den Vorgängen in Afrika und in Mittelamerika – blieben Unterschiede bestehen. Hier soll ein Konsens zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und den Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß sowie Hans-Dietrich Genscher noch vor der Regierungserklärung Ende April gefunden werden.

Zum Nahen Osten vertrat vor allem Strauß bei den Koalitionsverhandlungen die Auffassung, die Europäer sollten hier ohne Einschränkungen die Haltung der USA (Camp David) unterstützen. „Aktionismus", so formulierte Strauß, wie die EG-Erklärung von Venedig, sei sinnlos. Hingegen vertrat die FDP den Standpunkt, diese Erklärung habe keinen Schaden angerichtet. In der Nahost-Politik wurden die Grundgedanken, das Existenzrecht Israels und das Lebensrecht der Palästinenser zu sichern, verankert, wobei die Koalition von einer Basis des Gewaltverzichts ausgeht.

Sehr deutlich wurden die unterschiedlichen Auffassungen über die Afrikapolitik, speziell über das Verhältnis zu Südafrika. Strauß forderte eine Unterstützung der Demokratischen Turnhallen-Allianz, die ein friedliches, gewaltfreies Zusammenleben der Bevölkerungsgruppen in Namibia anstrebe. Zugleich müsse die Unterstützung der Swapo eingestellt werden. Vom gleichen Grundsatz müsse auch die Politik Bonns gegenüber Mittelamerika geprägt sein. Eine Forderung, die auf dem Tisch blieb, ist die Wiedereröffnung des Konsulats in Windhuk. Außenminister Genscher wird von der Union seit längerem vorgeworfen, er halte gegenüber der Turnhallen-Allianz zu große Distanz, während er eine zu weit gehende Annäherung an die Swapo zeige. Die gesamte Problematik soll bei dem Gespräch auf der Ebene der Parteivorsitzenden durchgesprochen werden.

In der Deutschlandpolitik war man sich verhältnismäßig rasch über die Grundpositionen einig. Das Prinzip Leistung gegen Gegenleistung soll im innerdeutschen Verhältnis wieder stärker zur Geltung kommen. Wiederholt spielte am Verhandlungstisch die Behandlung des früheren Kanzlers Schmidt in Güstrow eine Rolle. Union und FDP waren sich darin einig, daß sie ein „Skandal" gewesen sei. Bundesaußenminister Genscher und Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff stimmten hier ausdrücklich der Bewertung von Strauß zu. Genscher sagte, er habe damals Schmidt zum Abbruch der Reise geraten. Betont werden in der Deutschlandpolitik stärker als bisher wieder die rechtlich-politischen Grundlagen wie die Entschließung des Bundestages von 1972, die Urteile des Bundesverfassungsgerichts von 1973 und die moralische Verpflichtung, nichts zu tun, was die Teilung zementieren könnte. Im Vorfeld der eigentlichen Koalitionsgespräche, bei den internen Beratungen zwischen CDU und CSU, hatte auch der anstehende Besuch von SED-Generalsekretär Honecker eine nicht unerhebliche Rolle gespielt. Kohl hatte dabei deutlich gemacht, daß dieses Treffen „substantiell" etwas bringen müsse und kein Akt der Propaganda sein dürfe. Ein „umgekehrtes Güstrow" werde es, so betonte Kohl, nicht geben.

Ein hohes Maß an Kompromißbereitschaft zeigten CDU, CSU und FDP in der Innen- und Rechtspolitik, die als das schwierigste Feld genannt worden war. Die FDP akzeptierte die Wiedereinführung des Strafbestandes „Landfriedensbruch", der besagt, daß sich Demonstranten strafbar machen, wenn sie sich trotz Aufforderung nicht von einer Menschenmenge entfernen, aus der heraus Gewalttätigkeiten begangen werden. Im Gegenzug verzichtete die Union auf ihre Forderung nach einem Vermummungsverbot. Die CSU erklärte sich mit diesem Verzicht zwar aus übergeordneten koalitionspolitischen Gesichtspunkten grundsätzlich einverstanden, gab aber zu Protokoll, daß sie ein solches Verbot für erforderlich hält. Das Kontaktsperregesetz wird dahingehend geändert, daß inhaftierten Personen auch in Situationen, in denen der Staat erpreßt werden soll, die Möglichkeit haben, einen Anwalt zu sprechen. Der jeweils zuständige Landgerichtspräsident soll diesen Anwalt benennen; die freie Anwaltswahl gibt es in diesem Fall nicht. Hier hat die Union einen Schritt auf die FDP zu gemacht.

Interessant ist, daß auch die Problematik der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst und die Amtshilfe des Bundesgrenzschutzes für die Nachrichtendienste, die unter dem früheren Innenminister Baum (FDP) eingeschnürt worden ist, wieder aufgegriffen werden. Bundesinnenminister Zimmermann wird dazu „Prüfungsberichte" vorlegen, ebenso wird der Justizminister einen Bericht zur Begnadigungspraxis bei lebenslanger Haft erstatten. Der Datenschutz soll nicht eingeschränkt werden, aber Datenschutz und Sicherheitsinteressen sollen wieder „gleiches Gewicht" haben. Über den Datenschutzbeauftragten Bull wurde nicht gesprochen; seine Ablösung gilt als sicher. Das Scheidungsrecht wird mehr auf die „Einzelfallgerechtigkeit" umgestellt. Das bedeutet zwar keine Rückkehr zum Schuldprinzip, aber doch eine Berücksichtigung der Scheidungsursachen bei der Regelung der Versorgungsansprüche.

Der Zeugenstand als öffentliche Bühne

Im Roos-Prozeß kommen Mohnhaupt und Klar zu Wort

WERNER KAHL, Stuttgart

Die in trügerischer Ruhe überwinternde anarcho-terroristische Szene schaute in dieser Woche auf den Prozeß in der Sache Helga Roos vor dem Stuttgarter Oberlandesgericht. Die Aufmerksamkeit galt jedoch nicht der angeklagten mutmaßlichen RAF-Helferin, sondern dem Auftritt der drei zur Führung der linksterroristischen „Roten Armee Fraktion" zählenden Brigitte Mohnhaupt, Adelheid Schulz und Christian Klar als Zeugen der Verteidigung.

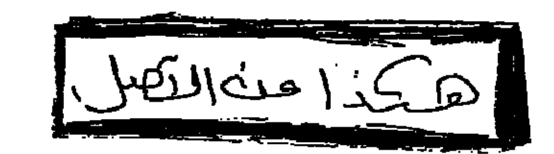
Erstmals seit der spektakulären Verhaftung im November vergangenen Jahres konnte das Trio vom Zeugenstand aus das verunsicherte Umfeld öffentlich ansprechen. Zur Zeugenaussage wurde Brigitte Mohnhaupt aus ihrer Zelle im Frauengefängnis Aichach vorgeführt; Adelheid Schulz, die aus der Stammheimer Haftanstalt nur über die Straße ins Gerichtsgebäude gebracht werden mußte, und Christian Klar, der als letzter gehört wurde, folgten der von Brigitte Mohnhaupt eingeschlagenen Linie, außer der „illegalen RAF" gebe es keine „legale RAF". Ein logistischer, kriminalistisch nachvollziehbarer Zusammenhang zwischen RAF-Aktionen und der Angeklagten bestünden keineswegs, versicherten die Häupter der RAF. Eine Schutzbehauptung – so sieht es die Staatsanwaltschaft.

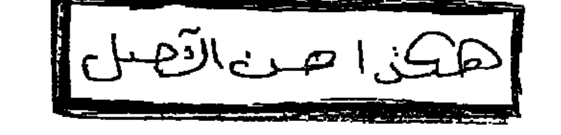
Der 28jährigen – in der Main/Neckar-Szene wohlbekannten – Helga Roos wird Unterstützung bei dem gescheiterten Raketenattentat auf US-General Kroesen 1981 in Heidelberg vorgeworfen. Vor dem Anschlag, der laut Polizei vermutlich von Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt organisiert wurde, soll die Studentin aus Usingen ein Zelt und Lebensmittel besorgt haben. Ein sogenannter Bekennerbrief, auf den die mutmaßlichen Anstifter jetzt im Zeugenstand verwiesen, trug allerdings das verspätete Datum des 7. November 1981, sieben Wochen nach dem Überfall. Erst nachdem bereits Hinweise auf Helfer aus dem RAF-Umfeld gekommen waren, meldete sich die RAF und behauptete, Zelt und Lebensmittel hätten zwei RAF-Mitglieder in Mannheim gekauft.

Der neuerliche Entlastungsversuch wurde mit der Erklärung untermauert, zwischen „legalem Widerstand" in der Bundesrepublik und RAF bestehe ausschließlich ein politischer Zusammenhang. Äußerungen der Bundesanwaltschaft, es gebe Erkenntnisse über eine „legale RAF", bezeichneten die Zeuginnen als ein „Konstrukt", das lediglich dazu dienen solle, Personen zu kriminalisieren, die Widerstand leisten.

Die Bundesanwaltschaft bezeichnete die Aussagen der Mohnhaupt als Agitation. In einem Zellenzirkular, das im Zusammenhang mit der kürzlich in Darmstadt verhafteten Gisela Dutzi sichergestellt wurde, seien führende RAF-Mitglieder aufgefordert worden, sich über ihre „Aussagen bei Helga" abzusprechen, um sich „an die Spitze der Mobilisierung der Leute aus dem Knast" zu setzen.

Das unterstreicht Erkenntnisse über Bemühungen des verhafteten RAF-Trios, insbesondere von Brigitte Mohnhaupt, aus der Zelle heraus die terroristischen Aktivitäten zu beeinflussen und wieder in die Offensive zu gelangen. Brigitte Mohnhaupt befaßt sich zugleich mit einer Art wissenschaftlicher Deutung der RAF. Ihre jetzige Behauptung, über eine rein politische Beziehung zwischen „Legalen" und „Illegalen" steht im Widerspruch zu Aussagen des ehemaligen Mohnhaupt-Komplicen Volker Speitel, wonach RAF-Führer nicht völlig auf Aktionskontakte verzichtet hätten.





Eine Region soll von „Dragahn" profitieren

Albrecht begründet sein Ja zur Aufbereitungsanlage

G. BESSERER, Hannover

Es gibt Orte, deren Namen wer-n bekannt, nur weil die Politik e mehr oder weniger zufällig ein-holt hat. Wer kannte schon im orden Wildbad Kreuth, bevor er die Ehe zwischen CDU und SU zu scheitern drohte. Oder wer ußte im Süden von dem verschla-nen Nest Brokdorf, bevor hinter m Elbdeich militante Demon-anten der Polizei eine blutige hlacht lieferten? Es ist ein neuer me dazu gekommen: Dragahn. Häuser, 35 Einwohner, ein Brief-sten, eine Försterei – und der ue Standort einer atomaren Wie-raufarbeitungsanlage.

Es ist noch keine sechs Monate r, daß Niedersachsens Minister-äsident Ernst Albrecht (CDU) agahn als Standort einer Wieder-farbeitungsanlage ins Spiel achte, mitten im Wahlkampf und hl wissend, daß er sich damit nen Dauerkonflikt ins politische us geholt hatte. Und es gab auch der eigenen Partei nicht nur stimmung zu dieser offensiven litik.

Für Albrecht standen dabei zwei erlegungen im Mittelpunkt. m einen mußte er verhindern, ß die Deutsche Gesellschaft für ederaufarbeitung von Kern-ennstoffen (DWK) mit ihrer Mil-rdeninvestition in ein anderes ndesland abwandern könnte; m anderen sollte keine Entschei-ng für Dragahn gegen den Wil-der gewählten Vertretungen r Bevölkerung in und um Dra-hn gefällt werden.

Trotz der absoluten CDU-Mehr-t in allen Gremien gab es aller-gs kein eindeutiges Votum für aghahn. Der Kreistag von Lü-ow-Dannenberg (22 gegen 18 mmen) entschied sich ebenso eine Prüfung Dragahns als ndort einer Wiederaufarbei-gsanlage wie der Gemeinderat Karwitz-Dragahn (5 gegen 4 nmen). Zur Überraschung auch Kernkraftgegner allerdings nmte dann der Rat der Gemein-Dannenberg mit 16 gegen 14 mmen gegen das Projekt.

Das niedersächsische Kabinett 3 sich Zeit mit der Gewichtung unterschiedlichen Voten. Erst dieser Woche trat der Minister-äsident auf einer Pressekonfe-z an die Öffentlichkeit. Nach wägung der unterschiedlichen ltungen der drei Kommunalpar-nente habe man sich einstimmig Kabinett für Dragahn entschie-n: „Die jetzt getroffene Entscheidung ist sowohl für die Bundesrepublik wie auch gerade für die Menschen in Lüchow-Dannenberg wichtig."

Nach Albrechts Worten erhält der strukturschwache Nordosten Niedersachsens mit der Entscheidung für Dragahn erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik eine wirkliche wirtschaftliche Chance. Im Bereich Lüchow-Dannenberg, wo derzeit jeder fünfte arbeitslos ist, werde die Anlage 1600 Dauerarbeitsplätze schaffen. Die Fabrik sei angelegt auf eine Kapazität von 350 Tonnen jährlich, könne aber auf das Doppelte erweitert werden. Die Kosten, so Albrecht, dürften bei 4,5 Mrd. DM liegen. Mit der ersten Teilerrichtungsgenehmigung zum Bau der Anlage sei 1985 zu rechnen.

Die Reaktion auf die niedersächsische Kabinettsentscheidung war vorhersehbar. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sprach von einer „Wahnsinnsentscheidung", und die Grünen im hannoverschen Parlament kündigten entschiedenen Widerstand an. Ihr Fraktionschef Martin Mombaur erklärte einer hannoverschen Zeitung, er könne „ganz, ganz fest versprechen, daß Dragahn nicht gebaut wird".

Die SPD-Opposition im niedersächsischen Landtag war ihrerseits froh, daß Albrecht ihr die politische Rückzugsposition sozusagen vorgezeichnet hat. Denn die Fraktion ist in Sachen Wiederaufarbeitungsanlage heftig zerstritten. Oppositionsführer Karl Ravens erklärte, die SPD lehne die Prüfung des Antrages zum Bau der Anlage nicht ab, sehe aber die Basis für eine glaubwürdige Energiepolitik zerstört, da Albrecht versprochen habe, den Kreis Lüchow-Dannenberg nicht als Standort vorzusehen.

In einem Brief von 1981 hatte Albrecht die Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage im Kreis Lüchow-Dannenberg ausgeschlossen. Auch in dieser Woche ging Albrecht noch einmal auf den Vorwurf des „Wortbruches" ein, der ihm daraufhin gemacht worden war. Er bedauere es, daß er habe mißverstanden werden können, weil man ihn nicht aus dem Zusammenhang verstanden habe. Das Nein der Landesregierung habe sich immer nur auf ein integriertes Entsorgungszentrum mit Wiederaufarbeitung und Endlager bezogen, so wie es in Gorleben geplant gewesen sei.

Delors als Superminister in der geschrumpften ‚Kampfmannschaft'

Nur noch zwei Ressorts für die KPF / Chevenement reichte Rücktritt schon im Februar ein

AUG. GRAF KAGENECK, Paris

Die neue französische Regierung unter dem bisherigen Premierminister Pierre Mauroy hat gestern in ihrem ersten Ministerrat die Richtlinien für eine neue Wirtschaftspolitik wider Erwarten noch nicht festgelegt. Am Abend wandte sich Staatspräsident Mitterrand im Fernsehen an die Nation.

Die Regierung erweist sich vor allem als die stark „abgespeckte" Kampfmannschaft, als welche Mauroy sie noch in der Nacht zum Mittwoch den wartenden Reportern vor dem Elysée-Palais vorgestellt hatte. 25 bisherigen Ministern stehen nur noch 15 gegenüber. Von den bisher 32 Staatssekretären werden nur noch einige wenige übrigbleiben, die noch dazu nur von Fall zu Fall und auf ausdrückliches Geheiß des Staatschefs an den Ministerräten teilnehmen sollen. Offenbar verfolgt Mitterrand damit auch die Absicht, der Geschwätzigkeit der bisherigen Kabinettsmitglieder einen Riegel vorzuschieben.

Die Mehrheit der großen, vor allem für das Ausland wichtigen Ressorts bleibt in den Händen ihrer bisherigen Inhaber. Claude Cheysson leitet weiter das Außenamt, Charles Hernu das Verteidigungsministerium, Robert Badinter die Justiz und Gaston Defferre, in der Rangfolge auf Platz fünf zurückgefallen, das Innen- und Dezentralisierungsministerium.

Der Kommunist Charles Fiterman behält das Transportwesen. Er ist zusammen mit seinem Parteikameraden Marcel Rigoud, der weiter die Berufsausbildung verwalten wird, der einzige von den bisher vier Kommunisten, die dem alten Kabinett angehörten. Der prozentuale Anteil an der Gesamtmannschaft bleibt damit für die KPF erhalten. Im neuen Kabinett gibt es keinen Staatsminister mehr, wovon es im alten fünf gegeben hatte.

Jacques Delors erscheint als der eigentliche Superminister der neuen Regierung. Zu seinen beiden bisherigen Bereichen Wirtschaft und Finanzen hat er noch das Budgetressort hinzubekommen, das bisher von dem Mitterrand-Intimus Laurent Fabius verwaltet wurde. Fabius, Doktor der Rechte und diplomierter Volkswirt, übernimmt das Industrie- und Forschungsministerium, für das bisher Jean Pierre Chevenement zuständig war.

Der Wechsel enthüllte eine bisher sorgfältig geheimgehaltene Panne ersten Ranges in Mitterrands bisheriger Mannschaft: Chevenement hatte dem Staatschef schon am 2. Februar seinen Rücktritt eingereicht, nachdem dieser in einem Ministerrat die Handhabung der Industriepolitik als zu aufgebläht und zu dirigistisch kritisiert hatte.

Chevenement, ein früherer Marxist und Führer des linken Ceres-Flügels der Sozialistischen Partei, war im Herbst 1981 für die Verstaatlichung der Schwerindustrie und Banken verantwortlich gewe-



Pierre Mauroy, der alte und der neue Premier.

FOTO: GAMMA/STUDIO X

sen. Er hatte aus dieser Prozedur eine rein theoretische industrielle Strategie entwickelt, die auf weitgehender Gängelung der staatlich eingesetzten Chefmanager beruhte und den erhofften Effekt einer Ankurbelung der Wirtschaft nicht erzielte. Mitterrand hatte in seiner Kritik ausdrücklich die Rückgabe von mehr unternehmerischer Verantwortung an die Direktoren der Unternehmen verlangt.

Von Fabius, der ein Gegner höheren Steuerdrucks auf Unternehmen und höhere Einkommen ist und sich gegen eine noch stärkere Belastung der Unternehmer durch hohe Sozialabgaben ausspricht, erwartet man, daß er in enger Anlehnung an den Wirtschaftsminister der Industrie jetzt die nötige Investitionsunterlage verschaffen könnte, die sie in die Lage versetzt, auf den auswärtigen Märkten konkurrenzfähiger zu werden. Auch gilt er als ein Gegner jeden Protektionismus.

Eng mit Fabius zusammenarbeiten wird die bisherige Landwirtschaftsministerin Edith Cresson, die anstelle des zurückgetretenen Michel Jobert das Außenhandelsministerium in ihre energischen Hände nimmt. Daß man ihr auch den Tourismus zuordnete, zeigt, welchen Wert man auf den Ausbau des Reiseverkehrs als devisenträchtige Komponente des Außenhandels legt. Edith Cresson bleibt künftig die einzige Frau im Kabinett, von ursprünglich einmal vier.

Ihren Platz im Landwirtschaftsministerium nimmt Michel Rocard ein, der rätselvolle, immer im Hintergrund operierende einstige Rivale Mitterrands in der Präsidentschaftsnominierung. Als Planungsminister hatte Rocard bisher eine sehr diskrete Rolle gespielt, nicht ohne gelegentlich unüberhörbar Kritik an der ausgabenfreudigen Politik der „Reformer" zu üben. Als Landwirtschaftsminister erhält er ein Frontkommando, auf dem er die schwierigen Verhandlungen mit dem vor allem deutschen Partner über einen Abbau der stark kritisierten Grenzausgleichszahlungen zu führen haben wird. Rocard ist ein Technokrat und ein Zahlengenie. Er kann ohne jede Gedächtnisstütze stundenlang komplizierte technische und wirtschaftliche Zusammenhänge abhandeln.

Es bleiben die „alten" Minister Alain Savary im Bildungs- und Roger Quillot im Wohnungsbauwesen. Der bisherige Umweltschutzminister Michel Crepeau wechselt zum Handwerk und Binnenhandel. Crepeau ist der einzige Vertreter der kleinen linksradikalen Bewegung (MRG) im Kabinett, die sich als Bindeglied zum Zentrum versteht. Mit Michel Joberts Abgang gibt es keinen ausgesprochenen Vertreter des Zentrums mehr im neuen, somit „hart sozialistischen" Kabinett.

Am bemerkenswertesten ist, welche bisherigen Ressorts verschwunden sind: Sparten wie Planung, Kultur, Gesundheit, Freizeit, Umwelt, Meer, Information, Post, Kriegsteilnehmer und Verbraucherschutz sind nicht mehr vertreten. Viele von ihnen waren in der Euphorie des Sieges von 1981 geschaffen worden, um dem Volk eine möglichst breite Repräsentanz seiner Interessen im Exekutivapparat zu sichern. Für solchen „Firlefanz" scheint nun kein Platz mehr zu sein. Die bisher einzige Reaktion der Opposition: Frankreich hat sich inzwischen verändert, die Regierung nicht.

Prag verschärft Kampf gegen ‚Untergrundkirche'

Spezialeinheit des Geheimdienstes / Ausbilder aus Moskau

R. STRÖBINGER, Köln

Als Diplomingenieur Premysl Coufal, ein geachteter Fachmann für Statik und Bauphysik im slowakischen Preßburg, eines Tages unentschuldigt nicht in den Staatsbetrieb kam, erstattete die Direktion seiner Abteilung bei der Polizei Vermißtenanzeige. In den vielen Jahren, die der 49 Jahre alte Coufal schon im Landwirtschaftsbetrieb tätig ist, war es bisher nicht vorgekommen, daß der ledige Ingenieur unentschuldigt fehlte.

Nach einigen Tagen hatte die Polizei den „Fall" gelöst: Coufal, so ihre Version, hatte Selbstmord verübt, indem er sich die Pulsadern durchschnitt. Als es dann aber einigen Freunden des Toten gelang, die Leiche in einem Preßburger Krankenhaus heimlich zu untersuchen, waren sie entsetzt. Sie identifizierten bei dem durch einen Schlagring geschlagenen Coufal Deformation der rechten Gesichtsseite, Verletzungen an den Augen – das rechte Auge war herausgequollen, das linke halb offen – Platzwunden am ganzen Kopf, zerschlagene Nase, Stirnquetschung. Für die Männer, die den zerschundenen Coufal sahen, war klar, daß es sich um keinen Freitod handeln konnte. Premysl Coufal war ermordet worden. Und man ahnte auch, wo die Mörder zu suchen waren: unter den Beamten der für die Kirchen zuständigen Abteilung des Staatssicherheitsdienstes.

Denn, was nur wenige wußten, der Tote war geheim als Priester des Ostritus geweiht worden und hatte, unter dem Namen „Pater Stefan", sich vor allem der Jugendarbeit gewidmet. Seine Tätigkeit blieb dem Staatssicherheitsdienst nicht lange unbekannt. Offensichtlich hatte man mit brutalen Methoden versucht, ihn zu zwingen, die Namen seiner Mitarbeiter und Gefolgsleute preiszugeben. Dabei wurde er zu Tode gefoltert.

Der Mord an Premysl Coufal zeigt, daß der Staatssicherheitsdienst entschlossen ist, den Kampf gegen die sogenannte „Untergrundkirche" in der Tschechoslowakei mit größter Brutalität zu führen, nachdem alle bisherigen Aktionen der Geheimpolizei praktisch ohne Erfolg blieben.

Für ihren Kampf gegen die Kirche forderte die Prager Führung in Moskau auch Hilfe beim sowjetischen Staatssicherheitsdienst an. Agenten der Hauptabteilung V des sowjetischen KGB, die sich an der Zerschlagung des religiösen Widerstandes in der Sowjetunion beteiligt hatten, wurden in die CSSR eingeflogen. Hier schulen sie in Sonderkursen ihre „Kollegen" und nehmen auch aktiv an den Aktionen gegen die Untergrundkirche, vor allem in der Slowakei, teil. Dort werden die meisten Aktivitäten der Untergrundkirche gemeldet.

Unter der ideologischen Leitung des Vertrauten des tschechoslowakischen Staats- und Parteichefs Husák, Vasil Belda, und des früheren Staatsanwalts in Neusohl (Banska Bystrica), Schubert, wird die Spezialeinheit des Staatssicherheitsdienstes für die Kirchenbekämpfung nun neu organisiert. Eine Gruppe der Beamten soll sich beispielsweise der Tätigkeit der Untergrundkirche an den Hochschulen widmen. Dabei soll sie sich auf die Zusammenarbeit mit Spitzeln unter den Studenten stützen. So wurden erst kürzlich rund 500 dieser vom Staatssicherheitsdienst angeworbenen Studenten in die Sowjetunion zur Schulung gebracht, um sie mit Fragen der Kirche vertraut zu machen.

Zu Beobachtungen und Beschattungen werden spezielle Autos mit von außen undurchsichtigen Scheiben benutzt. Vor dem Beifahrersitz befindet sich ein elektronisches Schaltpult. Eingesetzt werden sogenannte „Fotogewehre", die es erlauben, Personen auch auf große Entfernung zu fotografieren. Mit anderen Geräten ist es möglich, vom Wagen aus Gespräche in Häusern abzuhören.

Verschärft wurden auch die Verhörmethoden. So hatte man in der Diözese Roznava mehr als 30 Priester vorgeladen, die bis zu 14 Stunden lang ununterbrochen ausgefragt wurden. Dabei erlitt der Kaplan aus Lucenec, Alexander Toth, einen Nervenzusammenbruch und mußte in eine Nervenheilanstalt eingeliefert werden. Neben Priestern werden zahlreiche katholische Laien verhört. Dabei setzt man auch Psychopharmaka ein, die in Kaffee oder anderen Erfrischungen gereicht werden. Wenn dann der Verhörte unter dem Einfluß der Pharmaka oder aus Erschöpfung nur andeutungsweise seine Mitarbeit in der Untergrundkirche zugibt, wird er beschuldigt, den Paragraphen 178, der die Kontrolle des Staates über die Kirchen festlegt, mißachtet zu haben. Die Höchststrafe bei diesem „Vergehen" beträgt fünf Jahre Haft. Betroffen sind hauptsächlich Priester. Etwa 300 Geistliche wurden bereits gezwungen, die Ausübung ihres Amtes aufzugeben.

Ermordete PLO zwei israelische Gefangene?

PETER M. RANKE, Tel Aviv

Zwei israelische Soldaten sind nach ihrer Gefangennahme durch Palästinenser in Libanon wahrscheinlich ermordet worden. Dieser Verdacht wird in der israelischen Öffentlichkeit geäußert, nachdem der PLO-Militärchef Abu Jihad erklärt hatte, zwei israelische Gefangene seien kürzlich auf dem Transport in Libanon in israelisches Feuer geraten und getötet worden.

„Absolute Lüge", antwortete das israelische Verteidigungsministerium. Seit dem 15. Februar habe es keinen Zusammenstoß mit Palästinensern oder Syrern mehr gegeben, bei dem die Israelis geschossen hätten. Daraufhin sprach Abu Jihad im jordanischen Fernsehen am Samstag davon, daß alle acht israelischen Gefangenen der PLO noch am Leben seien und eventuell von ihren Müttern besucht werden könnten. Doch das glaubt in Israel niemand mehr.

Die beiden wahrscheinlich ermordeten Soldaten Yoseph Grof (21) und Nissim Salem (20) werden seit September vermißt. Sie waren zusammen mit sechs Kameraden an der Damaskus-Straße von einem PLO-Trupp überrascht und gefangengenommen worden. Seitdem gibt es keinerlei Kontakte mehr zu den beiden, während die sechs anderen Gefangenen erst letzte Woche wieder vom Roten Kreuz besucht wurden und Post erhielten. Sie befinden sich in Händen der Fatah-Organisation; die beiden anderen gerieten in Gefangenschaft der pro-syrischen Terrorgruppe „Generalkommando".

Die sechs Überlebenden bestätigten, daß ihre beiden Kameraden bei der Gefangennahme unverletzt waren. Aber über deren Schicksal wissen sie seit der Trennung nichts.

Alle Bemühungen um einen Austausch der Gefangenen sind bisher gescheitert. Neben den sechs gefangenen Israelis bei der PLO befinden sich noch drei israelische Soldaten in den Händen der Syrer. Sie wurden bis zum ersten Besuch des Roten Kreuzes am 14. Februar in Einzelhaft gehalten und dürfen keine Post empfangen. Fünf weitere israelische Soldaten gerieten am 11. Juni lebend in Gefangenschaft, jedoch sind auch sie seitdem nicht mehr gesehen worden und werden in Israel als „Vermißte" geführt. Ob vier von ihnen zu den vier Toten gehören, die Ende Juni auf dem jüdischen Friedhof in Damaskus bestattet wurden, ist unbekannt, da die Syrer jede Auskunft verweigern.

Die Israelis haben 293 syrische Kriegsgefangene, die regelmäßig Post und Besuche des Roten Kreuzes erhalten. Außerdem werden im Ansar-Camp 5095 Palästinenser und Libanesen gefangengehalten, die für die PLO gekämpft oder gearbeitet haben sollen. Im Lager befindet sich eine ständige Vertretung des Roten Kreuzes. In dieser Woche wurde ein Palästinenser von Mithäftlingen ermordet. In der israelischen Öffentlichkeit wird gefordert, das Lager aufzulösen oder wenigstens Palästinenser und Libanesen zu trennen, da es immer wieder zu blutigen Zwischenfällen kommt.

Israel hat angeboten, 800 dieser Gefangenen gegen die israelischen Gefangenen bei der PLO auszutauschen und verlangt vor einem Truppenabzug aus Libanon die Rückgabe aller Gefangenen und Toten. Die PLO fordert jedoch die Freilassung aller Palästinenser im Ansar-Camp und in israelischen Gefängnissen sowie die Rückgabe des Materials aus dem Palästina-Forschungsinstitut, das israelische Truppen in West-Beirut erobert hatten. (SAD)

Bei der Nachwahl in Darlington geht es um mehr als nur ein Mandat

Die Parteien schickten Prominenz ins Rennen / Meinungsforscher sehen Labour als Sieger

FRITZ WIRTH, London

Darlington, eine gutbürgerliche Stadt im Norden Englands, in der die britischen Eisenbahnen das Fahren lernten, ist seit 14 Tagen die heimliche Hauptstadt der britischen Politik. Ein Unterhaussitz ist heute in diesem Wahlkreis zu vergeben, in Wahrheit jedoch geht es um viel mehr.

Für die Labour Party findet hier zugleich ein Vertrauensvotum für ihren Parteichef Michael Foot statt, dessen Führungsposition seit dem Nachwahl-Debakel in Bermondsey umstritten ist. Die sozialliberale Allianz, die große Überraschungssiegerin von Bermondsey, will in Darlington beweisen, daß dieser Sieg nicht nur das Zufallsprodukt eines unerwarteten örtlichen politischen Erdbebens war, sondern der Durchbruch der Allianz zu einer stabilen politischen dritten Kraft im Lande stattgefunden hat.

Für die Konservativen schließlich geht es in Darlington darum, zu beweisen, daß es auch im sonst vorwiegend sozialistischen Nordosten des Landes für sie noch politische Schlachten zu gewinnen gibt. Immerhin hat sich der Wahlkreis Darlington von 1951 bis 1964 in konservativer Hand befunden.

Weil also so viel auf dem Spiel stand, fand in den letzten 14 Tagen eine wahre politische Pilgerreise von Westminster nach Darlington statt. Die Stadt ist überschwemmt von Wahlkämpfern der ersten und zweiten Garnitur. Die Tories haben – mit Ausnahme von Premierministerin Margaret Thatcher – ihr gesamtes Kabinett von Innenminister Whitelaw bis Verteidigungsminister Heseltine ins Gefecht geworfen. Das Schattenkabinett der Labour Party schien sich vorübergehend sogar in Darlington einquartiert zu haben; die sozialliberale Allianz hat ihre „Viererbande" Roy Jenkins, David Owen, William Rodgers und Shirley Williams in Darlington im Dauereinsatz.

Sie fahren mit Lautsprecherwagen durch die Stadt und sprechen alles an, was sich bewegt. Als dieser Wahlkampf gestern abend zu Ende ging, gab es buchstäblich keinen Wähler in Darlington, der nicht von einem Minister oder Ex-Minister in seinem Haus besucht worden ist, um sich dort von ihm das Versprechen abzuholen, für seinen Kandidaten zu wählen.

Die letzte Wahl hatte die Labour Party im Jahre 1979 mit einer Mehrheit von 1052 Stimmen vor den Konservativen gewonnen. Die Liberalen endeten damals weit abgeschlagen mit einem Rückstand von 17 500 Stimmen auf dem dritten Platz. Für die sozialliberale Allianz, die einen sozialdemokratischen Kandidaten aufgestellt hatte, gab es deshalb in Darlington ein schwieriges und hartes Aufholrennen.

Bis zum Ende der letzten Woche sah es so aus, als würde sie es gewinnen. Eine Reihe von Meinungsumfragen zeigten sie drei bis vier Punkte vor der Labour Party in Führung. Nachdem diese am Wochenende jedoch insgesamt 35 Unterhausabgeordnete in die Schlacht warf, zeichnet sich eine große Wende ab. Die letzten Meinungsumfragen verheißen einen deutlichen Labour-Wahlsieg in Darlington. Mit 41 Prozent liegt sie um zehn Punkte vor der Allianz. Die Konservativen endeten abgeschlagen und aussichtslos mit 28 Punkten auf Platz 3. Die Labour Party zieht deshalb in euphorischer Stimmung in die Wahl. Sie ist sicher, daß in Darlington die Katastrophe von Bermondsey endgültig überwunden wird, und daß diese Wahl das Signal zum großen Comeback der bisher so krisengeschüttelten Oppositionspartei setzt.

Sollte sich diese von den Meinungsforschern ermittelte Wende bestätigen, so wäre sie in erster Linie das Verdienst des Labourkandidaten selbst. Oswald O'Brin (54) ist als einziger der Bewerber ein gebürtiger Bürger von Darlington und ein außergewöhnlich beliebter und respektierter Mann.

Zu einer Problemfigur dagegen wurde der Kandidat der Allianz, die einen 36jährigen Fernsehreporter aufstellte. Dieser Mann, der seit Jahren fast täglich auf den Fernsehschirmen in Nordengland erscheint, hatte in Darlington zwar ein Gesicht, aber kein Programm. Er verfügte über zu wenig politisches Sachwissen, nahm zu häufig Zuflucht zu billigen Klischees und erwies sich als ein politischer Amateur.

Der konservative Kandidat kämpfte ein aussichtsloses Gefecht, seit die Arbeitslosigkeit zum Hauptthema dieser Wahl wurde. Er gab sich als Anhänger des britischen Arbeitsministers Norman Tebitt zu erkennen, der besonders in Nordengland kein populärer Mann ist, und sammelte damit unnötig und fast provokativ Minuspunkte. Er war der falsche Mann am falschen Platz.

Die Konservativen jedoch werden mit ihrer zu erwartenden Niederlage leben können. Die große Frage ist, ob es die sozialdemokratische Allianz vermag. Sie zeichnet sich als der große Verlierer von Darlington ab.

Asean-Staaten wollen „neue Ära" mit der EG endlich mit Leben erfüllt sehen

Außenminister-Konferenz setzt Hoffnungen auf Genscher/Kambodscha zentrales Thema

CHRISTEL PILZ, Bangkok

In Bangkok treffen heute die Außenminister der EG und der südostasiatischen Regionalgemeinschaft Asean zu zweitägigen Beratungen zusammen. Es ist das vierte Treffen seit 1978.

Die Konferenzführung der europäischen Seite liegt bei Bundesaußenminister Genscher, als dem derzeitigen EG-Ratsvorsitzenden. Auf der Seite der Asean – ihr gehören Thailand, die Philippinen, Malaysia, Singapur und Indonesien an – führt der thailändische Außenminister Sitthi Sawetsila den Vorsitz.

Auf Genscher, der gestern in Bangkok eintraf, setzen die Asean-Politiker nun so große Erwartungen, als er einer der treibenden Kräfte für das Zustandekommen dieser Gesprächsrunden sowie der Unterzeichnung des Kooperationsabkommens EG – Asean im März 1980 war. Beide Seiten priesen es als Beginn einer neuen Ära der Beziehungen zwischen Europa und Südostasien. Genscher sprach von einem „neuen Modell für eine Friedensstrategie", die nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Verbindungen einbeziehe.

Seitdem ist wenig geschehen, was der „neuen Ära" Substanz gegeben hätte. Gewiß schätzen die Asean-Politiker, daß die Europäer sie in ihrer Kambodscha-Politik unterstützen. Doch wo die Europäer mehr als nur Worte geben sollten, haben sie enttäuscht. Der vollständige Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha, so weiß man in Asean-Kreisen, wird nur dann möglich sein, wenn die Widerstandsgruppen zur tragenden Kraft des Landes werden. Dazu brauchen sie materielle Hilfe. Waffen haben sie genug; aber es fehlt an Arzneimitteln, Papier und Stiften für Schulkinder sowie Kleidungsstücken aller Art.

Die Asean-Staaten haben klargemacht: Sie halten unverändert an den Resolutionen der UNO und der internationalen Kambodscha-Konferenz fest, die beide den vollständigen Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha als Voraussetzung für eine politische Lösung fordern. Sie sind bereit, mit Hanoi zu sprechen, doch nur, wenn die Agenda eine echte Kompromißbereitschaft Vietnams erkennen läßt – derzeit ist eine solche jedoch ein Fremdwort im vietnamesischen Sprachschatz. Sie sind gegen eine Wiederaufnahme der EG-Hilfe an Vietnam, denn der Nutznießer wäre Moskau, das seine Hilfe an Vietnam reduzieren könnte.

Die Kambodscha-Frage wird auch diese Konferenz beherrschen, obwohl die EG-Seite darauf bestand, den Themenkreis auf alle wichtigen Fragen der Welt- und Wirtschaftspolitik zu erweitern.

Der zweite Themenkreis, der den Asean-Staaten besonders am Herzen liegt, ist der der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. In Südostasien ist es zur Mode geworden, von der Verschiebung des Wirtschaftszentrums vom Atlantik zum Pazifik zu reden. Europa verliert in dieser Region zusehends an Gewicht. Das, so meinen Asean-Politiker, müßte nicht so sein, würden die Europäer sich mehr für diese Region interessieren. Einige Zahlen: Der EG-Anteil an den Im- und Exporten aller Asean-Staaten fiel von 15 Prozent im Jahr 1975 auf zwölf Prozent im Jahr 1981. Denselben Trend zeigen die Statistiken der Auslandsinvestitionen in den Asean-Ländern. Da führt Japan mit 32 Prozent, gefolgt von den USA mit 16. Auf Europa fallen insgesamt nur 14 Prozent.

In Asean-Kreisen sieht man mit Bedauern, wie die alten Wirtschaftsbande mit Europa schwächer werden. Allein aus politischen Gründen würde man eine Balance zu Japan begrüßen. Ziehen die Europäer aber nicht mit, werde es für die Asean-Länder keine andere Alternative als den „Blick nach Nippon" geben.

Ihre Hoffnungen, Europa zu neuem Schwung in Südostasien bewegen zu können, setzen sie jetzt auf Genscher. Auf der Konferenz vor drei Jahren hatte er sich nachhaltig für den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen eingesetzt. Seitdem haben Asean-Politiker zahlreiche Vorschläge gemacht, wie Investoren aus den EG-Ländern zu einem Engagement in Südostasien bewegt werden könnten. Doch in den Büros der Europäischen Gemeinschaft scheint das Interesse an einer Verstärkung der Wirtschafts-Kooperation mehr Lippenbekenntnis als echte Absicht zu sein.

Frankreichs bedrohte Pressefreiheit – Ein Beispiel

Von LOUIS PAUWELS

Frankreich gilt in den Augen der Welt als das Land der Freiheit. Historische Bilder überdauern den tatsächlichen Gang der Geschichte.

Durch die Machtübernahme einer sozialistisch-kommunistischen Regierung, in der die marxistischen Elemente überwiegen, werden heute jedoch zwei Grundfreiheiten bedroht: die Freiheit der Erziehung und Bildung und die Informationsfreiheit.

Die erste ist noch Gegenstand der öffentlichen Diskussion. Die zweite aber ist bereits deutlich beeinträchtigt. Die elektronischen Medien stehen unter der ideologischen Kontrolle der Linksregierung. Sie sind im wesentlichen zu Propagandainstrumenten geworden.

Nur ein Teil der geschriebenen Presse spielt noch die Rolle einer Gegenmacht. Wichtigste Oppositionszeitung ist „Le Figaro". Diese Zeitung gehört zur Hersant-Gruppe (France-Soir, L'Aurore, mehrere Provinztageszeitungen, viele Wochen- und Monatszeitungen). Sie wird geleitet von Robert Hersant.

Immunität mißachtet

Gegen diese Gruppe und insbesondere gegen „Le Figaro" geht der sozialistisch-kommunistische Staat nun vor. Unter dem Druck der CGT, einer kommunistischen Gewerkschaft, deren Funktionäre es so weit trieben, daß sie das Büro des Justizministers besetzten, wurde André Audinot, Parlamentsabgeordneter und Aufsichtsratsvorsitzender von „Le Figaro", unter Anklage gestellt. Die Begründungen der Anklage sind zweifelhaft, die Umstände verstoßen gar gegen Recht und Gesetz.

Laut der französischen Verfassung darf ein Abgeordneter während der Sitzungsperioden nicht vor Gericht gestellt werden. Es ist Sache des Parlaments, durch ein Votum zu entscheiden, ob die Anklage angenommen oder zurückgewiesen wird. So will es das System der „parlamentarischen Immunität".

Audinot wurde zum Untersuchungsrichter gerufen und ohne Rücksicht auf die parlamentarische Immunität unter Anklage gestellt. Der Abgeordnete konnte sich vor seinen Parlamentskollegen nicht äußern. Eine Debatte fand im Parlament nicht statt. Es ist das erste Mal in der Geschichte der französischen Republik, daß die Justiz unter Mißachtung der Verfassung und der Rechte des Parlaments tätig wird.

Man wirft André Audinot vor, daß er gegen die Presseverordnungen aus dem Jahre 1944 verstoßen habe. Diese Verordnungen wurden am Tage nach der Befreiung des Landes mit dem Ziel verabschiedet, die Finanzierung einer Zeitung durch geheime oder ausländische Gelder unmöglich zu machen. Sie machten den Eigentümer einer Zeitung zugleich offiziell verantwortlich für mögliche Verstöße. Sie verboten einer Einzelperson mehrere Zeitungen zu leiten.

Selbstverständlich hat sich die Presse im Laufe der letzten 38 Jahre sowohl technisch als auch wirtschaftlich beträchtlich weiterentwickelt. Diese Entwicklung hat zu Unternehmenskonzentrationen geführt. Die Verordnungen aus dem Jahre 1944 wurden vernachlässigt und so interpretiert, daß sich zahlreiche Pressegruppen bilden konnten, darunter die Kersant-Gruppe. Die qualifiziertesten Juristen, auch aus den Rechtsabteilungen des Premierministers, haben die Legalität der Hersant-Gruppe bestätigt.

Dennoch werden jetzt André Audinot, Robert Hersant und die Direktoren der Gruppe vor Gericht gestellt.

Keine weitere französische Pressegruppe steht unter Anklage. Es handelt sich also wider Verfassung, Rechtsprechung und Bräuche, um eine geplante Aktion der Regierung, mit dem Ziel, das größte Unternehmen der liberalen und konservativen Presse zu zerschlagen.

Ideologische Aufsicht

Die gerichtlichen Verfolgungen werden außerdem durch Steuer- und Zollkontrollen gegen Hersant und bekannte Mitarbeiter seiner Gruppe verschärft. Auch führen die Linksgewerkschaften und die der Regierung unterstellten Medien seit Mai 1981 ständig öffentliche Angriffe gegen Robert Hersant, um ihn zum verhaßten „reaktionären Presseboß" abzustempeln. So soll die öffentliche Meinung darauf vorbereitet werden, Maßnahmen gutzuheißen, die nicht nur gegen eine bestimmte Pressegruppe, sondern auch gegen die Pressefreiheit insgesamt gerichtet sind.

Der Fall Audinot-Hersant spiegelt nur einen Teil der Absichten der Regierung wider, künftig die gesamte Presse der ideologischen Aufsicht des sozialistisch-kommunistischen Staates zu unterwerfen.

Mehrere Verfügungen wurden erlassen, um die Presse- und Meinungsfreiheit zu beschränken:

1. Die finanzielle Selbständigkeit der Unternehmen wurde durch das neue Bankengesetz aufgehoben.
2. Der Staat beherrscht in Zukunft einen wesentlichen Teil des Werbemarktes mit Hilfe der verstaatlichten Unternehmen und der Havas-Werbeagentur. Er kann darüber hinaus einen Teil der Werbeeinnahmen der Provinzzeitungen zugunsten der Regionalfernsehsender vereinnahmen, die er verwaltet.
3. Der Staat behält sich vor, das fiskalische und postalische Statut der Presse zugunsten der Zeitungen mit Selbstverwaltung durch die Arbeitnehmer und zuungunsten der Presseunternehmen kapitalistischen Typs zu ändern.
4. Ein neuer Rechtsstatus zielt darauf ab, den Zeitungseigentümern die Verfügungsgewalt über ihre Unternehmen zu entziehen, um diese den Redakteursgesellschaften zu übertragen.

Es scheint generell die Absicht der Regierung zu sein, die großen Zeitungen zu zwingen, mit der politischen Macht über ihr Überleben zu verhandeln, ferner den Direktoren und Chefredakteuren die praktische Leitung aus den Händen zu nehmen, die Redakteure unter die Aufsicht von Gewerkschaften mit marxistischer Dominanz zu setzen, schließlich den Presseunternehmen den Zugang zum freien Markt ganz zu verwehren.

Durch die gerichtlichen Verfolgungen gegen den Abgeordneten André Audinot entgegen allen parlamentarischen Privilegien zeigt die Regierung Mitterrand ihre Entschlossenheit, die Existenz der Hersant-Gruppe zu bedrohen und die Widerstandsfähigkeit der gesamten liberalen Presse auf die Probe zu stellen.

FUSSBALL / Bremen jagt die beiden Großen Hamburg und München

Mailand erhöht Angebot für Völler auf 4,5 Millionen – Präsidium denkt nach

ULRICH DOST, Bonn

Rudi Völler gab dem Fernsehen ein Interview, die Haare vom Duschen noch naß. Der 3:2-Erfolg über den VfB Stuttgart war erst wenige Minuten alt. Er gehe davon aus, so Völler, daß er bei Werder Bremen bleiben werde. Das Angebot des AC Turin sei zwar verlokkend, doch er habe sich nun mal so entschieden. Derweil saßen Völlers Manager Holger Klemme, Bremens Präsident Franz Böhmert, Vizepräsident Klaus Dieter Fischer und Manager Willi Lemke im Klubheim und spielten Skat. Es war nicht so wichtig, daß Willi Lemke dabei 30 Mark verlor, denn die Herren hatten über höhere Summen zu reden. Sie sprachen über etwas, von dem Rudi Völler bis zu diesem Zeitpunkt nichts wußte. Der AC Turin hatte sein Angebot erhöht.

Bevor Klemme zum Spiel nach Bremen fuhr, erhielt er einen Anruf aus Turin. Klemme: „Das letzte Angebot lautete 4,5 Millionen Mark Ablösesumme für Werder Bremen und eine Gehaltszahlung für Völler, die in unvorstellbare Dimensionen geht." Der Manager hat dem Spieler die genaue Höhe noch verschwiegen: „Der wäre dann sofort gegangen."

Nun aber ist Völler ins Grübeln gekommen und mit ihm das Präsidium von Werder Bremen. Die Parteien haben sich erst einmal auf Donnerstag vertagt, dann wird die Entscheidung bekanntgegeben. Klemme: „Wenn es am Donnerstag heißt, der Rudi fliegt am Sonntag zum Lokalderby AC Turin gegen Juventus Turin, dann wird er auch dort unterschreiben."

Völler selbst glaubt, daß die Chancen „70:30" für Werder Bremen stehen. Das Schicksal eines Hansi Müller, der in Italien zurechtgestutzt wurde, möchte er nicht erleiden. Doch das Bremer Präsidium muß anders denken. 4,5 Millionen Mark, das wäre eine Summe, mit der der Verein aus den gröbsten wirtschaftlichen Engpässen herauskäme. Manager Willi Lemke sagt: „Auf der Managertagung am Montag und Dienstag haben mir alle dazu geraten, das Geschäft zu machen. Es wäre ein großer Fehler, wenn wir das Geld nicht kassieren würden."

Und noch eine Überlegung hat der Manager angestellt: „Es wäre kaufmännisch unverantwortlich, jetzt nein zu sagen und Rudi Völler dann in einem Jahr, wenn sein Vertrag bei uns ausläuft, für weniger als die Hälfte abgeben zu müssen. Wir wollen ihn Werder und dem deutschen Fußballsport erhalten. Dann aber müssen wir noch einige Jahre etwas von ihm haben."

Das wird auf jeden Fall passieren, wenn Völler die Offerte der Italiener ablehnt. Denn darauf haben sich Völlers Manager und das Bremer Präsidium bereits geeinigt: Lehnt der Verein das Turiner Angebot ab, dann nur zugunsten einer längerfristigen Bindung Völlers an Werder Bremen.

Präsident Böhmert hatte sich noch am Montag die Entscheidung leicht gemacht. Von den vier Millionen Mark, so lautete zu diesem Zeitpunkt noch das Angebot, müsse man ohnehin 56 Prozent dem Finanzamt überlassen. Also würde sich das Geschäft nicht lohnen. Inzwischen hat er sich belehren lassen. Mit rund zwei Millionen Mark könnte eine sofortige Entschuldung des Vereins betrieben werden, der Rest müßte dann sofort investiert werden. Die Bremer überlegen also noch, eine Entscheidung ist nicht einfach. Nur eines ist sicher: Rudi Völler wird auf jeden Fall als Sieger aus dieser Sache herausgehen.

Wie dringend die Bremer den Nationalspieler noch brauchen, wurde gerade im Spiel gegen den VfB Stuttgart deutlich. Völler schoß zwar selbst kein Tor, doch er bereitete zwei vor. In der 10. Minute foulte ihn Nationalspieler Karl-Heinz Förster im Strafraum, den Elfmeter verandelte Sidka. In der 62. Minute brachte Völler Bernd Förster mit einem regelwidrigen Rempler zu Fall und gab den Ball zu Neubarth, der das 3:2 erzielte.

Die Bremer haben nur noch ein leichtes Restprogramm (siehe unten „Die Favoriten"), dennoch verfallen Trainer Otto Rehhagel und die Spieler nicht in Euphorie. Von der Meisterschaft redet Otto Rehhagel nicht. Er sagt: „Unserem nächsten Gegner Schalke 04 steht doch das Wasser bis zum Hals, wenn die jetzt noch einen Punkt gegen uns abgeben." Die Bremer reden nicht über die Meisterschaft, aber sie dürfen angesichts ihrer Ausgangsposition vom Titel träumen.

Leere Ränge beim 1. FC Köln

DW. Köln

Der 1. FC Köln, einer der wenigen schuldenfreien Klubs der Fußball-Bundesliga, droht jetzt auch in finanzielle Schwierigkeiten zu geraten. Nur 3000 Zuschauer, die wenigsten in einem Kölner Spiel seit 1963, sahen den 5:2-Sieg über Nürnberg. Schatzmeister Karl-Heinz Thielen macht folgende Rechnung auf: „Wenn man von einem kalkulierten Schnitt von 23 000 Zuschauern ausgeht, dann haben wir bei dieser Begegnung ein Minus von 270 000 Mark gemacht." Eine Summe, die Nationalspieler Stefan Engels für einen neuen Vertrag angeboten wurde.

DIE FAVORITEN

Kein Zweifel, die Nachholspiele am Dienstagabend haben es bestätigt: Werder Bremen ist die Mannschaft der Stunde. Der Vergleich des Restprogramms der drei Meisterfavoriten, Hamburger SV, Bayern München und Bremen gibt interessante Aufschlüsse. Der Hamburger SV hat das schwerste Heimspielprogramm (Samstag gegen München), der FC Bayern wird sich auswärts quälen müssen. Bremen aber bekommt keinen Gegner aus der Tabellenspitze mehr, ob zu Hause oder auswärts, Bremen spielt nur noch gegen Mannschaften, die in der aktuellen Tabelle zwischen Platz acht (Frankfurt) und 18 (Karlsruhe) liegen.

Das Restprogramm der drei Klubs, in Klammern der Tabellenplatz der Gegner.

Hamburger SV

Heimspiele: Bayern München (2), VfB Stuttgart (4), 1. FC Köln (6), Dortmund (3). – **Auswärtsspiele:** Braunschweig (10), Mönchengladbach (15), Hertha BSC (16), Kaiserslautern (7), Schalke 04 (17).

Bayern München

Heimspiele: Mönchengladbach (15), Hertha BSC (16), Kaiserslautern (7), Schalke 04 (17). – **Auswärtsspiele:** Hamburger SV (1), Stuttgart (4), 1. FC Köln (6), Dortmund (3), Nürnberg (9).

Werder Bremen

Heimspiele: Nürnberg (9), Braunschweig (10), Karlsruhe (18), Bielefeld (11), Bochum (12). – **Auswärtsspiele:** Schalke 04 (17), Mönchengladbach (15/Nachholspiel), Düsseldorf (13), Leverkusen (14), Frankfurt (8).

Leiden eines Torwarts

Als Schalkes Torwart Walter Junghans vor dem 3:3 gegen Eintracht Braunschweig aufs Spielfeld hinauslief, dröhnte ihm ein gewaltiger Chor entgegen: „Junghans, du Bayern-Sau". (Ganz nebenbei: Er ist Hamburger.) Als Junghans den ersten, für ihn völlig unhaltbaren Gegentreffer kassierte, steigerten sich die Fans noch in ihrem primitiven Wortschatz. Nahezu jede Aktion des Towarts begleiteten sie fortan außerdem mit höhnischem Gelächter. Da war es

STAND ✪ PUNKT

fast ein Wunder, daß Junghans dennoch die Nerven behielt, abwehrte, was abzuwehren war und wirklich nicht die geringste Schuld daran trug, daß seine Mannschaft erneut einen wichtigen Punkt im Abstiegskampf verloren hatte.

Der Torwart sagte später, er sei inzwischen so abgehärtet, daß er die Sprechchöre gar nicht mehr wahrnehme. Das freilich nimmt ihm selbst in der eigenen Mannschaft niemand ab.

Nun muß man sicherlich sagen, daß Junghans in den vergangenen Wochen eine Reihe schwerer Fehler gemacht und Schalke Punkte gekostet hat. „Weil er von Anfang an von den Fans durch den Wolf gedreht worden ist", behauptet Präsident Hans-Joachim Fenne. Und genau das ist die Wahrheit.

Junghans muß ausbaden, daß Manager Rudi Assauer eine mehr als unglückliche Torwartpolitik betrieben, daß er den Schalker Liebling Norbert Nigbur erst aus dem Tor und dann sogar in die totale Verbannung gejagt hat. Junghans hat in diesem miesen Spiel nicht einmal den kleinen Finger gerührt – er wurde, genau wie Nigbur, ein Opfer der ganzen Aktion.

Die Schalker Mannschaft hat ihrem Torwart noch einmal geschlossen das Vertrauen ausgesprochen. Ob's helfen wird, bleibt die Frage.

Keine Frage aber ist, daß mit dem Kauf einer Eintrittskarte nicht das Recht verbunden ist, Hexenjagden zu veranstalten. Was ein großer Teil der Schalker Zuschauer seit Wochen betreibt, ist beschämend. Und es wird auch nicht dadurch entschuldbar, daß im Abstiegskampf auch die Nerven eines Fans leiden. BERND WEBER

BERND SCHUSTER

Schon wieder eine Absage?

dpa, Barcelona

Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft wird am 30. März in Albanien wahrscheinlich ohne Bernd Schuster antreten. Der für Barcelona spielende Profi erteilte Bundestrainer Jupp Derwall gestern vorsorglich eine Absage. Der Grund: Seine Frau Gaby erwartet ihr drittes Kind. Auf einer Pressekonferenz in Barcelona sagte Schuster: „Ich lasse meine Frau nicht im Stich. Albanien liegt am Ende der Welt, und sogar auf ein Telefongespräch muß man sieben oder acht Stunden warten." Wenn das Kind bis Sonntag zur Welt käme, könne er spielen, wenn nicht, werde er in Spanien bleiben. Die Ärzte haben den nächsten Mittwoch als Termin der Geburt errechnet.

NACHRICHTEN

Preise für Hägele

Bonn (DW.) – WELT-Mitarbeiter Martin Hägele hat beim Artikel-Wettbewerb des „Verbandes Deutscher Sportpresse" den ersten und zweiten Preis erhalten: Für die Geschichte zweier junger Fußball-Profis beim 1. FC Köln („Du mußt gut Arschkriechen können", erschienen in „Sport") und für „Die Leiden des Matthias Behr" (erschienen in der WELT vom 9. 10. 1982).

Golf: Sieg für Schulte

Lissabon (GB) – Ulrich Schulte (Neheim-Hüsten) wurde in Estoril internationaler portugiesischer Meister der Golfamateure. Der 24 Jahre alte Nationalspieler war mit 68+73=141 Schlägen bei Par 69 der Qualifikationsbeste vor dem Konstanzer Dekorsy (70+72=142). Das Finale gewann Schulte über 36 Löcher mit 4+3 gegen Filipe Sousa (Portugal).

Uli Pinner überraschte

Düsseldorf (sid) – Der frühere deutsche Tennismeister Uli Pinner (Dortmund) überraschte beim Grand-Prix-Turnier in Nizza in der ersten Runde durch ein klares 6:3, 6:2, über Bernard Boileau.

Auch Italien ein Kandidat

Rom (dpa) – Sollten die USA, Kanada und Mexiko als mögliche Ausrichter der nächsten Fußball-Weltmeisterschaft (1986) ausfallen, könnte neben Deutschland auch Italien das Turnier durchführen. Franco Carraro, Präsident des Nationalen Olympischen Komitees (NOK), sagte in Rom: „Wir sind bereit, die Weltmeisterschaft in Italien zu organisieren."

Gerulaitis: Keine Anklage

New York (sid) – Der amerikanische Tennisstar Vitas Gerulaitis muß keine Anklage wegen unerlaubten Drogenhandels befürchten. Die Untersuchungen wurden jetzt nach zwölf Monaten mangels ausreichender Beweise eingestellt.

TISCHTENNIS / Reutlingen Europacup-Sieger

PVS Düsseldorf gescheitert Douglas stellt Bedingungen

sid/dpa, Reutlingen

17 Minuten vor Mitternacht war das Spektakel beendet – mit einem überraschenden Ausgang: Im ersten rein deutschen Finale des Tischtennis-Europapokals besiegte der SSV Reutlingen den PSV Düsseldorf mit 5:3. Drei Stunden später zog Desmond Douglas, der britische Star der Düsseldorfer, die erste Konsequenz aus der Tatsache, daß der deutsche Abonnementsmeister in der nächsten Saison in keinem internationalen Pokalwettbewerb mehr vertreten ist. Douglas stellte Forderungen: „Ich bleibe nur, wenn ein starker dritter Mann verpflichtet wird. Ich will in einer siegreichen Mannschaft spielen."

Düsseldorf, das sein Heimrecht für 23 000 Mark an Reutlingen verkauft hatte, geriet 0:2 in Rückstand, dann glichen Douglas (gegen Stellwag) und Wosik (gegen Europameister Appelgren) aus. Douglas brachte die Düsseldorfer sogar in Front, ehe dann Stellwag, Appelgren (im Topspiel des Abends gegen Douglas) und wieder Stellwag drei Siege hintereinander feierten. Düsseldorf verlor damit zum zweiten Mal nach 1979 ein Europacup-Finale (damals 3:5 gegen Spartacus Budapest).

Für Reutlingen hat der Sieg zur Folge, daß Spitzenspieler Mikael Appelgren aus Schweden für ein weiteres Jahr einen Vertrag erhalten wird. Sein Verdienst wird auf 70 000 Mark pro Saison geschätzt. Bei Düsseldorf sucht Manager Wilfried Micke seit Wochen verzweifelt nach Verstärkung. Nach den Reinfällen dieser Saison hat er stark leistungsbezogene Verträge angekündigt.

Die Einzelergebnisse (Reutlinger Spieler zuerst genannt): Sefried – Wosik 21:17, 14:21, 21:14, Appelgren – Erdmann 21:10, 21:15, Stellwag – Douglas 21:16, 13:21, 17:21, Appelgren – Wosik 20:22, 21:12, 18:21, Sefried – Douglas 11:21, 14:21, Stellwag – Erdmann 21:14, 21:11, Appelgren – Douglas 13:21, 21:15, 21:16, Stellwag – Wosik 23:21, 20:21, 21:9.

ZAHLEN

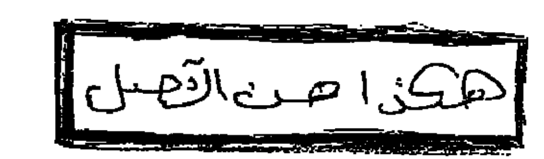
FUSSBALL

England, erste Division (Nachholspiele): Arsenal – Ipswich 2:2, Brigton – Liverpool 2:2, Manchester United – West Ham 2:1, Watford – Birmingham 2:1. Tabellenspitze: 1. Liverpool 71 Punkte, 2. Watford 58, 3. Manchester United 55,4, Aston Villa 51.

EISHOCKEY

Weltmeisterschaft der Gruppe B in Tokio, dritter Spieltag: USA – Rumänien 6:2, Schweiz – Japan 3:3. Tabellenspitze: 1. USA 4:0 Punkte/19:4 Tore, 2. Japan 3:1/6:5, 3. Polen 2:0/7:1.

Weltmeisterschaft der Junioren in Norwegen, dritter Spieltag: Schweiz – Norwegen 4:2, Finnland – Schweden 4:3, Deutschland – Frankreich 5:1, UdSSR – CSSR 6:3.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Klare Worte und feste Haltung

„Im Namen der Freiheit fest an der Seite Amerikas"; WELT vom 16. März

Sehr geehrter Herr Springer,

wieder einmal sind es Ihre Worte und Gedanken, die so eindrucksvoll das sagen, was jeder eigentlich längst wissen müßte.

In der heutigen Zeit, und da sich vieles in den letzten Jahren leider verändert hat, sollten wir uns wirklich an unsere amerikanischen Freunde liebevoller erinnern und offen und ehrlich zu ihnen stehen und ihnen unseren Dank abstatten. Bei meinen Besuchen in den USA habe ich oft feststellen müssen, daß sich viele Amerikaner Bayern als Deutschland vorstellen, und zwar deshalb, weil dort Recht, Ordnung, Leistung, Fleiß, Sauberkeit herrscht und weil dort die Freundschaft zu den USA spürbar ist. Gut, wenn dies so bleibt und das nicht Schule macht, was kürzlich von Günter Grass in New York zu hören war. Diesen Eindruck sollten wir so schnell wie möglich wieder wettmachen, aber nicht nur mit nichtssagenden Reden.

Ihre Einstellung zu Israel ist gleichbleibend, mutig und positiv und sollte von unseren Politikern entsprechend gewürdigt und beherzigt werden.

Unendlich wichtig erscheint mir, daß wir endlich klare Stellung in bezug auf Afrika beziehen müssen. Hier hat Herr Genscher m. E. nach Lage der Dinge bisher einen völlig falschen Standpunkt vertreten und ein gründliches Umdenken wäre am Platz. Es ist doch unmöglich, daß Herr Genscher nicht mitkriegt, was die Kubaner im Auftrag Moskaus in Afrika treiben und vorhaben. Auch der auffällige Feldzug gegen Südafrika ist für jeden, der sehen will, mehr als aufschlußreich.

Nur wenn die Kubaner Afrika wieder verlassen, kann ein friedlicher Aufbau ohne Waffengewalt angestrebt und erzielt werden. Ich meine, hier denkt Herr Strauß richtiger als Herr Genscher.

Nochmals, sehr verehrter Herr Springer, herzlichen Dank für all Ihre richtigen und nachdenkenswerten Ausführungen. Möge sich unsere neue Regierung diese zu eigen machen.

Elfriede Kallweit, Berlin 31

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Axel Springer ist einmal mehr für seine klaren und richtigen Worte zur bisherigen Bonner Südwestafrika-Politik, deren herausragendes Merkmal, um mit Franz Josef Strauß zu sprechen, „chemisch reine Naivität" war, zu danken. Endlich müssen diejenigen unsere Unterstützung finden, die sich in Südwestafrika/Namibia für ein friedliches und demokratisches Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen einsetzen, endlich muß die offene oder stillschweigende Förderung der von Moskau und Ost-Berlin gesteuerten SWAPO ein Ende finden.

Sehr unterstützen möchte ich Axel Springers Forderung nach Wiedereröffnung des deutschen Konsulats in Windhuk. „Vor den Augen der Welt beugt sich die Bundesregierung (mit der Schließung des Konsulats) den erpresserischen Forderungen der militanten, kommunistisch beherrschten SWAPO ... Gleichzeitig beeinträchtigt sie mit diesem Schritt die jahrelangen Anstrengungen der südwestafrikanischen Bevölkerungsgruppen um einen friedlichen Weg zur Unabhängigkeit", betonte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion 1977 anläßlich der von SPD und FDP durchgesetzten Schließung der diplomatischen Vertretung richtig.

Das Konsulat muß umgehend wieder geöffnet werden – im Interesse der Zukunft Namibias, im Interesse der 30 000 dort lebenden Deutschen.

Mit freundlichem Gruß
Bardo Faßbender, Königswinter

Nur ein Verband

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in Ihrer Ausgabe vom 3. März haben Sie in Ihrer Spalte „Journal" über den neuen Verband der Politikwissenschaftler berichtet. Nach Ihrer Auffassung wird es künftig zwei Berufsverbände der Politologen geben.

Dies ist falsch. Sowohl die Deutsche Gesellschaft für Politikwissenschaft als auch die Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft sind Organisationen der Politologie als Wissenschaft, etwa vergleichbar mit der Internationalen Gesellschaft für Urheberrecht e. V. Die einzige Berufsorganisation der Politologen ist der Deutsche Politologenverband.

Mit freundlichen Grüßen
Heinz J. H. Fleischhauer, Bonn 2

Verlust-Orden

Sehr geehrte Herren,

in der Bundesrepublik haben wir ja nun eine beträchtliche Auswahl von Verdienst-Orden – mit und ohne Bändchen. Was uns aber fehlt, ist ein Verlust-Orden in drei Klassen. Die Erste Klasse hätte zumindest jetzt nach der Wahl in Schleswig-Holstein Herr Ronneburger verdient.

Mit freundlichen Grüßen
Carl-Hch. Büscher, Iserlohn

Sachlicher Sender

„Loewe gegen ‚Rotfunk und Schwarzfunk'"; WELT vom 2. März

Sehr geehrte Redaktion,

ich meine, daß dem neuen SFB-Intendanten Lothar Loewe ein besonderer Dank dafür gebührt, daß er die bei den Sendern nur zu oft politisch einseitig gefärbte Berichterstattung usw. innerhalb seines Senders nicht mehr zulassen wird. Dies trifft beim Fernsehen und Rundfunk m. E. auf Redakteure und Journalisten, aber auch auf Moderatoren und Kommentatoren zu. Selbst Kritik kann auch sachlich gebracht werden. Wer dem genannten Wunsch nicht folgen kann bzw. will, sollte einen solchen Posten verlassen bzw. sich nicht dafür bewerben.

So wird z. B. in England bei den privaten Fernsehanstalten die eigene politische Meinung aller Bediensteten grundsätzlich nur als Privatsache angesehen und darf sich somit nicht auf Sendungen auswirken.

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Spindler, Lübeck

Wort des Tages

„Wir Deutschen sollten die Wahrheit auch dann ertragen lernen, wenn sie für uns günstig ist."

Clemens von Brentano, dt. Dichter (1778–1842)

Personalien

AUSWÄRTIGES AMT

Staatssekretär **Hans Werner Lautenschlager** vom Auswärtigen Amt und der königlich-niederländische Botschafter **Kaspar Willem Reinink** haben am Mittwoch in Bonn ein deutsch-niederländisches Abkommen unterzeichnet, das die „Gleichwertigkeit" von Studiengängen und Examina im Hochschulbereich festschreibt. Beide Staaten erkennen ab sofort Semester und Prüfungen aller Hochschulbereiche an, wenn Studenten im jeweils anderen Gastland studieren. Das Abkommen ist das erste umfassende dieser Art in Westeuropa. Zwischen Frankreich und der Bundesrepublik werden Studiengänge nur in den Natur- und Geisteswissenschaften gegenseitig anerkannt, ein Abkommen mit Österreich ist noch nicht vom österreichischen Parlament ratifiziert.

*

Der stellvertretende amerikanische Außenminister **Kenneth Dam** hält sich heute in Bonn auf. Sein Gesprächspartner ist Staatssekretär **Bernd von Staden** im Bonner Auswärtigen Amt, der auch Koordinator für die deutsch-amerikanischen Beziehungen ist. Von Staden und Dam werden Themen der Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle besprechen. Mittags gibt der Staatssekretär im kleinen Gästehaus auf dem Bonner Venusberg zu Ehren von Kenneth Dam ein Essen.

EHRUNG

Shepard Stone, Leiter des Berliner Aspen-Instituts, wird heute Ehrenbürger von Berlin. Der Regierende Bürgermeister **Richard von Weizsäcker** empfängt Stone, der sich auch in das Goldene Buch der Stadt einträgt, im Rathaus Schöneberg. Das Aspen-Institut wurde 1974 in Berlin eingerichtet und seitdem von Shepard Stone geleitet. Mit Berlin ist der Amerikaner seit Jahrzehnten verbunden. Vor 1933 studierte er in Berlin bei Professor **Hermann Oncken** Geschichte. Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte er dem Beraterteam des damaligen amerikanischen Hochkommissars **John McCloy** an. Shepard Stone ist außerdem als einer der früheren Direktoren der Ford Foundation Mitgründer der Freien Universität Berlin. Er ist mit einer Berlinerin, mit **Charlotte Hasenclever** verheiratet. Am 31. März feiert der Amerikaner seinen 75. Geburtstag.

VERANSTALTUNG

Landesbischof Dr. **Eduard Lohse,** Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, EKD, reist am 25. März für zwei Wochen in den Mittleren und Nahen Osten. Stationen sind Zypern, Beirut, Amman und Jerusalem. Lohse folgt einer Einladung des mittelöstlichen Kirchenrates, einer Vereinigung aller nichtkatholischen Kirchen des mittleren Ostens mit rund zehn Millionen Mitgliedern. Begleitet wird Bischof Lohse vom Asienreferenten der EKD, Oberkirchenrat **Wilfried J. Blank.** In Beirut wird der Vorsitzende der EKD auf Einladung des Goethe-Instituts einen Vortrag über die Bedeutung von Luther heute halten. Außerdem wird er in Beirut zwei Pfarrer in ihr Amt einführen, Pfarrer **Jürgen Eisenberg,** für pfarramtliche Dienste in Libanon, in Syrien und in Irak zuständig, und Pfarrer **Helmut Friedrich,** zuständig für die Seelsorge auf Baustellen deutscher Firmen in der Region. Ostersonntag will Bischof Lohse in der Evangelischen Erlöserkirche in Jerusalem die Predigt halten.

„Pro und Contra" zum Thema Volkszählung

Spiel mit Argumenten

WELT: Herr Obermann, Ihr „Pro und Contra" geht nun ins 15. Jahr. Damit zählt diese Fernseh-Sendereihe zu den ältesten in der Bundesrepublik. Soll sie weitere Jahrzehnte beibehalten werden?

Obermann: Ob Jahrzehnte, kann ich nicht wissen. Aber in absehbarer Zeit ist jedenfalls nicht an ein Ende gedacht.

WELT: Wird diese Zählebigkeit vom Publikumsinteresse gerechtfertigt?

Obermann: Durchaus. Wir verzeichnen ordentliche Einschaltquoten, wenn der andere Kanal nicht eben eine besonders beliebte Unterhaltungssendung bringt: so zwischen 16 und 20 Prozent.

WELT: Die Idee Ihrer Sendung – ein wichtiges, meist politisches Thema in Form einer Gerichtsverhandlung mit Plädoyers, Zeugenvernehmungen und „Sachverständigengutachten" zu behandeln und dann dem Saalpublikum zur Abstimmung zu stellen – ist gewiß interessant und lebendig. Ist sie aber nicht auch fürchterlich oberflächlich und vielleicht sogar gefährlich, weil sie eine Demokratie vortäuscht, die es hier nicht gibt, und weil die Rhetorik, Äußeres und Gehabe der „Anwälte" oft mehr bewirken als die kühle Argumentation?

Obermann: Solche Bedenken sind durchaus nicht in den Wind zu schlagen. Erstens aber vertraue ich darauf, daß das Publikum weiß, daß die Leute im Saal willkürlich ausgewählt sind und schon von ihrer geringen Zahl her nicht repräsentativ sein können. Zweitens: Auch in üblichen Diskussionssendungen spielen Rhetorik und Selbstdarstellungen der Debattierenden eine große Rolle. Dann müßten Sie die ebenso bedenklich finden.

WELT: Zu den üblichen Diskussionssendungen gibt es schon einen wesentlichen Unterschied. Das Urteil darüber, was „richtig" ist, wird dort dem einzelnen Zuschauer überlassen, der die Argumente aller Seiten bei sich abwägen kann. In Ihrer Sendung aber wird durch die Abstimmung am Schluß (mit den entsprechenden Umstimmungen) eine Art Urteil über die Stärke der Argumente gefällt.

Obermann: Ja, da liegt zweifellos eine Gefahr. Aber ich vertraue auch hier auf das Gespür beim Publikum. Offenbar bewerten Sie die Abstimmung überhaupt zu hoch. Ich glaube nicht, daß sie beim Zuschauer diese Bedeutung hat. Uns dient sie auch eher als Spannungselement, als sportliches Element gewissermaßen. Vor allem anderen kommt es auf die Argumente in den „Vernehmungen" und in den Plädoyers an. Und hier hat diese Sendung etliche Vorteile gegenüber üblichen Diskussionssendungen. Sie ist eine strenge Informationssendung, bleibt viel konsequenter beim Thema als übliche Diskussionssendungen, schweift weniger ab. Schließlich haben hier auch beide Seiten dieselben Chancen.



Erfand vor 15 Jahren „Pro und Contra": Emil Obermann FOTO: TELEBUNK

WELT: Wenn Sie sich zurückerinnern: In welcher Sendung gab es die meisten Umstimmungen und welche fand vermutlich den besten Anklang?

Obermann: Die verblüffendsten Umstimmungen gab es, als es um die Neutronenwaffe ging. Da veränderte sich die Stimmung am Ende stark in Richtung Pro. Und die höchste Einschaltquote (46 Prozent) erzielte unsere Sendung über das Pornographie-Verbot.

WELT: Was werden Sie uns heute abend servieren?

Obermann: Thema Volkszählung.

WELT: Sie haben diese Sendung gegründet und von Anfang an gestaltet. Woher haben Sie die Idee?

Obermann: Das Urmodell war die BBC-Sendung „Your Witness" („Ihr Zeuge"), weshalb übrigens unsere Sendung starke Elemente des angelsächsischen Gerichtsverfahrens aufweist. Doch haben wir diese englische Idee stark auf unser Publikum zurechtgeschneidert, also umgestaltet.

HERMANN A. GRIESSER

KRITIK

Nach Warenhausmanier

Die ARD hat Korrespondenten überall, sie berichten nach Warenhausmanier über schlechthin alles. Warum sollen sie also nicht auch über kulturelles Geschehen erzählen? So ungefähr wird der **Kulturweltspiegel** entstanden sein. Eine andere Frage ist, ob zuvörderst mit politischen Reportagen Betraute in diesem Feld kompetent urteilen können. Daran darf man auch dann zweifeln, wenn immer wieder betont wird, daß es um Ästhetisches – und das heißt doch: um Künstlerisches – nicht geht.

Es muß ja doch auffallen, mit welcher Inbrunst sich die Kulturweltspiegeler auf die Inhalte stürzen oder sich an Personen klammern. Gewiß, der Erfinder von „Dallas" spricht über Fragen des Machens, über Dramaturgie. Aber das ficht die Reporterin nicht an: Sie attackiert das private Fernsehen Amerikas – von diesem kauft dann die ARD seine Serien. Pantomimen in Prag werden politisch betrachtet. Das Musical „Marylin" in London wird von der Hauptdarstellerin her anvisiert und mit Szenen aus Monroe-Filmen verschnitten. Zur Information über das Kulturleben in anderen Ländern taugt eine solche Sendung kaum.

KATHRIN BERGMANN





ARD/ZDF-Vormittagsprogramm

9.30 Sesamstraße
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Bergpredigt
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

16.10 Tagesschau
16.15 Das Streitgespräch
Die Pillenprüfer vom Dienst: Wem nützt das Bundesgesundheitsamt? Carmen Thomas gegen Karl Überla
17.00 Was geschah mit Adelaide Harris? (4)
Detektiv Selwyn Ravens Bemühungen, das gestohlene Baby zu finden, sind vergeblich. Weder weiß er, wo das Kind stecken könnte, noch ist dem „Hauptverdächtigen" Mr. Brett etwas nachzuweisen. Der ist auch viel zu sehr mit seiner anscheinend hoffnungslosen Liebe zu Tizzy Alexander beschäftigt. Und auch damit, daß eines Tages ein weiteres Kind verschwindet: Sorley, einer der Schüler aus Dr. Bunnions „Akademie für junge Gentlemen", ist nicht aufzufinden. Auch Bostock und Harris hatten noch keine Gelegenheit, die verschwundene Adelaide aus dem Heim für Findlinge ins Elternhaus zurückzubringen. Zu viele Leute haben einen Verdacht.
17.30 Natur und Technik
Zoo-Reportage. Ein naturwissenschaftliches Magazin für Kinder
Denk und Dachte, die neugierigen Fernsehpuppen, sind im Tierpark unterwegs, um sich die „Kleider" der Tiere anzusehen. Sie staunen über die Vielfalt von Haaren, Schuppen und Federn.
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Pro und Contra
Thema: Volkszählung
21.15 Es ist angerichtet (5)
Komische Geschichten mit Eddi Arent u. a.
21.45 Café in Takt
Eine musikalische Abendunterhaltung mit Peter Horton und Elle Levy, Ximo & Jude, Joan Orleans, Dunja Reiter, Janusz Oleniczak
Regie: Rainer Bertram
22.30 Tagesthemen
23.00 Die Eroberung der Zitadelle
Fernsehfilm nach der Novelle von Günter Herburger
01.25 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Wir Europäer
Sendereihe in 10 Folgen von F. Quilici
1. Unsere Landschaften
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Mumins
Heimweg mit Hindernissen
17.00 heute
17.08 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Joana
17.50 4 Hoffmanns und 5 Cupovics
Wo sind wir eigentlich zu Hause
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Sherlock Holmes und Dr. Watson
Der glücklose Spieler
19.00 heute
19.30 So oder so ist das Leben
Vier Episoden von Herbert Reinecker
Urlaubsbekanntschaften / Späte Erkenntnis / Zufallsbekanntschaft / Fräulein Mohr hat eine Frage
Regie: Eugen York
20.30 Hans Rosenthal stellt vor
Kaum zu glauben
Quizspiel mit Ingrid Peters
21.00 heute-journal
21.20 LKJ oder Die zornige Stimme aus Brixton
Über Rassenprobleme in Großbritannien berichtet Manfred Rohde
22.05 Live aus Hamburg:
Das kleine Fernsehspiel
Spielraum
Boxen – Sport oder Mord?
Moderator: Pit Klein
In den USA gibt es zur Zeit wieder heftige Auseinandersetzungen zwischen den Freunden des harten Profiboxens und denen, die diesen Sport als „institutionalisierten Totschlag" bezeichnen.
Mit Amateuren, Profis und einem sportlich interessierten Publikum sollen Fragen diskutiert werden, die nicht nur den Boxsport, sondern auch andere „harte" Sportarten betreffen. Im Studio ist ein Boxring aufgebaut, und zwei Amateure werden sich und dem Publikum einen Kampf nach allen Regeln der Kunst liefern.
Anschl. heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Physik (12)
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Liane – Das Mädchen aus dem Urwald
Dt. Spielfilm, 1956
Mit Hardy Krüger u. a.
Regie: Eduard von Borsody
21.40 Demnächst ...
Vorschau auf eine Musical-Reihe
21.45 Schauplatz
Der Modellbauer
Der Mühlheimer Schriftsteller und Filmemacher Reinald W. Schnell porträtiert den arbeitslosen Modellbauer Willi Anheyer
22.15 Eine Republik kapituliert
Das Ermächtigungsgesetz 1933
Zwei damalige Reichstagsabgeordnete im Gespräch mit Hermann Rudolph
23.00 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Arbeiten mit Ton (4)
Glasieren und Brennen
18.45 The NOW Club
Eine englischsprachige Talkshow
19.15 Was tun?!
Umsteigen und gut abfahren
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Die Frauen
US-Spielfilm, 1939
Mit Norma Shearer, Joan Crawford u. a.
Regie: George Cukor
22.25 Kultur aktuell:
Gesellschaftstänze
23.10 Jazz Fest Berlin 1982
Real Brazil (3)
Brazil Jazz Allstars
00.40 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Wir pfeifen auf den Gurkenkönig
19.15 Natur und Technik
20.00 Tagesschau
20.15 Wollen Sie mit mir tanzen?
Franz. Spielfilm, 1959
Mit Brigitte Bardot u. a.
21.40 Drei aktuell
21.55 Kulturkalender
22.25 Atelierbesuche
22.55 Vor vierzig Jahren
Dt. Wochenschau Nr. 654

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg I
Physik (12)
Fernsehspiel von Arthur Adamov
20.05 Kunst im Dialog
20.50 Bilderbogen
21.05 Notenschlüssel
Frau und Musik
Nur für Baden-Württemberg
21.50 Zu Gast:
Rosel Helm
Nur für Rheinland Pfalz
21.50 Magazin regional Sport
22.20 Zugabe
Nur für das Saarland
21.50 Berus und um Berus herum

BAYERN
18.15 The Sadrina Project (11)
18.35 Tänze der Welt
18.45 Rundschau
19.00 Nora
Schauspiel von Henrik Ibsen
20.45 Rundschau
21.00 Heut' abend ...
Zu Gast: Marcel Prawy
21.45 Der Sportstammtisch
22.30 Sperrfrist
23.15 Rundschau

Weinberger bietet Spanien moderne Jagdbomber an

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die Modernisierung der spanischen Streitkräfte und ihr Platz in der NATO bilden den Inhalt der Gespräche, die US-Verteidigungsminister Weinberger zur Zeit in Madrid führt. Bei der Modernisierung geht es besonders um die Ausrüstung der spanischen Luftwaffe mit 84 amerikanischen Jagdbombern vom Typ F-18 A (Stückpreis 22,3 Millionen Dollar). Weinberger wird sich bemühen, den bereits unterzeichneten Vorvertrag gegen das um mindestens zehn Prozent billigere Tornado-Angebot aus der Bundesrepublik Deutschland durchzubringen. Die Entscheidung muß bis 31. Mai gefallen sein.

Wie vor kurzem US-Außenminister Shultz, sucht auch Weinberger in Madrid eine Standortbestimmung der sozialistischen Regierung im atlantischen Verteidigungskonzept. Vor kurzem erneuerten die USA und Spanien das seit drei Jahrzehnten bestehende Stützpunkt- und Freundschaftsabkommen, das vor einem halben Jahr auf die spanische Mitgliedschaft in der NATO abgestimmt wurde. Ungewiß bleibt jedoch, ob Spanien in der Allianz bleibt. Ministerpräsident Gonzalez will offensichtlich an der von ihm versprochenen Volksbefragung über den Verbleib Spaniens in der NATO festhalten. Mit der Abstimmung kann in etwa zwei Jahren gerechnet werden. (SAD)

CDU-Parteitag im Mai in Köln

rtr, Bonn

Der nächste CDU-Parteitag wird vom 25. bis 27. Mai in Köln stattfinden, beschloß gestern der CDU-Bundesvorstand. Nach Angaben eines Parteisprechers steht die Neuwahl von Präsidium und Vorstand auf dem Programm. Im Mittelpunkt der Sachdiskussion sollen die Jugendarbeitslosigkeit, der Lehrstellenmangel und die wachsende Arbeitslosigkeit junger Akademiker stehen.

Arbeitszimmer darf eine Liege haben

dpa, Kassel

Das häusliche Arbeitszimmer eines Lehrers kann auch dann ein Arbeitszimmer im Sinne des Steuerrechtes sein, wenn es eine Liege enthält. Die Aufwendungen für ein so ausgestattetes Arbeitszimmer können damit auch als Werbungskosten geltend gemacht werden, entschied das Hessische Finanzgericht in Kassel (Az: IV 75/81 vom 27. Januar 1983). Bisher war ständige Rechtsprechung, daß in einem Arbeitszimmer keine Ruhegelegenheit sein darf. Das Gericht argumentierte, daß zur Arbeit eines Lehrers außer Schreiben auch Lesen und Denken gehört. Diese beiden Tätigkeiten könnten nicht nur sitzend am Schreibtisch, sondern genauso gut wenn nicht sogar besser, im Liegen geschehen. Der Steuerpflichtige müsse entscheiden, ob er im Sitzen oder im Liegen arbeite.

Ausfallzeitbeiträge sind anzurechnen

DW. Karlsruhe

Pflichtbeiträge, die zur gesetzlichen Rentenversicherung während einer Ausfallzeit entrichtet worden sind, müssen berücksichtigt werden, wenn ihre Anrechnung zu einer höheren Rente führen würde. Dies stellte das Bundesverfassungsgericht auf einen Aussetzungs- und Vorlagebeschluß des Sozialgerichts Lübeck fest, bei dem es um 140 Mark mehr oder weniger Monatsrente ging. Das Sozialgericht wollte vom Bundesverfassungsgericht geklärt haben, ob es mit dem Grundgesetz vereinbar ist, daß Pflichtbeiträge, die zur gesetzlichen Rentenversicherung während einer Ausfallzeit entrichtet worden sind, auch dann unberücksichtigt bleiben, wenn ihre Anrechnung zu einer höheren Rente führen würde. (AZ. 1 BvL 28/79)

Reagan belegt mit Fotos sowjetische Aufrüstung

NATO-Verteidigungsminister bekräftigen Doppelbeschluß

kie/DW. Washington/Vilamoura

Die inneramerikanische Auseinandersetzung um den Verteidigungshaushalt der USA spitzt sich immer mehr zu. US-Präsident Reagan wählte deshalb gestern abend den ungewöhnlichen Schritt, erneut vor die Fernsehkameras der Nation zu treten und mit einer eindringlichen Warnung vor der sowjetischen Aufrüstung die Notwendigkeit amerikanischer Nachrüstung zu begründen. Zugleich ging im südportugiesischen Vilamoura das Treffen der NATO-Verteidigungsminister mit einer Bekräftigung des NATO-Doppelbeschlusses zu Ende.

Reagans Sprung in die Öffentlichkeit wurde beschlossen, nachdem die Demokraten im Repräsentantenhaus sich stark gemacht hatten für einen „Alternativhaushalt" zu dem vorgelegten US-Budget. Die Opposition setzt in ihrem Vorschlag nur noch eine Verteidigungssteigerung von real 4 Prozent an, während der Präsident für das Haushaltsjahr 1984 eine Steigerung von real 10,4 Prozent verlangt. Laut dem Plan der Regierung soll die gesamte Bewilligung für das Pentagon von ca. 240,5 Milliarden Dollar im laufenden Haushaltsjahr auf 274,1 Milliarden 1984 steigen.

Diese Steigerung ist selbst Mitgliedern aus Reagans eigenem republikanischem Lager zu hoch. Andererseits will man auch nicht die niedrigere Ziffer von 4 Prozent, die die Demokraten vorschlagen, unterstützen. Allgemein geht man davon aus, der Präsident werde sich mit einem Kompromiß zufrieden geben müssen, der dem Pentagon etwa 7-8 Prozent reales Wachstum zubillige.

Gestern abend war Reagan jedoch keineswegs in kompromißfreudiger Stimmung. Im Stil des vor einem Monat veröffentlichten Pentagon-Papiers über Moskaus Militärmacht malte er ein globales Bild der sowjetischen Rüstungsoffensive. Zum erstenmal griff er dabei öffentlich auf Geheimunterlagen der US-Nachrichtendienste zurück, vor allem Luftaufnahmen über sowjetische Rüstungshilfe im Nahen Osten und in der Karibik.

Mehrere Kongreßabgeordnete, die den Reaganschen Verteidigungsplänen wohlwollend gegenüberstehen, hatten das Weiße Haus gedrängt, mit diesen nachrichtendienstlichen Erkenntnissen in die Öffentlichkeit zu gehen und dadurch in den eigenen Darlegungen überzeugender zu wirken. Die „graue Eminenz" unter den Experten in der Regierung, der Experte für die Auswertung von Luftaufklärungsbildern, ist John Hughes. Hughes war der Mann, der bereits 1962 Präsident Kennedy über den Raketen-Aufbau der Russen auf Kuba ins Bild setzte.

Im Verlaufe des Mittwoch war noch nicht ganz klar, ob Reagan in seiner Rede auch schon einen neuen „Interim"-Vorschlag für die Mittelstreckenverhandlungen in Genf vorstellen wollte. Die Bereitschaft dazu wird in Washington immer deutlicher. Nach dem jetzigen Stand der Beratungen wollen die Amerikaner Moskau vorschlagen, die Zahl der Mittelstreckensysteme auf beiden Seiten auf 100 zu begrenzen mit nicht mehr als 300 Sprengköpfen insgesamt. Allerdings erwartet Reagan von den Sowjets eine Zusage, daß man sich grundsätzlich über das endgültig zu erreichende Ziel Null auf beiden Seiten vorab einige.

Paraguays Präsident will Bonn besuchen

Zunehmende Kritik am Regime General Stroessner

MANFRED NEUBER, Bonn

Ein Staatsbesuch in der Heimat seiner deutschen Vorfahren und eine Visite des Papstes in jenem Lande, wo im 17. Jahrhundert ein Jesuitenstaat gegründet wurde, soll die fast 30jährige Herrschaft von General Alfredo Stroessner in Paraguay „krönen". Der 70 Jahre alte Präsident ließ sich im Februar für fünf Jahre wiederwählen.

Als Stroessner 1973 in die Bundesrepublik kam, wurde für ihn kein roter Teppich in Bonn ausgerollt. Das inoffizielle Programm lief vorwiegend in der Provinz ab. Im oberfränkischen Hof leben noch Verwandte. Von dort wanderte sein Vater, ein bayerischer Bierbrauer, nach Südamerika aus.

Nun hofft Stroessner darauf, daß er der neuen Bundesregierung genehm ist. Die Ankündigung aus dem Vatikan, der Papst wolle auf seiner nächsten Südamerika-Reise auch Paraguay besuchen, hat ihn aufgewertet.

Die katholische Kirche in Paraguay stellt seit Jahren aus sozialem Antrieb die stärkste Opposition gegen das Stroessner-Regime. Sie organisiert Genossenschaften auf dem Lande, und sie kritisiert die Verletzung der Menschenrechte. Wiederholt wurden Priester verfolgt und des Landes verwiesen.

Hinter der Fassade des strengen Regiments Stroessners beginnt es jetzt aber zu bröckeln. Die lange Jahre hindurch machtlosen Oppositionsparteien treten geschlossen auf, und der Guarani, die Währung Paraguays, steht unter Abwertungsdruck. Bisher war das Binnenland ein Hort ökonomischer Stabilität. Doch die Wirtschaftskrise der Nachbarn greift auf Paraguay über.

Bevor im August das neugewählte Parlament zusammentritt und Stroessner ein neues Kabinett bilden wird, werden die internen Schwierigkeiten wohl noch zunehmen. Die Weltbank rät Asuncion zu größeren öffentlichen Ausgaben, um die private Wirtschaftstätigkeit zu beleben. Paraguay hat eine stark rückläufige Volkswirtschaft. Offiziell wird am Kurs von 126 Guarani für einen Dollar festgehalten, tatsächlich werden seit Jahresbeginn jedoch die meisten Geschäfte auf der Basis 143:1 abgewickelt. Das gilt besonders für Einfuhren von Benzin und Weizen. Auf dem Schwarzmarkt sackte der Guarani bis auf 238:1 ab.

Paraguays traditionelle Exporterzeugnisse (Baumwolle, Sojabohnen, Hölzer und Fleisch) erzielen zur Zeit nur schwache Erlöse. Auf hohe Devisen-Einnahmen für Stromlieferungen aus Itaipu, dem brasilianisch-paraguayischen Kraftwerk am Parana-Fluß, muß man noch ein paar Jahre warten, bis die volle Kapazität erreicht wird.

Nach Vollendung des riesigen Projektes schrumpft die Volkswirtschaft Paraguays in diesem Jahr wieder auf die Hälfte des Volumens der vergangenen Jahre. Das wird tiefgreifende soziale Folgen haben. Zugleich wächst in der Armee der Unmut über die Pfründe weniger Privilegierter, die praktisch eine Konzession zum Schmuggel mit Luxusgütern haben.

Vier Oppositionspolitiker versuchten zur Präsidentschaftswahl zum vierten Mal vergeblich, aus dem Exil zurückzukehren. Obwohl für diesen Tag der seit Jahrzehnten geltende Ausnahmezustand aufgehoben ist, durften die Widersacher Stroessners das Flugzeug nicht verlassen. Unter ihnen war Domingo Laino, der finanzielle Verbindungen zwischen Stroessner und dem in Paraguay ermordeten Ex-Diktator Anastasio Somoza aufgedeckt hatte.

Hamburg bietet Beteiligung an HDW an

WALTER H. RUEB, Hamburg

Der Hamburger Senat lehnt das Sanierungskonzept des Vorstandes der Howaldtswerke Deutsche Werft AG (HDW) als unausgereift und einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer mit Entschiedenheit ab.

Nach dem Sanierungskonzept, über das der Aufsichtsrat des Unternehmens voraussichtlich am kommenden Montag berät und entscheidet, soll der Schiffsneubau in Hamburg stillgelegt und ganz auf Kiel beschränkt werden. Ferner sollen 3600 Arbeitsplätze in Hamburg und Kiel sowie umfangreiche Sozialleistungen abgebaut, die Kurzarbeit dafür verschärft werden.

In einer Betriebsversammlung der Belegschaft der HDW sagte Bürgermeister Klaus von Dohnanyi gestern, dem Senat liege bis heute kein schriftliches Exemplar des Sanierungskonzepts vor. Hamburg sei bereit, sich am Kapital der HDW zu beteiligen. Dem Antrag des HDW-Betriebsrates an Hamburger Bürgerschaft und Senat, dem Salzgitter-Konzern unverzüglich eine Beteiligung von 25,1 Prozent am Aktienpaket anzubieten oder mindestens eine Sperrminorität zu erlangen, erteilte Dohnanyi jedoch eine Absage. Wenn Hamburg und Schleswig-Holstein zusammen die Mehrheit bei der HDW erwerben würden, leisteten sie damit nur einem Rückzug des Bundes und Hauptanteileigners aus der Verantwortung Vorschub.

Er habe deshalb dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Uwe Barschel vorgeschlagen, die vom Nachbarland gehaltenen 25,1 Prozent zu teilen und gemeinsam eine Sperrminorität zu übernehmen. Dohnanyi wörtlich: „Herr Barschel hat dies nicht grundsätzlich abgelehnt, wie behauptet wird. Gespräche werden geführt."

Dohnanyi sagte ferner, es dürfe nicht hingenommen werden, daß Arbeitsplätze in der Bundesrepublik, egal ob bei Stahl, Kohle oder Werften, zerstört würden, weil in Mitgliedsstaaten der EG durch Subventionen Arbeitsplätze erhalten würden, die eigentlich nicht mehr wettbewerbsfähig seien. Von seiten der Bundesregierung müsse gegen derartige Wettbewerbsverzerrungen etwas unternommen werden. Solange derartige Bemühungen keinen Erfolg zeitigten, erwarte man in Hamburg, „daß von der Bundesregierung nicht nur Mittel in das Saarland für die Sicherung des Stahls und in das Ruhrgebiet gegeben werden, sondern in größerem Umfang auch für die Sicherung der Werftenkapazität in Norddeutschland, wo die Arbeitslosigkeit größer ist".

Eingangs der Betriebsversammlung, die angesichts der Brisanz des Themas ruhig und ohne Zwischenfälle verlief, hatte der HDW-Vorstandsvorsitzende Klaus Ahlers tapfer sein Sanierungskonzept erläutert und verteidigt. Ahlers erhielt am Schluß seiner Ausführungen überraschend viel Beifall. Stärker war anschließend der Beifall für den Betriebsratsvorsitzenden Holger Mahler. Dieser kündigte rechtliche Schritte gegen den Abbau von Sozialleistungen an. Ein Gewerkschaftsvertreter kündigte für heute Arbeitsniederlegungen auf der Werft an.

Seite 9: Hamburger Nabelschau

Gesagt

„Würde es der CDU gelingen, durch glückliche Fügung, günstige Umstände, Glück, eigene Fähigkeiten einen dauerhaften Wirtschaftsaufschwung und die Überwindung der Arbeitslosigkeit zuwege zu bringen, dann könnte unsere Oppositionszeit länger als vier Jahre dauern."

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Hans Apel in einem Interview der „Bunten".

Für niedrige Beiträge zur Krankenversicherung

Blüm: Senkung der Belastungen soll angestrebt werden

PETER JENTSCH, Bonn

Der Medizinbetrieb ist endgültig an seine finanziellen Grenzen gestoßen. Angesichts des engen Finanzspielraums der gesetzlichen Krankenversicherung gilt nach Auffassung der Spitzenverbände der Krankenkassen das Primat der „einnahmeorientierten Ausgabenpolitik" heute mehr denn je.

Dies kam gestern bei den Verhandlungen im Rahmen der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen deutlich zum Ausdruck. Dabei werden die Krankenkassen auf ihrem Weg zur langfristigen Haushaltskonsolidierung von der Bundesregierung unterstützt.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) faßte dieses Postulat vor der Konzertierten Aktion so zusammen: „Die Krankenversicherung muß ihren Beitrag vor allem dadurch leisten, daß sie die Belastung mit Beiträgen für Unternehmen und Versicherte so niedrig wie möglich hält. Konkret bedeutet dies, daß Beitragssatzkonstanz und, wo möglich, auch Beitragssatzsenkungen in der Krankenversicherung angestrebt werden müssen."

Das Ziel war somit abgesteckt. Um die Ernsthaftigkeit seines Anliegens zu unterstreichen, machte Blüm zugleich deutlich, daß er alles daransetzen werde, die politischen Rahmenbedingungen entsprechend abzusichern. Blüm: „Ich bleibe bei meiner Position, daß die Zeit ständiger Interventionen und Finanzverschiebungen zu Lasten der Krankenversicherung ein Ende haben muß." In den Koalitionsvereinbarungen sei daher zum Beispiel festgelegt worden, daß vom Krankengeld nach einjähriger Arbeitsunfähigkeit Beiträge an die Rentenversicherung zu leisten sind, wobei diese je zur Hälfte von der Kasse und von den Versicherten aufzubringen seien.

Daraus folge für die Krankenversicherung: 1982 sei sie durch diese Regelung noch mit insgesamt 1,2 Milliarden Mark belastet worden, 1983 bleibe nur noch ein Nettobetrag von etwa 450 Millionen Mark übrig.

Dadurch wie auch durch den Honorarverzicht von Ärzten und Zahnärzten im Jahre 1981 sei es möglich geworden, daß die Ausgaben der Krankenkassen 1982 mit einem Zuwachs von 0,8 Prozent erheblich niedriger gestiegen seien als die Entwicklung der Grundlohnsumme. Man müsse freilich berücksichtigen, daß der Beitragssatz der gesetzlichen Krankenversicherung von 1980 bis heute von 11,4 Prozent auf 12 Prozent gestiegen sei. Allein diese Erhöhung habe zu einer zusätzlichen jährlichen Wertabschöpfung bei Versicherten und Unternehmen in Höhe von rund 3,5 Milliarden Mark geführt. Blüm bat die Verbände des Medizinbetriebs um Verständnis dafür, „daß die gesetzliche Krankenversicherung nicht die Sicherung der Einkommen von Leistungserbringern auf teilweise hohem Niveau zum Ziele haben kann, solange breite Schichten unserer Bevölkerung reale Einkommensverluste hinnehmen müssen".

Er schlug vor, der Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen entsprechend den im Jahreswirtschaftsbericht prognostizierten Orientierungsdaten „einen Zuwachs von 3,5 Prozent zugrunde zu legen". Zugleich machte er deutlich, daß zwei Bereiche der Leistungserbringer besondere Sorgen bereiten: die stationäre Versorgung und der Arzneimittelbereich.

Politische Abrechnung im hessischen Landtag

Neue Signale für rot-grüne Zusammenarbeit

Nea. Wiesbaden

Zur erwarteten politischen Generalabrechnung wurde gestern die zweite Lesung des Landesetats 1983 im Wiesbadener Landtag. Trotz dringender Appelle der SPD und ihres Ministerpräsidenten Holger Börner blieben die CDU und die Grünen bei ihrer Ablehnung des 20-Milliarden-Haushalts. Bei Redaktionsschluß war über den von der CDU bereits formulierten Antrag auf Selbstauflösung des Landtags und Neuwahlen vor der Sommerpause noch nicht abgestimmt worden.

Ein „Zweckbündnis" warf der SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Winterstein den beiden anderen Fraktionen vor. Die CDU lehne den Haushalt nur aus taktischen Gründen ab, um möglichst schnell zu Neuwahlen zu kommen. Börner begründete das Festhalten der SPD am Wahltermin 25. September damit, daß dann den Bürgern „die Folgen der Bonner Koalitionsbeschlüsse erst richtig bewußt geworden sein" würden. Winterstein sagte, es sei jetzt die „historische Aufgabe der SPD, einen perfekten CDU-Staat zu verhindern".

Solche Vorwürfe wies der CDU-Fraktionsvorsitzende Gottfried Milde entschieden zurück. Die SPD demonstriere mit ihrer unnachgiebigen Ablehnung aller Gespräche mit der CDU eine „Haltung der totalen inneren und äußeren Verweigerung". Börner habe nicht einmal die Möglichkeit einer Einigung mit der CDU in Erwägung gezogen, sondern das Scheitern des Haushalts regelrecht angesteuert, um den anderen Parteien die Schuld zuweisen und der Bevölkerung die Rolle des Staatsmannes vorspielen zu können. Weder Börners Rumpfkabinett, noch sein „Rumpfhaushalt" seien mit der hessischen Verfassung vereinbar. Die SPD solle endlich den Weg zu raschen Neuwahlen freimachen.

Überraschend kompromißbereit zeigte sich in letzter Minute der Sprecher der Grünen, Karl Kerschgens. Wörtlich sagte er: „Vom ersten Tag dieses Landtags an war unsere Absicht, Gespräche über alle wichtigen Themen zu führen, auch mit dem Ziel, eine Landesregierung zu tolerieren und einen Ministerpräsidenten mitzuwählen." Die Weigerung der SPD jedoch, über ein „neues Wertesystem" zu diskutieren, mache die Zustimmung der Grünen zum Landeshaushalt aber unmöglich.

Die Landtagsdebatte wurde im übrigen beeinflußt durch zwei Signale von außen, die auf lange Sicht vielleicht doch eine Zusammenarbeit zwischen der SPD und den Grünen in Hessen als möglich erscheinen lassen. Auf einer SPD-Versammlung in Darmstadt hatte am Vorabend Willi Görlach, der südhessische SPD-Bezirksvorsitzende, überraschend deutlich gesagt, daß nach den Neuwahlen bei einer ähnlichen Sitzverteilung wie jetzt eine solche Zusammenarbeit wohl „erforderlich" sein werde. Ein Staatsnotstand sei damit nicht gegeben. Eine große Koalition mit der CDU lehnte Görlach dagegen kategorisch ab.

Am gleichen Abend war in der Stadt Mörfelden-Walldorf, dem Zentrum des Widerstands gegen die Flughafen-Startbahn West, SPD-Bürgermeister Bernhard Brehl mit Hilfe einer großen Koalition von SPD, Grünen und DKP für sechs Jahre wiedergewählt worden, obwohl ein solches Bündnis durch die SPD noch vor einigen Monaten angesichts der politischen Bedingungen der Grünen als indiskutabel bezeichnet worden war. Welche Zugeständnisse Brehl den Grünen und der DKP machen mußte, ist bisher nicht bekannt.

Kreml mobilisiert 20 neue Divisionen an Grenze zu Iran

gko./AFP, Moskau

Das sowjetische Parteiorgan „Prawda" hat die Verfolgung von Mitgliedern der kommunistischen Partei (Tudeh) in Iran angeklagt. In einem Artikel der Zeitung hieß es gestern, die iranischen Behörden hätten eine regelrechte „Kampagne" gegen die Tudeh entfesselt und deren wichtigste Führer „ins Gefängnis" geworfen, um sie vor Gericht zu stellen.

In den 40 Jahren ihres Bestehens habe die Tudeh ständig „die Unabhängigkeit, Freiheit und den sozialen Fortschritt" des Landes verteidigt, schrieb die „Prawda". Deshalb habe sie zu Zeiten des Schah-Regimes eine „grausame Unterdrückung" erlitten. Die jüngsten Maßnahmen, die gegen „eine der ältesten Parteien des fortschrittlichsten Flügels der iranischen Revolution" ergriffen wurden, seien auf sowjetischer Seite mit Entrüstung aufgenommen worden. Weiter betonte die Zeitung, die Tudeh habe „ständig den revolutionären Flügel der iranischen Führung unterstützt" und zur „Vertiefung des demokratischen und anti-imperialistischen Prozesses" beigetragen. Es sei noch an der Zeit, diese auf „falsche und unbegründete Beschuldigungen" gegründete Kampagne zu stoppen, schloß die „Prawda" ihren Artikel.

Militärische Beobachter schließen nicht aus, daß die Verfolgung der Tudeh in Iran in einem Zusammenhang mit der Aufstellung von neuen sowjetischen Divisionen im Schwarzmeer-Raum, dem Kaukasus und Turkmenistan in der Sowjetunion zu sehen ist. Nach vorliegenden Informationen sollen in diesem Gebiet 20 sowjetische Divisionen sich in der Neuaufstellung befinden. Es handele sich dabei vorwiegend um Panzer- und Mot-Schützendivisionen in einer Gesamtstärke von rund 250 000 Mann.

Papst fährt auch nach Breslau

rtr, Warschau

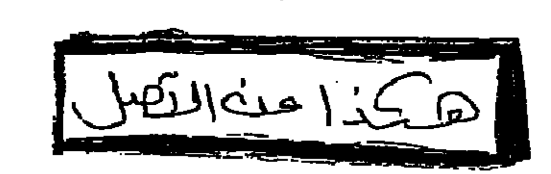
In Warschau ist gestern das genaue Besuchsprogramm für die Polen-Reise von Papst Johannes Paul II. vom 16. bis 22. Juni veröffentlicht worden. Der Papst wird danach in acht Städten Station machen. Obwohl Danzig, die Wiege der verbotenen „Solidarität", nicht auf dem Programm steht, fällt auf, daß der Papst vor allem Städte mit starker Arbeiterschaft besucht; so zum Beispiel Breslau und Krakau, wo er vor seiner Berufung zum Papst als Bischof wirkte. Auf dem Programm steht aber auch der oberschlesische Arbeiter-Wallfahrtsort Piekary, dessen Besuch bei seiner ersten Polen-Reise am Einspruch der polnischen Behörden gescheitert war.

Keine neue Spur vom U-Boot vor Schweden

dpa, Stockholm

Die schwedische Marine und die Küstenwacht haben auch gestern die Suche nach einem fremden U-Boot südlich von Stockholm fortgesetzt. Nach Angaben des Verteidigungsstabes wurden jedoch keine neuen Signale aufgefangen. Unsicher ist auch, wie viele Boote sich in dem Schärengebiet aufhalten. „Wir können nicht ausschließen, daß es ein oder mehrere U-Boote in den schwedischen Gewässern gibt", sagte der Sprecher des Verteidigungsstabes. Schlechtes Wetter behinderte am Dienstagabend die U-Boot-Jagd.

Den ersten Kontakt mit dem Boot hatte es am Dienstagvormittag gegeben, als mit Unterwassermikrofonen Signale registriert wurden. Am Dienstag morgen hatten zwei Arbeiter in den Schären den oberen Teil eines U-Boot-Turmes gesehen. Sie machten ihre Beobachtung in der Nähe der geheimen Flotten-Basis Muskö, vor der die Marine im vergangenen Oktober zwei Wochen lang vergeblich Jagd auf mindestens zwei fremde U-Boote gemacht hatte.



Trügerischer Zins-Schein

cd. – Auf den ersten Blick wirkt es widersprüchlich: Für das Jahr 1982, das konjunkturell seit langem schlechteste, präsentieren die Banken aus dem laufenden Geschäft so hohe Gewinne, vor allem Zinsen, wie nie zuvor. Sind die Banken Rezessionsgewinner? Haben die Herren Bankiers ihren in der Misere steckenden Kunden das Fell über die Ohren gezogen?

Der Anschein trügt. Einmal ist es eine alte Erfahrung, daß die Banken ihre Zinskasse bei sinkenden Zinsen leichter füllen können. Das Paradoxon klärt sich zu einem guten Teil auf, wenn man bedenkt, daß die Banken aus Hochzinszeiten noch beträchtliche Aktiva in ihren Büchern haben, die weiterhin hohe Zinsen abwerfen, zum Beispiel festverzinsliche Wertpapiere und längerfristige Kredite mit Festzinssätzen. Gleichzeitig sind aber die Geldeinstandskosten für die Mittel, mit denen diese Anlagen refinanziert werden, fühlbar gesunken. Dadurch hat sich die Zinsmarge automatisch verbessert.

Auch mit geschickten Dispositionen beim Geldeinkauf ließ sich der sinkende Zinstrend trefflich nutzen. Ein wenig besserten die Banken ihre Zinserträge auch dadurch auf, daß sie die Kreditzinsen den Einlagenzinsen auf dem Weg nach unten mit etwas Verspätung folgen ließen. Im übrigen haben sich die Bankiers inzwischen wieder der eine Zeitlang anscheinend in Vergessenheit geratenen „Bankregel" erinnert, daß Zinseinnahmen nicht nur Kosten decken und eine Rendite auf das im Geschäft eingesetzte Kapital abwerfen sollen, sondern daß sie auch eine Risikoprämie enthalten müssen.

Die Bankabschlüsse zeigen jetzt, wie hoch diese Risiken zu Buche schlagen können. Sie zehren einen erheblichen Teil der schönen Gewinne aus dem laufenden Geschäft wieder auf.

Stimulans

fu (London) – Die beiden Ölkonzerne Shell und Esso beabsichtigen gemeinsam, ihre Aktivitäten in der Nordsee auszuweiten. An dieser Mitteilung des Chairman von Shell UK wäre eigentlich wenig Bemerkenswertes, wäre da nicht der starke Fall der Rohölpreise. Damit wurde vor allem die Entwicklung kleinerer Felder im äußerst aufwendigen Nordsee-Bereich häufig als nicht mehr wirtschaftlich betrachtet. Doch die Situation hat sich grundlegend geändert, nachdem Schatzkanzler Sir Geoffrey Howe in seinem Budget in der vergangenen Woche überraschend nicht unbedeutende Konzessionen bei der Besteuerung von Nordseeöl gemacht hat. Der beabsichtigte Effekt ließ nicht lange auf sich warten: Immerhin dürften die Investitionsvorhaben der im Nordsee-Bereich in einer Partnerschaft arbeitenden Konzern in die Entwicklung neuer Öl- und Gasfelder weit über die bislang bestehenden Pläne hinaus stimuliert werden. Wie es jetzt aussieht, auf mindestens 700 bis 800 Millionen Pfund pro Jahr bis zum Ende dieses Jahrzehnts. Das wären zusammengerechnet fast 20 Milliarden Mark.

LANDWIRTSCHAFT / Gespräch mit Ignaz Kiechle, designierter Agrarminister

Amtswechsel in harter Zeit, aber Kontinuität soll gewahrt bleiben

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Ignaz Kiechle (CSU), der designierte Bundesernährungsminister, strebt in der laufenden Brüsseler Preisrunde für die deutschen Landwirte eine Anhebung der Preise für Marktordnungsprodukte um gut drei Prozent an. In einem Gespräch mit der WELT bezeichnete er ein Null-Ergebnis für unzumutbar. Auch diese Verhandlungen müßten sich an dem orientieren, was andere Gruppen erhielten. Er hält diese drei vor dem Komma nicht nur für wünschbar, sondern auch für durchsetzbar.

Kiechle ist sich bewußt, daß er sein Amt in harten Zeiten übernehmen wird. In Brüssel muß er in diesem Jahr noch auf einen „fahrenden Zug aufspringen", in ein laufendes Verfahren einsteigen. Aber er sieht sich in seinen Forderungen nicht im Gegensatz zu Josef Ertl (FDP), dem gegenwärtigen Amtsinhaber. Kiechle spricht auch in diesem Zusammenhang von Kontinuität. Er geht davon aus, daß seine Vorstellungen, die über dem Vorschlag der EG-Kommission liegen, finanziell verkraftbar seien. Er plädiert nicht dafür, daß jetzt schon die Obergrenze von einem Prozent des Mehrwertsteueraufkommens als Beitrag der Mitgliedstaaten für die Gemeinschaftskasse angehoben werden sollte. Er sieht darin eine dynamische Größe. Wenn sich der Aufschwung durchsetze, dann fließe auch mehr nach Brüssel. Für 1984 müßte dieser Rahmen noch reichen.

Mit großen Sorgen betrachtet er jedoch die wieder wachsenden Überschüsse in der Gemeinschaft. Sie gefährdeten das System der Marktordnungen in der EG, das er als „großen Segen" bezeichnet. Es sei jedoch nicht mehr möglich, die Preis- und Absatzgarantie gleichwertig zu betrachten. Um der Funktionsfähigkeit der Marktordnungen willen müßten die Mengenzuwächse begrenzt werden. Dies gelte vor allem für Getreide und Milch.

Allerdings: „Ich denke nicht an eine Kontingentierung", betonte Kiechle. Es müßte vielmehr über Mittel und Wege nachgedacht werden, damit die Vorteile der Marktordnungen nicht für die Produktionszuwächse gelten. Den Weg könne die Zuckermarktordnung aufzeigen, auch wenn sie nicht kopierbar sei. Das Problem sieht Kiechle in der Einigung mit den anderen EG-Partnern. Ein Einstieg sei aber auch im Interesse der Betroffenen dringend notwendig, allein schon, wenn das System auf Dauer finanzierbar bleiben solle. Der Finanzrahmen der EG müsse bei dem Beitritt Spaniens und Portugals allerdings erweitert werden.

Mit großer Sorge betrachtet Kiechle auch die Auseinandersetzungen zwischen der EG und den USA im Agrarbereich. Er glaubt jedoch nicht an einen Handelskrieg, allenfalls an Scharmützel. Er vertraut dabei auf die ähnlich gelagerten Interessen. Die USA könnten nicht auf die EG als Absatzmarkt für ihr Getreide und die Substitute verzichten. Die EG müsse ein Teil ihrer Veredelungsprodukte auf dem Weltmarkt absetzen. Wenn die USA gleichzeitig ihre Lieferungen in die Gemeinschaft steigern wollten und höhere Weltmarktanteile anstrebten, dann gefährdeten sie ihren Absatz in Europa, weil die EG beim geringeren Verkauf von Veredelungsprodukten gar nicht mehr so viel Futtermittel benötigen würde. Es liege auch nicht im Interesse beider, die Weltmarktpreise zu drücken.

In der nationalen Agrarpolitik will sich Kiechle an der Stärkung des bäuerlichen Familienbetriebes orientieren. So soll bei der Althofsanierung und bei der Ausgliederung die Förderung nicht mehr davon abhängig gemacht werden, was in anderen Bereichen verdient werden könne, sondern sie solle auf betriebswirtschaftliche Kriterien, auf die Finanzierbarkeit und auf die Eignung des Betriebsinhabers abgestellt werden. Überdies will er sich für die Einführung eines Agrarkreditprogramms stark machen.

Den Landwirten will Kiechle „das Gute an der Ökologie" näherbringen. Bei der Schulung werde der Pflanzenschutz oder die Düngung nur unter dem Aspekt der Produktivität gesehen, es müßten jedoch auch die Folgen für die Natur berücksichtigt werden. Die Allgemeinheit müsse jedoch begreifen, daß dieses den Verzicht auf höchste Intensität bedeute, was sich letztlich in den Preisen niederschlagen müsse. Auch die Ökologie sei beim bäuerlichen Betrieb besser aufgehoben als bei einer Agrar-Fabrik.

FRANKREICH

Dirigisten haben im neuen Kabinett geringeres Gewicht

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Als weniger protektionistisch und dirigistisch erscheint Pariser Wirtschaftskreisen das dritte Kabinett Mauroy gegenüber der letzten französischen Regierung. Nach der Demission des für die jüngsten Einfuhrbehinderungen (Poitiers) verantwortlichen Außenhandelsministers Jobert war auch der technokratische Industrieminister Chévénement zurückgetreten. Er ist durch Budgetminister Fabius abgelöst worden. Gleichzeitig wurde die Position des relativ liberalen Wirtschafts- und Finanzministers Delors durch Übernahme des Budgetministeriums aufgewertet.

Delors, der den direkten Zugang zum Staatspräsidenten haben wird, und dessen Position damit der Mauroys gleichwertig sein könnte, war bisher der einzige Minister, der sich bereits zu den, die jüngste Franc-Abwertung begleitenden Maßnahmen geäußert hat. Um der Fernsehansprache Mitterrands am Mittwochabend nicht vorzugreifen, begnügte er sich mit Angaben zu dem, was nicht geschehen soll.

Im Unterschied zu den beiden vorangegangenen Franc-Abwertungen der sozialistischen Regierung wird es danach keinen neuen Preisstopp geben. Die bis Ende dieses Jahres zwischen der Regierung und den Unternehmerverbänden vereinbarte vertragliche Reglementierung des Preisanstiegs auf durchschnittlich acht Prozent bliebe allerdings aufrechterhalten und ihre Durchführung würde strenger als bisher überwacht werden, erklärte Delors. Jedoch könnten verschiedene Preise eher freigegeben werden.

Als globales Ziel der weiteren französischen Wirtschaftspolitik bezeichnete der Superminister die „bessere Verwaltung der öffentlichen und sozialen Konten, die Ermutigung der Spartätigkeit und die Mäßigung der Binnennachfrage sowie der Devisenbewegungen". Eine Verschärfung der bereits sehr strengen Devisenkontrollen erscheint danach nicht ausgeschlossen. An der Pariser Börse vermutet man, daß insbesondere der Erwerb ausländischer Aktien durch Deviseninländer erschwert werden soll.

Was die Sanierung des französischen Außenhandels betrifft, so will Delors dessen Defizit (93 Milliarden Franc 1982) im nächsten Jahr restlos beseitigen, nachdem er zunächst erklärt hatte, daß es in diesem Jahr auf 40 bis 45 Milliarden Franc reduziert werden soll. Gleichzeitig will der Minister die übrigen Passivposten der Leistungsbilanz, deren Defizit sich 1982 auf rund 80 Milliarden Franc verdreifacht hatte, „sanieren".

In dieser Beziehung kommt dem von der energischen ehemaligen Landwirtschaftsministerin Cresson geleiteten neuen Ministerium für Außenhandel und Tourismus besondere Bedeutung zu. Umgekehrt sehen Pariser Wirtschaftskreise in der Amtsbestätigung des Premierministers Mauroy sowie des Sozialministers Bérégovoy ein Indiz dafür, daß die neue Regierung ihre sozialen Ambitionen weniger weit zurücksteckt, als dies für die Sanierung der französischen Wirtschaft erforderlich wäre.

Hamburger Nabelschau

Von JAN BRECH

[M]it lauter Empörung hat der Hamburger SPD-Senat auf Sanierungskonzept der Ho...ltswerke-Deutsche Werft AG ...W) reagiert, das allein im Ham...ger Werk den Abbau der Beleg...aft um 2400 Mann vorsieht und ...Fall der Verwirklichung kata...phale Folgen für den Hambur... Arbeitsmarkt haben müßte. ...n unternehmenspolitischem ...ndal und völlig ungleichge...htiger Sanierung zu Lasten von ...nburg ist da die Rede.

...en direkt Betroffenen dieses in ... Tat schmerzhaften Abmage...gskonzepts helfen solche Ver...kraftakte wenig, zumal Ham...g an HDW nicht beteiligt ist. ...r allem aber muß man sich wun...n, wenn der Senat so tut, als ...ne dieser Schicksalsschlag ...ichsam aus heiterem Himmel. ... den doch sonst allwissenden ...en Bürgermeister Dohnanyi ...n es keine Überraschung sein, ... bei HDW eine beschäftigungs...itische Zeitbombe tickt, die ei...tlich nur deshalb so spät explo...t, weil HDW auf dem betriebs...tschaftlichen notwendigen Weg ...n Abbau von Überkapazitäten ...s auf politische Einflüsse Rück...t nehmen mußte. Bei den allzu ...nellen Vorwürfen der Politiker, ...W sei vor allem durch Mißma...ement in Todesgefahr geraten, ...te man diesen Aspekt nicht ...rsehen.

...erade der Hamburger Senat hat ... fast genau vier Jahren ein un...mliches Beispiel gegeben, wie ... politischen Motiven Sanie...gskonzepte verwässert werden. ...eits damals hatte HDW ein ...treichendes Strukturprogramm ...gelegt, das in Hamburg die ...rittweisen Aufgaben des ...iffsneubaus vorsah. Die Maß...men konnten nur zum Teil ...chgeführt werden, weil Ham...g gegen die Vorschläge ...mte. Das Bemühen, den da...s schon im Vergleich zum Kie...Betrieb um 20 Prozent teureren ...iffsneubau in Hamburg zu er...en, hat HDW Millionenverluste ...chert und das Unternehmen als ...zes immer stärker belastet.

...ie vor vier Jahren vom Hamburger Senat erzwungene halb...zige HDW-Lösung mit verhee...den Langzeitwirkungen zeigt ... Kleinen, wie hanseatische Wirt...aftspolitik seit Jahren auch im ...ßen betrieben wird. Insofern ... der Fall HDW exemplarischen ...rakter. Ohne sonderliche ...cksichten auf Interessen der ...chbarländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen betreibt die Hansestadt eine nach innen gerichtete Politik, der es an Kooperationswillen, Entschlossenheit und langfristigen Perspektiven fehlt. Entscheidungen, die Hamburg als Metropole für den ganzen Raum treffen müßte, werden auf die lange Bank geschoben. Fallen sie runter, sucht man die Schuldigen anderswo.

Die Beispiele sind Legion. In der Energiepolitik ist der politische Kampf um den Ausstieg aus dem Kernkraftwerk Brokdorf in bester Erinnerung. Der Kompromiß, den Dohnanyi herbeigeführt hat, indem die Hamburger HEW solange bei Brokdorf beteiligt bleiben sollen, bis das Konzept der „Wärme-Kraft-Koppelung" mit neuen Kohlekraftwerken in der Hansestadt verwirklicht ist, steht auf wackeligen Füßen. Es stößt auf ökologischen Widerstand in und um Hamburg und verteuert das Energieangebot für die Industrie. Die Bezeichnung „unsere Stadtwerke, Abteilung Strom", die Dohnanyi für die HEW benutzt, negiert bewußt die Notwendigkeit eines über die Landesgrenzen reichenden norddeutschen Energieverbunds.

Auch in der Verkehrspolitik betreibt die Hansestadt eine Politik des Hinhaltens. Bei lebensnotwendigen Straßen- und Schienenprojekten, die die Stadtgrenzen streifen, fehlt der Wille, sich mit den Nachbarn abzustimmen. Die Wirtschafts- und Strukturpolitik schließlich in den eigenen Mauern leidet an der mangelnden Flexibilität zu viel zuständiger Behörden, die Arbeitsmarktpolitik gefällt sich in finanziell unausgegorenen Denkansätzen wie den zweiten Arbeitsmarkt oder Beschäftigungsprogramme, bezahlt mit Sonderkrediten der Bundesbank. Entscheidungen, die die Grundlagen für zukunftsorientierte Investitionen in der Stadt und der Region schaffen, werden dagegen vertagt.

Hamburg wird es schwer haben, mit dieser Art von Nabelschaupolitik Anschluß an die Entwicklungen anderer Metropolen wiederzufinden. Die durchaus gewünschte Leitfunktion der Stadt für den Norden Deutschlands setzt voraus, daß der Stadtstaat zu einer Politik für den gesamten Raum zurückfindet, von der Dohnanyi zwar stets spricht, deren Inhalt er aber offenbar mehr als taktisches Manövrieren zu Lasten der Nachbarn versteht. Bei HDW ist offenkundig, daß ihm weder Kiel noch Salzgitter über den Weg traut.

AUF EIN WORT



„Laßt dem gesunden Optimismus, gepaart mit wiedererwachtem Leistungswillen, freie Bahn; dann wird sich alles in der nächsten Zeit zum Positiven wenden."

Dr. Robert Horster, Vorstandsvorsitzender der Westfälischen Hypothekenbank FOTO: DIE WELT

Staatshilfe für Werften abgelehnt

rtr, Hannover

Die niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Breuel (CDU) hat massive Staatshilfen für in finanzielle Schwierigkeiten geratene Großwerften in der Bundesrepublik Deutschland abgelehnt. Frau Breuel sagte gestern, durch staatliche Subventionierungen würde die katastrophale Kostenstruktur der Großwerften nicht nachhaltig und zukunftssicher genug verbessert. Weiterhin werde der dringend notwendige Kapazitätsabbau auf unbestimmbare Zeit vertagt und die Lösung unternehmenspolitisch gravierender Probleme auf Kosten des Steuerzahlers verhindert. Darüber hinaus bestehe die große Gefahr für die strukturell zwar gesunden, „aber auch nicht gerade auf Rosen gebetteten" kleineren Werften, daß denen von den Großwerften Aufträge „staatlich sanktioniert" weggeworben würden, sagte Frau Breuel.

OSTHANDEL

Warenaustausch floriert nur noch mit der Sowjetunion

PETER WEERTZ, Berlin

Die Aussichten für ein Wachstum im Handel zwischen der Bundesrepublik und den östlichen Staatshandelsländern (Osthandel) wertet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) als ungünstig. Das gilt für die Sowjetunion ebenso wie für die übrigen europäischen Länder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), allerdings ohne die „DDR". Vor allem die kleineren RGW-Länder außer UdSSR leiden unter Devisenmangel, hoher Verschuldung gegenüber westlichen Ländern und infolge ihrer Wachstumsprobleme unter einem unzureichenden Exportangebot.

Im vergangenen Jahr ist der Osthandel der Bundesrepublik zwar noch insgesamt nominal um knapp fünf Prozent auf 37,5 Mrd. DM gewachsen. Ohne die Sowjetunion, auf die rund 55 Prozent des Osthandels entfällt, ging er jedoch um etwa fünf Prozent zurück. Nach wie vor profitiert die UdSSR bei ihren Lieferungen von Produkten wie Rohöl, Mineralölprodukten und Erdgas, die drei Viertel der Lieferungen in die Bundesrepublik ausmachen. Fertigwaren haben bei den sowjetischen Exporten nur einen Anteil von sieben Prozent. Im Gegensatz zu 1981 hat jedoch die UdSSR im Vorjahr ihre Importe von Investitionsgütern um 1,8 Milliarden Mark aufgestockt. Mit der Bundesrepublik erreichte sie 1982 einen Exportüberschuß von zwei Milliarden Mark.

„Als Handelspartner haben die kleineren RGW-Länder weiter an Gewicht verloren", bedauert das Berliner Institut. Ihr Anteil am Außenhandel der Bundesrepublik beträgt nur noch 2,1 Prozent. Für Ende 1982 schätzt das Berliner Institut den Schuldenstand der RGW-Länder (ohne „DDR") bei den westdeutschen Banken auf (netto) 10,9 Milliarden Mark, daran ist die UdSSR mit 2,5 Milliarden Mark beteiligt.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Währungsanpassung bringt Bonn in Argumentationsnöte

WILHELM HADLER, Brüssel

Keinen leichten Stand hat die Bundesregierung in der Diskussion über die Folgemaßnahmen der jüngsten Währungsanpassung. Je nach Interessenlage muß sie nämlich mal für und mal gegen eine unverzügliche Anerkennung der ökonomischen Realitäten argumentieren.

Bei Stahl diktiert das deutsche Interesse, daß Frankreich umgehend eine Anhebung der Orientierungspreise vornimmt. Nur so kann sichergestellt werden, daß französische Exporte auf dem deutschen Markt keinen abwertungsbedingten Preisvorteil erhalten. Die Landwirte der Bundesrepublik sollen dagegen auch diesmal möglichst lange vor negativen Auswirkungen der Währungsneuordnung bewahrt bleiben. Allenfalls im Rahmen des jährlichen „Agrarpreispakets" will Bonn über Zusicherungen mit sich reden lassen.

Gespräche über die Angleichung der Stahlpreise werden heute zwischen Vertretern der Produzentenvereinigung Eurofer und Beamten der EG-Kommission beginnen. Die deutschen Stahlunternehmen fordern eine Anhebung der französischen Preise um acht Prozent. Bonn hatte bereits in den Verhandlungen im EWS dieses Petitum unterstützt. Die Finanzminister der EG brachten jedoch lediglich eine Empfehlung an die Regierungen in diesem Sinne zum Ausdruck.

Über die neuen Währungsausgleichsbeträge im Agrarhandel hat die EG-Kommission gestern entschieden. Im zuständigen Verwaltungsausschuß gab es zuvor allerdings Unstimmigkeiten über die zu wählenden Berechnungsmethoden. Der deutsche Grenzausgleich wird bis zu den Agrarpreisbeschlüssen wahrscheinlich rund 13 Prozent betragen.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Weniger Arbeitslose

Brüssel (AP) – Die Zahl der Arbeitslosen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft ohne Griechenland ist im Februar leicht um 17 400 auf 12 345 500 gesunken und liegt damit weiter bei 11,1 Prozent. Wie das statistische Büro der EG in Brüssel gestern mitteilte, ist der Rückgang geringer als saisonüblich. Die Entwicklung wurde in erster Linie von der Bundesrepublik gebremst, wo die Arbeitslosenquote im Februar um zwei Prozent angestiegen ist. Die französische Quote sank dagegen um 2,3 Prozent.

Babcock-Opposition

Düsseldorf (J. G.) – Zur Hauptversammlung der Deutsche Babcock AG, Oberhausen, am 28. April hat die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz, Düsseldorf, Opposition angemeldet. Sie will gegen die Entlastung des Vorstands und gegen die Schaffung von 100 Millionen Mark genehmigtem Kapital stimmen. Begründung: Statt das Kapital der Aktionäre zu mehren, habe es der Vorstand 1981/82 (30. 9.) mehr als halbiert. Da auch die Dividendenfähigkeit für die nächsten zwei Jahre zweifelhaft sei (was der Vorstand anders sieht), habe auch die nächste Kapitalerhöhung noch gute Weile; zuvor möge der Vorstand das Haus in Ordnung bringen.

Dresdner: Vier Mark

Frankfurt (cd.) – Die Dresdner Bank zahlt, wie erwartet, für das Geschäftsjahr 1982 eine unveränderte Dividende von nur vier D-Mark je 50-Mark-Aktie und dotiert die offenen Rücklagen aus wieder 139 Millionen Mark Jahresüberschuß abermals mit 60 Millionen Mark. Den weitaus überwiegenden Teil ihres Ertrags, zu dem das Teilbetriebsergebnis (Zins- und Provisionsüberschuß abzüglicher Gehälter, Löhne, Sozialabgaben und Sachaufwand) 843 Millionen Mark oder 52 Prozent mehr als im Vorjahr beisteuerte, mußte die Bank zur Vorsorge und Abdeckung von Kreditrisiken verwenden.

KKB zahlt wieder 10 Mark

Düsseldorf (Py.) – Die KKB Bank KGaA, Düsseldorf, wird ihren Aktionären für 1982 wieder eine Dividende von 10 Mark je 50-Mark-Aktie, insgesamt 16,2 Mill. DM, zahlen. Zuzüglich Steuergutschrift werden sie 15,62 Mark erhalten. Für 1981 waren neben der Dividende noch 2 Mark Bonus ausgeschüttet worden. Aus dem Jahresüberschuß (1981: 38 Millionen Mark) werden den Rücklagen 27 Millionen Mark zugeführt. Einschließlich 2,5 Millionen Mark aus der Mitarbeiter-Beteiligung wird das haftende Eigenkapital 300,1 Millionen Mark erreichen. HV.: 26. Mai.

Rohöleinfuhr gesunken

Frankfurt (rtr) – Die Rohöleinfuhren in die Bundesrepublik Deutschland sind in den ersten beiden Monaten dieses Jahres gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 11,2 Prozent auf rund 10,6 Millionen Tonnen zurückgegangen. Wie das Bundesamt für Gewerbliche Wirtschaft (BAW) mitteilt, beruhen die noch vorläufigen Berechnungen auf Einfuhrkontrollmeldungen. Bei einem durchschnittlichen Preis von 603,04 Mark je Tonne frei deutsche Grenze hätten für Januar und Februar 1983 nur noch 6,4 (Vorjahr 7,5) Milliarden Mark bezahlt werden müssen.

Belgien senkt Diskont

Brüssel (dpa/VWD) – Die belgische Nationalbank hat mit Wirkung von heute den Diskontsatz von 14 auf elf Prozent und den Lombardsatz von 15 auf zwölf Prozent gesenkt. Mit dieser dreiprozentigen Ermäßigung wurde unmittelbar nach der jüngsten Leitkursanpassung im Europäischen Währungssystem (EWS) die am 9. März 1983 zur Verteidigung des schwachen belgischen Franc vorgenommene 2,5prozentige Diskonterhöhung mehr als rückgängig gemacht.

Einfuhrpreise sinken

Wiesbaden (VWD) – Der Index der Einfuhrpreise der Bundesrepublik ist von Januar bis Februar 1983 um 0,5 Prozent zurückgegangen und lag mit 142,4 (1976 = 100) um 2,1 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis. Nach weiteren Angaben des Statistischen Bundesamtes hatte die Veränderung im Jahresvergleich im Januar noch minus 0,9 Prozent betragen. Von Januar bis Februar 1983 sanken insbesondere die Einfuhrpreise für Fische (minus 4,7 Prozent), Rohkaffee (minus 2,6), Erdöl (minus 2,2) und Mineralölerzeugnisse (minus 5,8) sowie Eisen und Stahl (minus 1,3 Prozent), während u. a. Getreide (plus 3,0 Prozent), Ölfrüchte (plus 2,7), Rohkakao (plus 8,3) sowie NE- und Edelmetalle (plus 6,1 Prozent) teurer wurden.

...DÖL

...alderon: Opec hat kein ...nteresse an Preiskrieg

rtr, Caracas

...er Weltmarkt für Erdöl wird ...h Einschätzung des venezolani...en Energieministers Humberto ...deron Berti die nächsten zwei ...re über schwach bleiben. Die ...anisation erdölexportierender ...der (Opec) müsse engere Bin...gen zu anderen Ölproduzenten ...affen, wenn sie überleben wol... sagte er bei einer Konferenz ...r den internationalen Ölmarkt ... Opec-Studienzentrum in Cara.... Die Opec könne nicht einfach ...ehen, wie ihr Marktanteil fällt; ...gfristig ist eine Koordination ... Ölpreis- und Förderpolitik mit ...eren Produzenten unerläß...h".

...alderon gab die Opec-Förde...g für 1982 mit 18,5 Millionen ...rel pro Tag an. Ob sie in diesem ...r 17 Millionen Barrel erreichen ...rde, sei zweifelhaft. Mit diesem ...dervolumen könne die Opec ...r nicht lange leben, sie müsse mindestens 23 bis 24 Millionen Barrel pro Tag fördern, um finanziell stabil zu bleiben.

Calderon sprach sich für eine langfristige Preispolitik nicht nur der Opec, sondern auch in Verbindung mit Förderländern wie Großbritannien, Mexiko und der UdSSR aus. Die Opec müsse Beziehungen mit der Sowjetunion aufbauen, die nach seinen Schätzungen 1,5 Millionen Barrel pro Tag exportiert.

Nach Calderons Angaben ist die Opec nicht an einem Preiskrieg interessiert. Wenn Großbritannien seinen Preis für Nordseeöl aber in den nächsten Tagen von jetzt 30,50 Dollar je Barrel zurücknehme, werde die Opec umgehend reagieren. Großbritannien könne von niedrigeren Preisen nicht profitieren, da die Nordsee-Förderkosten von 15 Dollar je Barrel das Land in dieser Hinsicht verwundbarer mache als die Opec, meinte der Minister.

DEUTSCHE LEISTUNGSSCHAU JAPAN / Nicht so üppig, wie zunächst geplant

Nach Tokio um des Prestiges willen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die „Deutsche Leistungsschau Japan 1984" wird vom 23. April bis zum 6. Mai nächsten Jahres auf dem Harumi-Messegelände in Tokio stattfinden. Zwar nicht so üppig, wie zunächst geplant, aber doch so, daß sie sich sehen lassen kann, heißt es bei dem „Ausstellungs- und Messe-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft (AUMA)", der als Veranstalter auftritt. Für den BDI-Präsidenten Professor Rolf Rodenstock, den Vorsitzenden des Ausstellungs-Komitees, befindet sich das Projekt in der Phase des Take-off.

Als das Vorhaben Ende 1981 aus der Taufe gehoben wurde, gingen die Verantwortlichen aufgrund der Interessenbekundungen von Firmen von einer Ausstellungsfläche von 15 000 Quadratmetern aus. Fest vermietet sind gegenwärtig 6021 Quadratmeter an rund 100 Aussteller. Die Zahl der Firmen dürfte jedoch höher liegen, da zum Beispiel Siemens nur als ein Aussteller auftritt. Bei diesem Buchungsstand – da der Meldeschluß erst am 31. März abläuft, wird noch auf weitere gehofft – kann die Ausstellung in den beiden Hallen, die eine Fläche von 9000 Quadratmetern haben, stattfinden, denn der Rest wird durch Sonderschauen ausgefüllt, die vom Bund und möglicherweise auch von einigen Ländern finanziert werden.

Somit ist nach Ansicht des AUMA auch das Konzept der Messe, auf der das Gestern, Heute und Morgen der deutschen Industrie präsentiert werden soll, gesichert. Die Vergangenheit und die Zukunftsvision sollen in den Sonderschauen dargestellt werden, den gegenwärtigen Stand zeigen die Firmen selber.

Bemängelt wird die geringe Beteiligung mittelständischer Firmen, die Spezialitäten anbieten. Dieses wird neben der gegenwärtigen wirtschaftlichen Flaute auch auf die Furcht vor dem japanischen Markt zurückgeführt. Auch wenn es jetzt kein Zurück mehr gibt, so bleibt die Leistungsschau trotzdem umstritten. So heißt es beispielsweise beim Gutehoffnungshütte Aktienverein GHH, dem größten europäischen Anlagebauer, der sich bisher nicht beteiligt, die deutsche Wirtschaft müsse entweder entsprechend überzeugend oder gar nicht auftreten.

Andere betonen die Gefahr einer „Philatelisten-Ausstellung", weil selbst Weltfirmen nur wenige Quadratmeter angemietet hätten und sich Spitzentechnologie kaum in einem Wohnzimmer darstellen ließe. Einige Firmen beteiligen sich, weil sie das Prestige der deutschen Wirtschaft retten wollten, nicht weil sie sich etwas davon versprechen.

Immerhin: Als die Leistungsschau in der Bundesrepublik ins Gerede kam und sich zu Jahresbeginn ein Mißerfolg abzeichnete, eilte ein Vertreter der japanischen Botschaft ins Bonner Wirtschaftsministerium, um Hilfe anzubieten.

SCHRAUBENINDUSTRIE / Ende der Talfahrt?

Harte Auslands-Konkurrenz

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Ein Drittel ihrer jetzt noch 13 500 Arbeitsplätze hat die deutsche Schraubenindustrie im letzten Jahrzehnt eingebüßt. Sie wurden auf weltoffenem Heimatmarkt vorwiegend einer allzuoft unlauter preisdrückenden Auslandskonkurrenz geopfert. Nach dem 1981/82 besonders drastischen Produktionseinbruch um 15 Prozent auf noch 346 000 t Schrauben, Muttern und Nieten mit etwa 1,6 Mrd. DM Produktwert sehen die etwa einhundert Betriebe dieser mittelständischen Branche dem Verlauf von 1983 zwar mit „gedämpftem Optimismus" entgegen. Doch mehr als „vereinzelte" Anzeichen einer Konjunkturerholung hat der Deutsche Schraubenverband, Düsseldorf, bei seinen Mitgliedern noch nicht entdeckt.

Die Vorsichtshaltung des Verbandes wurzelt wiederum in der lästigen Konkurrenz der Ausländer, die gerade auch durch die jüngsten EWS-Währungsänderungen erneut zum Nachteil der Deutschen verschärft wurde. Denn die Abwertungsspanne von 8 Prozent für Lira und Franc gegenüber der D-Mark begünstigt den größten Auslandslieferanten auf dem deutschen Markt (Italien) und drückt für die Deutschen die Absatzchancen auf ihrem größten Auslandsmarkt (Frankreich).

Schlimmer noch: „Politische Preise" von Lieferanten aus Staatshandelsländern haben das Preisniveau für genormte Standardprodukte auf ein Hungerniveau gebracht. So registriert der Verband beispielsweise für 1982 gut 2000 Tonnen Sechskantschrauben-Importe aus Staatshandelsländern zum Durchschnittspreis von 850 bis 980 DM/t, während die deutschen Hersteller beim gleichen Produkt allein den Stahl schon mit etwa 950 DM/t bezahlen mußten.

Die Wucht der Auslandskonkurrenz hat inzwischen auch die lange Zeit positive Außenhandelsbilanz dieser Branche verändert. Von 1970 bis 1982 haben sich die Importe auf dem deutschen Markt der „mechanischen Befestigungsmaterialien" auf 110 000 t mehr als verdreifacht und 32 Prozent Marktanteil erreicht; der EG-Länderanteil daran sank dabei auf 60 (75) Prozent. Die überwiegend in Europa bleibenden Exporte der deutschen Hersteller wuchsen seit 1970 nur um 60 Prozent auf 108 000 t.

Rettung durch Vormarsch in immer neue Spezialitäten der „Verbindungstechnik" allein erwartet der Verband in solcher Lage für seine Mitglieder nicht. Begleitschutz der Bundesregierung fordert er insbesondere auch beim Vormaterial Stahl. Das administrierte Stahlpreisniveau müsse wenigstens in der EG einheitlich sein, statt der Schrauben-Konkurrenz in den Nachbarländern Vorteile zu Lasten der Deutschen zu gewähren.

RUMASA / Die Enteignung bringt unvorhergesehene Konsequenzen

Verkauf der Kellereien wird schwierig

ROLF GÖRTZ, Madrid

Nachdem Spaniens Finanzminister Miguel Boyer erklärt hatte, daß die meisten der 132 enteigneten Unternehmen der Rumasa-Holding – unter ihnen 18 Banken – nicht im Staatsbesitz bleiben sollen, bleibt die Frage offen, wer heute das Risiko eingehen kann, ganze Unternehmen oder gar Gruppen aufzukaufen. Die Frage stellt sich in Jerez de la Frontera, der wichtigsten Weinstadt des Landes ebenso wie in den katalanischen Industriegebieten oder in den Madrider Bankzentralen.

Mit Ernüchterung nimmt die spanische Wirtschaft von der voraussichtlichen Zukunft der beschlagnahmten Banken der Holding Kenntnis. Finanzminister Boyer forderte schon bald nach der Enteignung von Rumasa am 23. Februar die Gewerkschaften auf, ihr Vermögen in den Banken der Rumasa-Gruppe anzulegen. Die Gewerkschaften rechnen in Kürze mit der Zuweisung einer Entschädigungssumme für ihr vor 45 Jahren zu Beginn der Franco-Ära verlorengegangenes Vermögen. Diese Summe, wie hoch sie auch ausfallen wird, dürfte den Grundstock für die spanische Bank für Gemeinwirtschaft bilden. Wie in den letzten Tagen in Bankkreisen vermutet wird, sollen zu diesem Zweck 17 Banken der Rumasa-Gruppe zusammengelegt werden.

Danach bleibt nur Banco Atlantico, die größte unter den Rumasa-Banken, die zu 20 Prozent ihres Geschäftsvolumens mit der Holding verbunden ist, als einzige Privatbank erhalten. Unter den möglichen Interessenten wird Banco Español de Credito (Banesto) an erster Stelle genannt.

Schwierig wird sich auch der Verkauf der Rumasa-Kellereien in Jerez de la Frontera gestalten. Rumasa kontrollierte über 30 Prozent der Ernten des 11 000 Hektar großen Weinbaugebietes zwischen den Flüssen Guadalquivir und Guadalete. Die großen Sherry- und Brandy-Firmen kommen für den Kauf nicht in Frage. Sie hatten erst vor wenigen Jahren nach größeren Investitionen und einer unerwarteten Flaute Verluste hinnehmen müssen und deshalb hohe Anteile an Rumasa verkauft.

Über die voraussehbaren und wohl auch eingeplanten Schwierigkeiten bei der Reprivatisierung von Rumasa-Unternehmen hinaus ergeben sich auch unvorhergesehene Konsequenzen aus der Enteignung, die von der Regierung offensichtlich nicht einkalkuliert waren.

Kurz vor der Enteignung schienen sich 120 nationale und internationale Gläubigerbanken von der in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Gruppe Union Explosivos Rio Tinto (ERT) mit einem Sanierungsprogramm abgefunden zu haben, das für sie mit einigen Verlusten verbunden war. In der Zeit nach der Enteignung von Rumasa belebte sich jedoch die Opposition, besonders der internationalen Banken. Offenbar wollen die Gläubiger nunmehr versuchen, die Regierung auch im Falle ERT zu einer Sanierungsaktion zu bewegen, wie sie bei Rumasa als Ziel vorgegeben wurde. (SAD)

WÜRTT. HYPO / Ausschüttung unverändert

Darlehensnachfrage belebt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Auch bei der Württembergische Hypothekenbank AG, Stuttgart, glaubt man, erste Anzeichen für einen Frühling im Wohnungsbau zu erkennen. Während der Monat Januar in der Hypothekennachfrage noch relativ ruhig verlief, sei ab Mitte Februar eine Belebung feststellbar. Jedenfalls gehe die Bank guten Mutes in das Jahr 1983, betonte Vorstandssprecher Hans Walter Schmidt. Die Zinssenkungstendenz erleichtere die Geschäftsmöglichkeiten.

Im Geschäftsjahr 1982 nahmen die Neuzusagen an Hypothekendarlehen um 46 Prozent auf 634 Mill. DM zu, wobei Umschuldungen früherer Finanzierungen ein besonderes Gewicht hatten. Erstbeleihungen insbesondere von Neubauten, stiegen erst gegen Jahresende aufgrund staatlicher Fördermaßnahmen wieder deutlich an. Das Kommunalgeschäft bewegte sich wiederum bei gut einer halben Milliarde DM.

In den Vordergrund gerückt ist das Anpassungsgeschäft, standen doch rund 800 (Vorjahr: 345) Mill. DM Darlehen zur Prolongation an. Die Darlehensauszahlungen stiegen um 19 Prozent auf 1,19 Mrd. DM. Der hohe kurzfristige Geldumschlag wird in den um 84 Prozent auf 2,22 Mrd. DM verkauften Schuldverschreibungen deutlich.

Leicht verbessert zeigt sich die Ertragslage: Während der Zinsüberschuß auf 51,9 (52,3) Mill. DM abnahm, erhöhte sich der positive Saldo einmaliger Aufwendungen und Erträge auf 6,9 (5,9) Mill. DM. Infolge höherer Inanspruchnahme von Berlinpräferenzen verminderte sich die Steuerposition auf 20,2 (22,3) Mill. DM.

Auf das Aktienkapital von 27,5 Mill. DM, das mehrheitlich bei der Bayernhypo liegt, werden wie in den Vorjahren 20 Prozent Dividende und 2 Prozent Bonus ausgeschüttet. Die Eigenkapitalausstattung, die 2,2 Prozent der Bilanzsumme ausmacht, gibt Spielraum für die Ausgabe von 1,74 Mrd. DM neuer Schuldverschreibungen. Schmidt: „Damit kommen wir gut aus."

VEREINIGTE STAATEN / Streit um Quellensteuer

Reagan „noch nie so zornig"

H.-A. SIEBERT, Washington

Ein heftiger Streit, der an John F. Kennedys Attacken gegen die Preispolitik der Stahlindustrie vor 20 Jahren erinnert, ist zwischen Präsident Reagan und den amerikanischen Geschäftsbanken entbrannt. In einer Sitzung im Weißen Haus mit führenden republikanischen Kongreßmitgliedern verlor er die Geduld, knallte sein Glas auf den Tisch und erklärte, er habe die Nase voll von den Taktiken der Banken, die in ihrem Bemühen, die Quellensteuer auf Zinsen und Dividenden zu torpedieren, wichtige Gesetze blockierten.

Der Situationsbericht stammt vom Vorsitzenden des Finanzausschusses des Senats, Robert Dole, der später betonte, er haben den Präsidenten „noch nie so zornig und angeekelt" gesehen. Die Aufhebung der Quellensteuer, die am 1. Juli in Kraft treten soll und von den Banken aus Kostengründen bekämpft wird, hängt an einem Gesetzentwurf, der auf die Konsolidierung des US-Sozialversicherungssystems zielt.

In einer Erklärung, die Präsident Reagan nach dem Treffen mit den republikanischen Politikern herausgab, wird den Banken „der dreiste Versuch einer gesetzgeberischen Geiselnahme" vorgeworfen. Er spricht darin von einer „selbstsüchtigen Interessengruppe", die eine „Kampagne der Verzerrung" führe. Amerika umschließende Maßnahmen dürften nicht durch die Obstruktion einer Washingtoner Lobby und ihrer Freunde im Kongreß vereitelt werden. Der Präsident wörtlich: „Es wäre viel besser, wenn die Banker weniger Zeit fürs Antichambrieren und mehr Zeit fürs Senken der Zinsen aufbringen würden."

ITALIEN / Lira-Abwertung war nützlich

Die Stabilität hat Vorrang

GÜNTHER DEPAS, Mailand

„Nicht unbedingt notwendig – aber nützlich"; so kennzeichnen italienische Kommentatoren die neue Paritätsänderung der Lira, wobei Erleichterung darüber gezeigt wird, daß die Hauptlast des Realignments innerhalb des EWS nicht die schwachen, sondern die starken Währungen des Systems zu tragen haben. Notwendig wäre die Lira-Paritätsänderung für die italienischen Währungsbehörden in diesem Augenblick noch nicht gewesen, da die Italien zur Verfügung stehende Sonderbandbreite von sechs Prozent (statt zwei Prozent wie für die anderen Währungen des Systems) noch ausreichend Spielraum für Korrekturen geboten hätte. Selbst während des Höhepunktes der Devisenspekulation nach der Bundestagswahl war diese Bandbreite erst zur Hälfte in Anspruch genommen worden.

Andererseits hat auch diese neue Krise des EWS bewiesen, daß die Lira ohne ihre 6prozentige Bandbreite wenig Chancen hätte, innerhalb des Systems zu bestehen. Zu groß ist nach wie vor die Inflationsdifferenz (12 Prozent gegenüber der Bundesrepublik) und zu hoch der Passivsaldo in der Waren- und Dienstleistungsbilanz, als daß die italienische Währung hoffen könnte, der Spekulation keine Angriffsflächen zu bieten. Die neue Paritätsänderung hat jetzt die Konsequenzen daraus gezogen, wobei die Form, die dabei gewählt wurde, die Abwertung der Lira in dem Rahmen hält, in dem neuer Inflationsimport kaum zu befürchten ist.

Dafür wird sich die Aufwertung der D-Mark sicherlich als nützlich erweisen, da jetzt für die Deutschen, die am Auslandstourismus Italiens mit rund 40 Prozent beteiligt sind, ein Urlaub im Süden lohnender wird als bisher. Gleichzeitig verbessert sich die Wettbewerbsfähigkeit der Exporte in die Bundesrepublik.

Eine Lockerung der regierungsamtlichen Bemühungen um Stabilisierung in der Lohn- und Etatpolitik wird es trotzdem nicht geben. Wie Schatzminister Giovanni Goria bereits verlauten ließ, ist die Anpassungsabwertung der Lira ein Beweis dafür, daß die negativen Faktoren in der italienischen Wirtschaft noch immer überwiegen und daher in der Strukturbereinigung fortgefahren werden muß.

EDF mit Billigstrom in die roten Zahlen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Electricité de France (EDF), Frankreichs staatliches Elektrizitätsmonopol, hat ihr Geschäftsjahr 1982 mit einem Verlust von 8 Mrd. F abgeschlossen, nachdem 1981 ein Passivsaldo von 4,4 Mrd. F und 1980 ein leichter Überschuß von 0,3 Mrd. F ausgewiesen worden war. Den starken Verfall der Ertragslage erklärt EDF-Präsident Marcel Boiteux damit, daß der Gesellschaft von der Regierung nicht erlaubt worden ist, ihre Stromtarife auf das europäische Niveau anzuheben.

Allerdings wurde das Geschäftsergebnis der EDF auch durch die finanziellen Lasten nach unten gedrückt, die durch die Anleihen zur Finanzierung des ehrgeizigen Atomenergieprogramms entstanden sind. Das waren 1983 immerhin 34 Mrd. F, bei einem Umsatz von 100 Mrd. F. Dadurch erhöhten sich die Verbindlichkeiten der EDF zum Jahresende auf 150 Mrd. F. Hiervon entfielen allein 40 Mrd. F auf Auslandsschulden. Deren Verzinsung und Amortisierung vergrößerte sich noch durch die Abwertung des Franc um 800 Mill. F.

RHEINHYP / Gesamtgeschäft hat sich verdoppelt

Starkes Plus beim Ertrag

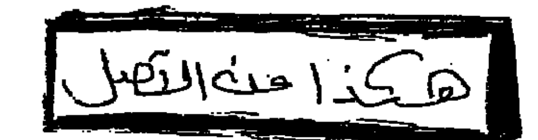
INGE ADHAM, Frankfurt

Ein kräftig einsetzendes Hypotheken-Neugeschäft mit deutlicher Tendenz zu längeren Laufzeiten registriert die Rheinische Hypothekenbank im Zuge der wieder leicht anziehenden Baukonjunktur. Daneben läuft auch bei diesem Institut, das im Vorjahr durch engere Kooperation mit der Mutter Commerzbank den Schritt ins Mengengeschäft vollzogen hat, der Verwaltungskosten treibende Umschuldungsreigen munter weiter.

In diesem Jahr stehen 1,6 Mrd. DM zur Prolongation an, von denen der Vorstand wie von den im Vorjahr bewältigten 1,3 Mrd. DM mindestens vier Fünftel im Hause behalten will. In den ersten 11 Wochen wurden insgesamt 1,252 (i. V. 802 Mill. DM) Mrd. DM Darlehen neu zugesagt und 336 (145) Mill. DM prolongiert.

Im vergangenen Jahr glänzte die Rheinhyp, die mit der Frankfurter Hypothekenbank die Rangliste der deutschen Hypothekenbanken anführt, mit überdurchschnittlichem Wachstum: Ihr Gesamtgeschäft hat sich auf 5603 (i. V. 2807) Mill. DM glatt verdoppelt. Davon entfallen 4283 (2407) Mill. DM auf das Darlehensneugeschäft, 1320 (400) Mill. DM auf Prolongationen. Kürzer getreten wurde beim Kommunaldarlehensgeschäft mit 1601 nach 1133 Mill. DM; neue Hypotheken nahmen auf 2682 (1274) Mill. DM zu. Daß die Baukonjunktur 1982 lahmte, läßt sich bei der Rheinhyp einzig daran ablesen, daß die Neubaufinanzierungen nur mit 744 (475) Mill. DM am Neugeschäft partizipierten, auf das gewerbliche Kreditgeschäft (überwiegend Umschuldungen) entfielen 783 (159) Mill. DM.

Zur Refinanzierung wurden 5461 (3032) Mill. DM am Kapitalmarkt aufgenommen, überwiegend durch Pfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen. Bei einem Bilanzsummenwachstum um 13,4 Prozent auf 24,12 (21,27) Mrd. DM macht das Plus beim „erweiterten Zinsüberschuß" 29,4 Prozent auf 151,7 (117,3) Mill. DM aus. Als Jahresüberschuß werden 50,4 (39) Mill. DM gezeigt, aus dem 35 (25) Mill. DM in die Rücklagen fließen und wieder 9 DM je 50-DM-Aktie auf das um 7,75 auf 85,3 Mill. DM erhöhte Grundkapital ausgeschüttet werden.



…ADISCHE STAHLWERKE / Vergleich eröffnet

…0 Prozent für Gläubiger

WERNER NEITZEL, **Kehl**

…ber das Vermögen der Badi…e Stahlwerke AG (BSW), Kehl, …l des in den Insolvenzenstrudel …issenen früheren Korf-Impe…ms, hat das Amtsgericht Kehl … Mittwoch das Vergleichsver…ren eröffnet. Der Antrag war im …uar dieses Jahres gestellt wor…. Wie der zum Vergleichsver…ter bestellte Stuttgarter Rechts…walt Hans Ringwald vor der …sse mitteilte, sollen die Gläubi… (Gläubigerversammlung am 21. …ril) eine Quote von 40 Prozent …alten. Die gesamten Forderun… der BSW belaufen sich auf …d 80 Mill. DM.

…ach Ringwalds Worten dürfte … Gläubigerversammlung „kei… Überraschung“ bringen. Die …nken wären an einem Weiterbe…nen der BSW stark interessiert … hätten die Mittel zur Finanzie…g der Quote bereitgestellt. Wer …eilseigner werde, lasse sich …h nicht sagen, doch seien dies …nesfalls Großunternehmen oder …ßbanken.

…earbeitet wird bei der BSW, die …h einer Kurzarbeitsphase Mitte …uar wieder die Produktion auf…m und einen „guten Start“ hat… mit einem Massekredit von 35 … DM, der vom Land Baden-…ttemberg und den Banken be…gestellt wurde. Darüber hinaus …de Antrag auf Gewährung ei… Landesbürgschaft im Volumen … 40 Mill. DM gestellt, deren Zu… für Ende April erwartet wird. … Hilfe dieser Bürgschaft sollen …htverarbeitungsbetriebe mit … BSW verbunden werden.

…ünftig wird der bei der BSW …ugte Stahl in einem vertikalen …bund von einer Reihe eigener …htverarbeitungsunternehmen, …enen bisher schon die Weckar…htwerke, Eberbach, gehörte … in den weitere Firmen inte…rt werden, in hohem Maße weiterverarbeitet. Die 900 Arbeitsplätze bei der BSW sollen erhalten bleiben. Der gesamte Verbund wird dann etwa 2000 Beschäftigte und einen nichtkonsolidierten Jahresumsatz von 900 Mill. DM repräsentieren.

Die BSW, deren Stahlwerkskapazität bei 826 000 Tonnen liegt, hat in 1982 rund 500 000 Tonnen Stahl produziert (für eine Weiterverarbeitung zu Walzdraht und Betonstahl) und einen Umsatz von 320 Mill. DM erzielt. Trotz anhaltender Stahlkrise hatte das Unternehmen für 1981 einen Gewinn von 10 Mill. DM ausgewiesen. 1982 hätte man mit ausgeglichenem Ergebnis abgeschlossen, wäre es nicht bei der Obergesellschaft zu erheblichen Ausfällen gekommen.

In diesem Zusammenhang erneuerte Aufsichtsratsvorsitzender Willy Korf seine Vorwürfe an die Bonner Adresse. Die Korf-Gruppe sei nur wegen unterlassener Hilfestellung des Bundes ins Schleudern geraten. Dort unternähme *man nichts* gegen die Subventionspraktiken des Auslands und schaffe im Inland durch die Hilfestellung für Arbed-Saarstahl weitere Verzerrungen. Dies mache gegenüber der BSW, die mit Abstand am kostengünstigsten arbeite, 176 DM je Tonne aus.

Anhängig ist noch eine Klage der BSW, die ihren Stahl auf Elektrobasis erzeugt, auf Ausgleichszahlungen im Zusammenhang mit der Kokskohle-Förderung. Außerdem wird auf Unterlassung weiterer Subventionen an die Arbed-Saarstahl geklagt. Korf wie auch Ringwald, die das Engagement der baden-württembergischen Landesregierung ausdrücklich hervorhoben, stellten die rhetorische Frage, wie Bonn wohl mit dem Stahlproblem fertig werden wolle, nachdem das Moderatoren-Konzept gescheitert ist.

KONKURSE

…**nkurs eröffnet: Bochum:** Rolf Ro…l; **Duisburg:** Nachl. d. Walter Erich …ch, Mülheim a. d. Ruhr; **Essen:** …lon“ Textilbekleidungs GmbH; …**mersbach:** Nachl. d. Paul Köhr; …enheide; **Hamburg:** Wolfgang …ter, Schenefeld, Alleininh. d. Wolf… Richter, Büro-Industriereinigung, …esterbau; **Hannover:** Nachl. d. Die… Wiegold, Laatzen 1; Ever Clear …lligungsges. mbH & Co. Handels- u. …riebs KG; **Hildesheim:** Nachl. d. …wig Peters, Landwirt; **Köln:** Peter Hochschert; **München:** Nachl. d. Ivanov Mirtscho Paunov, Dipl.-Ing. ehem. Architekt, Höhenkirchen; Nachl. d. Wolfgang Schaffer, Kranzberg; **Wilhelmshaven:** Heerten GmbH; **Witten:** APV-Anlagenplanung u. Vertriebsges. mbH.

Anschluß-Konkurs eröffnet: München: WLLG Sanitär & Heizungsbau GmbH.

Vergleich beantragt: Hamburg: Naturprodukte Import u. Agentur Tuchel & Co.; **Paderborn:** Akzo Chemie – Bauchemie GmbH i. L.

LÖWENBRÄU / Das Geschäftsjahr der Trennung lief gut an – Ausschüttung 16 Prozent plus 3 Prozent Bonus

Die Dividende wurde mit dem Bier verdient

HANS BAUMANN, **München**

Es zeugt von hohem Sinn für Kurspflege und Dividendenkontinuität, daß die Löwenbräu AG, München, im dritten Jahr hintereinander eine Dividende von 16 plus 3 Prozent Bonus für 1981/82 (30. 9.) auf das Kapital von 14,6 Mill. DM bezahlt (Hauptversammlung am 27. April). Daß dies durchaus nicht selbstverständlich ist, dafür sorgten recht tiefgreifende Ereignisse im Berichtsjahr.

Zunächst schieden die bisherigen Großaktionäre Bayernhypo, Wicküler und Bayerische Vereinsbank aus; rund 90 Prozent der Löwenbräuanteile gingen mit Beginn des Geschäftsjahres 1982/83 an die Fink'sche Handels- und Beteiligungs-KG über. Dann beschloß die letzte Hauptversammlung die Realteilung von 1982/83. Seitdem betreiben die Brauer ihr Biergeschäft, die Immobilien liegen bei der Monachia Immobilien AG.

Trotz der Kapitalumschichtung und der *sicherlich* nicht leichten Zellteilung in eine Getränke AG und eine Immobilien AG kam es nicht zu Verwerfungen. Diszipliniert wurde der als richtig herausdiskutierte Weg eingeschlagen. Der Absatzzuwachs beim Bier im In- und Ausland (einschließlich Lizenzproduktion) erreichte beachtliche 10,6 Prozent auf gut 3,9 Mill. Hektoliter. Im laufenden Jahr werden die vier Millionen glatt überschritten.

Die Braustätte München meldet einen Mehrausstoß von 2 Prozent auf 1,3 Mill. Hektoliter, direkt exportiert (in die EG) wurden plus 2,3 Prozent auf jetzt 330 000 Hektoliter, und die Lizenzproduktion (in USA, Großbritannien, Schweden, Ecuador, Australien, Panama, Griechenland, Hongkong, Japan) kam um 350 000 Hektoliter (plus 15,3 Prozent) voran.

Daß eisern Kurs gehalten wird, zeigt die Parallelität von Umsatzwachstum und Anstieg des Rohertrags um jeweils 7,6 Prozent. Der Umsatz der AG betrug 200 (195) Mill. DM, der Rohertrag kletterte auf 138 Mill. DM. Der Konzernumsatz stieg um gut 8 Prozent auf 263 Mill. DM. Investiert wurden bei der AG 31 (22) Mill. DM aus einem Cash-flow von 27,6 (26,3) Mill. DM. Auch die Konzerninvestitionen von 49 Mill. DM wurden voll aus Eigenmitteln finanziert.

Die jetzt vorgelegte Bilanz spiegelt noch nicht die Realteilung wider, die zunächst das Grundkapital halbiert und zu je 7,3 Mill. DM auf die neue Löwenbräu AG und auf die Monachia Immobilien-AG überträgt. Danach wurde bei Löwenbräu das Aktivkapital um 2,7 Mill. DM auf 10 Mill. DM aufgestockt, was ein Agio von 13 Mill. DM in die Kasse brachte.

Im Zuge der Realteilung, die Vorstandsvorsitzender Alfred Wagner vor der Presse die wichtigste Entscheidung bei Löwenbräu in den letzten 50 Jahren nannte, hat die Brauerei Sachanlagen im Buchwert von 8 Mill. DM abgegeben. Gleichzeitig hat der Immobilienbereich zusätzliche Verbindlichkeiten (Rücklagen, Rückstellungen, Hypotheken) von insgesamt 31 Mill. DM übernommen. Zugunsten des Immobilienbereichs ist so eine Ausgleichsforderung in Höhe von 23 Mill. DM entstanden, die die Löwenbräu-Bilanz 1981/82 als Verbindlichkeit gegenüber verbundenen Unternehmen ausweist.

Zwei Fragen drängen sich heute auf: Wird die neue Löwenbräu AG auf das neue Kapital von 10 Mill. DM künftig weiter 19 Prozent Dividende bezahlen? Wagner jedenfalls nannte den Bonus von 3 Prozent den Beitrag des Immobiliengeschäfts zum Ergebnis. Natürlich ist der Ertrag das Maß der Dividende, aber Löwenbräu wird sich auch künftig an den konkurrierenden Nachbarn orientieren müssen, und die zahlen 18 bis 20 Prozent. Der Bonus ist also die Manövriermasse der Verwaltung, die aber jetzt auch das böse Wort Lügen strafen kann, daß Löwenbräu in der Vergangenheit das Geld mit Immobilien verdient habe. Die zweite Frage ist von grundsätzlicher Bedeutung: Wird Löwenbräu eine GetränkeAG oder eine BierAG? Alles spricht dafür, daß eine Coca-Cola-Konzession (500 000 Hektoliter) abgestoßen wird und sich die Gesellschaft ganz dem Bier widmet.

STIHL-GRUPPE / Motorsägen-Absatz schrumpfte

Weltmarktanteil ausgebaut

WERNER NEITZEL, **Waiblingen**

Obwohl von einer weltweiten Wiederbelebung des Marktes für Motorsägen nach der Talfahrt des Jahres 1982 noch keine Rede sein kann, rechnet das in dieser Produktsparte führende Unternehmen, die Stihl-Firmengruppe, Waiblingen, mit einem Anstieg des Gruppenumsatzes auf rund 800 Mill. DM im laufenden Jahr. Stihl geht davon aus, aufgrund des verbesserten Produktprogramms und des weiter ausgebauten Vertriebsnetzes erneut Marktanteile hinzugewinnen zu können.

Am Weltmarkt für Motorsägen, der 1981 bereits um 22 Prozent auf 4,5 Mill. Benzinmotorsägen abgesackt war und 1982 weiter um über 25 Prozent schrumpfte, hat Stihl einen Marktanteil von „deutlich über 20 Prozent“. 1982 ging zwar der Gruppenumsatz von Stihl um knapp 8 Prozent auf 740 Mill. DM zurück, doch wurde die Marktposition weiter ausgebaut. Für den Umsatzrückgang des Waiblinger Stammhauses Andreas Stihl KG um 21 Prozent auf 420 Mill. DM gibt der geschäftsführende Komplementär Hans Peter Stihl „gruppeninterne Verschiebungen und auch Lagerbewegungen in der Gruppe“ als mitbestimmende Faktoren an.

Der Auslandsanteil am Gesamtgeschäft der Gruppe macht nunmehr 83 Prozent aus. Umsatzschübe kamen aus Nordamerika, Südostasien und Großbritannien. Stihl beabsichtigt, die in den USA mit einer eigenen Produktionstochter (400 Beschäftigte) bereits bestehende Präsenz noch weiter auszubauen. Man nähere sich dort bereits einem Marktanteil von 20 Prozent, eine Quote, „über die nur wenige deutsche Firmen verfügen“ (Stihl).

In der Gruppe war das Ergebnis auch 1982 positiv, während das Stammhaus „leicht rosa Zahlen“ geschrieben habe. Die Eigenkapitalquote liege weiterhin knapp über 40 Prozent. Investiert wurden 25 Mill. DM (plus 20 Prozent). In der Gruppe sind rund 5000 Mitarbeiter (minus 9 Prozent) beschäftigt. Die Kurzarbeitsphase soll spätestens gegen Sommer beendet werden.

CARL SCHENCK / Auftragspolster half über Flaute

Erfolg der Auslandstöchter

JOACHIM WEBER, **Darmstadt**

„Das Konjunkturtief ist anscheinend überwunden“, meint Hans Albers, Vorstandsmitglied der Carl Schenck AG, Darmstadt, mit „vorsichtigem Optimismus“. Auch im Januar und Februar haben sich die Auftragseingänge des Unternehmens, die sich zum Jahresende 1982 branchenüblich belebt hatten, „auf gutem Niveau“ gehalten. Der Auftragsbestand, im Laufe des Jahres 1982 auf 280 (380) Mill. DM abgearbeitet, ist inzwischen schon wieder auf 310 Mill. DM gestiegen.

Das gute Auftragspolster hat dem Hersteller von Auswucht-, Wäge- und Prüfanlagen auch über die Flaute des vergangenen Jahres geholfen. Obwohl der Auftragseingang um fast 9 Prozent auf 402 Mill. DM zurückging, nahm der Umsatz noch um 2 Prozent auf 535 (524) Mill. DM leicht zu. Der mit knapp 12 Prozent überdurchschnittliche Rückgang der Auslandsaufträge schlug sich auch in der Umsatzstruktur nieder: Der Exportanteil sank auf 62 (63) Prozent.

Mit einem unveränderten Jahresüberschuß von 5,2 Mill. DM bei fast stagnierendem Umsatz hat sich das vergangene Jahr das Vorstands-Prädikat „doch noch recht gut“ verdient. Die Aktionäre – AG für Industrie und Verkehrswesen mit 49 Prozent, Quandt-Gruppe mit 27 Prozent, Prinzessin von Hessen und bei Rhein mit 13 Prozent sowie 10 Prozent Streubesitz – werden dennoch auf den zwei Jahre hintereinander erhaltenen Bonus verzichten müssen und sich mit einer Dividende von 9 DM je 50-DM-Aktie begnügen.

Besser noch als die Muttergesellschaft schnitt die weltweite Gruppe ab. Zwar stieg auch ihr Umsatz nur um 2 Prozent auf 638 (626) Mill. DM. Der Jahresüberschuß aber nahm um 38 Prozent auf 9 (6,5) Mill. DM kräftig zu. Zu dem Erfolg trugen nicht nur die europäischen Schenck-Töchter bei, sondern vor allem die Gesellschaften in den USA, Brasilien und Japan.

Weltweit beschäftigt das Unternehmen 5640 (5700) Mitarbeiter, davon 4660 (4720) in der AG. Gut 8 Prozent der deutschen Mitarbeiter sind Auszubildende.

KKK

Wachstum liegt bei Turboladern

JOACHIM WEBER, **Frankenthal**

Die größten Wachstumserwartungen der AG Kühnle, Kopp & Kausch (KKK), Frankenthal, richten sich nach wie vor auf den Turboladerbau. Im Ventilatoren- und Verdichterbau wurden die Erwartungen jetzt noch einmal „nach unten revidiert“, und auch im Dampfturbinenbau hat man sich auf einen noch härteren Markt eingestellt.

Allerdings hat das Unternehmen auch im vergangenen Jahr besser abgeschnitten als vorhergesagt. Obwohl die „Stagnation in für uns wichtigen Märkten in eine Rezession“ überging, wuchs der Auftragseingang um 8,5 Prozent auf 195 (180) Mill. DM. Der Umsatz stieg um 10 Prozent auf 184 (167) Mill. DM, so daß auch der Auftragsbestand noch um 10 Prozent auf 132 (120) Mill. DM aufgestockt werden konnte.

Während die Ventilator- und Verdichteraufträge – überwiegend für den konventionellen Kraftwerksbau – leicht zunahmen, blieben die Dampfturbinen-Orders knapp unter dem Vorjahresniveau. Im Turboladerbau sorgte der Anlauf wichtiger Projekte bei den Abnehmern für eine wieder höhere Wachstumsrate – der Absatz überschritt erstmals die 200 000-Stück-Marke.

Auch das Ertragsbild wurde 1982 wieder freundlicher. Zwar wird der Jahresüberschuß unverändert mit 4,6 Mill. DM ausgewiesen. Während jedoch 1981 die Auflösung von Rückstellungen für Erträge von 2,5 Mill. DM gesorgt hatte, kamen aus dieser Quelle jetzt nur noch 0,5 Mill. DM. Gleichzeitig wurden 1982 die Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung auf 2 Mill. DM verdoppelt.

Für die Aktionäre hat sich nichts geändert: Sie erhalten wieder Dividenden von 8 DM je 50-DM-Stamm- und 8,50 DM je Vorzugsaktie.

NAMEN

Hans Sanner, früheres Vorstandsmitglied und Sprecher des Vorstandes der Deutschen Herold Lebensversicherungs-AG, Bonn, wird heute 75 Jahre alt.

Gerhard Große Loheide, Vorstandsmitglied der Hannoverschen Lebensversicherung aG, Hannover, feierte das 40jährige Dienstjubiläum.

J. H. Schakel, Vorstandsmitglied der Deutsche Philips Industrie GmbH, vollendete am 23. März das 60. Lebensjahr.

Bei Gewinnmitnahmen abbröckelnd

Ausländer nahmen herauskommendes Material in großen Beträgen auf

DW. – Die Tagesspekulanten, die vorbörslich und auch schon am Dienstag kräftig mitgekauft hatten, stiegen an der Mittwochbörse schnell wieder aus, um die erzielten Kursgewinne sicherzustellen. Dennoch bröckelten die meisten Notierungen nur geringfügig ab, denn Ausländer wie auch inländische Großanleger nutzten die Gelegenheit, ihre Bestände an deutschen Aktien weiter aufzustocken, und stabilisierten das Niveau wieder. Dem Aktienmarkt kam auch zugute, daß Neuanlagen in Renten zur Zeit nicht „in" sind. Die größeren Chancen werden bei den Aktien gesehen. Auf dem Börsenparkett ist man für die weitere Kursentwicklung sehr zuversichtlich, weil der Markt nach übertriebenen Bewegungen sich immer wieder schnell korrigiert.

Der HEW-Kurs schoß wie eine Rakete nach oben, einmal aus Renditeüberlegungen, zum anderen aber auch, weil eine Bank das Papier empfohlen hat. Nach anfänglich 138 DM (plus 11,20 DM) bröckelte er aufgrund von Gewinnrealisationen allerdings wieder auf 133 DM ab. Fester auch NWK-Vorzüge mit 186,50 DM (plus 4,50 DM). Die Farbennachfolger, die bis 4 DM höher eingesetzt hatten, schlossen gut 2,50 DM über Vortagsniveau. Autowerte rutschten nach anfänglichen Gewinnen unter die Schlußnotierungen vom Vortag. Auch Bankaktien lagen am Ende der Börsenzeit leichter. Hier hatten sich nach den starken Steigerungen vom Dienstag Gewinnmitnahmen besonders bemerkbar gemacht. Warenhäuser wie schon am Vortag überwiegend freundlicher.

Düsseldorf: Rheag erhöhten sich um 6 DM auf 435 DM, und Balcke Dürr befestigten sich um 6 DM auf 164 DM. Bilfinger verminderten sich um 7 DM auf 245 DM, Heinrich Lehmann fielen um 5 DM auf 215 DM, und Biewag verminderten sich um 3,50 DM auf 176 DM.

Frankfurt: Die meisten Standardwerte blieben bis zu 3 DM höher, nur Banken waren leicht abgeschwächt. Von Nebenwerten konnten sich bei Plusankündigung Allweiler Stämme um 20 DM auf 330 DM verbessern, Vorzüge um 27,50 DM auf 280 DM, Grünzweig und Hartmann 195 DM plus 16 DM, ansonsten MAN-Roland 410 DM minus 10 DM, Linde 340,50 DM minus 6 DM, BBC 163 DM minus 8,30 DM und Schwäbische Zellstoff 229 DM plus 9 DM.

Hamburg: HEW stiegen nach Plusankündigung auf 135 DM plus 8,20 DM. NWK Vz. waren mit 185 DM plus 3 DM fest. Conti Gummi tendierten mit 81,50 DM plus 0,50 DM fester. Phoenix schwächten sich auf 94 DM minus 2 DM ab.

München: Deckel verminderten sich um 1,80 DM auf 106 DM, Dywidag verloren 1 DM auf 304 DM und Flachglas fielen ebenfalls um 1 DM auf 269 DM.

Berlin: Concordia Chemie lagen um 10 DM, DeTeWe um 8 DM, Kempinski um 7 DM und Schering um 6 DM höher. Rheinmetall erholten sich um 4 DM, ADCA um 2,50 DM, Berthold und Herlitz Vorzüge um je 2 DM und Siemens um 1,50 DM.

Nachbörse: zuversichtlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München

Aktien-Umsätze

Kurswert in 1000 DM

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Junge Aktien

23. 3. 83: BMW 273; Bavaria 213G; Jute-Spinnerei 150G; Philips Komm. 304T; VEW 133; Herlitz St. 245; Herlitz Vz. 230.

Freiverkehr: Reag 415G.

Bezüge: RWE St. 23,80; RWE Vz. 22,40; Nord Hypo 11,80.

WELT-Aktienindex vom 23. 3.: 128,7 (128,2); WELT-Umsatzindex vom 23. 3.: 6893 (5225).

Ausländische

DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Mailand

Wien

	23. 3.	22. 3.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	220	220
Gösser-Brauerei	230	225
Länderbank Vz.	210	210
Österr. Brau AG	220	217
Perlmooser	348	354
Reninghaus	270	265
Schwechater Br.	145	147
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P	159	158
Universale Hoch Tief	–	–
Veitscher Magnesit	210	202
Index	53,71	53,15

Tokio

Kopenhagen

	23. 3.	22. 3.
Den Danske Bank	Unerhältl.	Unerhältl.
Jyske Bank		
Kopenh. Handelsbk.		
Novo Industri		
Privatbanken		
Ostasiat. Komp.		
Dan. Sukkerfabr.		
For. Bryggerier St		
Kgl. Porc. Fabr.		

Zürich

Brüssel

	23. 3.	22. 3.
Arbed	1210	1248
Brux. Lambert	1800	1780
Cockerill Ougrée	97	98
Ebes	2225	2215
Gevaert	2070	2070
Kreditbank	5000	4995
Petrofina	4705	4695
Soc. Gen. d. Belg.	1575	1445
Sofina	4480	4400
Solvay	2500	2490
UCB	3000	2930
Index	117,51	111,82

Madrid

Hongkong

Singapur

	23. 3.	22. 3.
Cycle + Car.	4,96	5,15
Cold Storage	4,66	4,78
Dev. Bk. of Sing	8,70	8,60
Fraser + Neave	7,48	7,35
Kl. Kepong	2,48	2,48
Mal. Banking	7,45	
Nat. Iron	8,50	8,50
OCBC	9,70	9,80
Sime Darby	2,52	2,35
Singapur Land	7,85	7,80
Un. Overs. Bank	4,20	4,26

Paris

	23. 3.	22. 3.
Air Liquide	470	464,9
Alsthom Atlant.	162	155,9
Beghin-Say	242	242,5
BSN-Gerv.-Danone	1495	1500
Carrefour	1282	1297
Club Méditerranée	571	566
C. F. P	156	158,0
Elf-Aquitaine	119	120,7
Gal. Lafayette	157	156,5
Hachette	787	802
Imetal	50	52
Lafarge	267	267
Locafrance	230	235
Machines Bull	45,1	45
Michelin	821	810
Moët-Hennessy	950	975
Moulinex	77,5	77
L'Oréal	1405	1415
Penarroya	41,5	42,50
Pernod-Ricard	440,5	446
Perrier (Source)	258,5	264,5
Peugeot-Citroën	180	178
Printemps	115,5	118,2
Radio Techn.	384	374

Sydney

	23. 3.	22. 3.
ACI	1,10	1,08
Ampol Explor	1,35	1,35
Bk. New S. Wales	2,50	-
Brok. Hill South	–	-
Brok. Hill Prop	6,36	6,30
Coles	2,50	2,50
CRA	4,50	4,48
CSR (Thelss)	2,57	2,57
Metals Expl	0,58	–
MIM-Holdings	4,50	4,12
Myer Emporium	1,30	1,34
North Broken Hill	2,25	2,20
Oakbridge	1,06	1,05
Peko Wallsend	5,76	5,90
Poseidon	3,85	3,85
Thomas Nat. Tr	1,47	1,50
Waltons	0,75	-
Western Mining	4,15	4,10
Woodside Petr.	0,70	0,68
Index	510,3	506,8

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 23. 3.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅞– 9¼	4¾–5	4 –4¼
3 Monate	9⅝– 9⅞	4¾–5	3⅞–4⅛
6 Monate	9¾– 10	5⅛–5¼	3⅞–4⅛
12 Monate	9⅞–10⅛	5⅛–5⅜	3⅞–4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 23. 3.: Tagesgeld 5,0–5,1 Prozent; Monatsgeld 5,25–5,35 Prozent; Dreimonatsgeld 5,25–5,35 Prozent.

Privatdiskontsätze am 23. 3.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 23. 3.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Ostmarkkurs am 23. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,50 Verkauf 25,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 22,00 Verkauf 26,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurdem am 23. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1285,00	1565,05
10 US-Dollar (Indian)**)	968,00	1229,44
5 US-Dollar (Liberty)	348,00	545,79
1 £ Sovereign alt	230,00	282,50
1 £ Sovereign Elizabeth II	228,00	280,24
20 belgische Franken	174,00	230,52
10 Rubel Tscherwonez	241,00	303,58
2 südafrikanische Rand	227,00	279,11
Krüger Rand, neu	1005,00	1180,85
Maple Leaf	1003,00	1178,59
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	239,00	303,97
20 schweiz. Franken „Vreneli"	213,00	268,94
20 franz. Franken „Napoléon"	206,00	261,03
100 österr. Kronen (Neuprägung)	938,00	1122,09
20 österr. Kronen (Neuprägung)	189,00	236,43
10 österr. Kronen (Neuprägung)	98,00	127,69
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	433,00	528,84
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	101,00	136,73

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Die Festigkeit der US-Dollar-Zinsen sorgte am 23. 3. dafür, daß es zu einer deutlichen Befestigung des Dollarkurses kam. Ausgehend von einem Low von 2,4090 stieg der Kurs bis auf 2,4315 am Nachmittag an. Die amtliche Notierung wurde mit 2,4233 festgestellt, wobei die Bundesbank 18,75 Mio. US-Dollar verkaufte. Abgeben mußte sie ebenfalls 370 000 irische Pfund zu 3,16 und 125,5 Mio. FF bei 33,35. Der BFR schwächte sich nach der Diskontsenkung von 14 auf 11 Prozent um 2,4 Pf auf 5,040 ab. Dieser Kurs stellt den aktuellen historischen Tiefstkurs dar. Auch der Gulden notierte historisch tief mit 89,07. Kräftig erholte sich dagegen der sfs und Yen mit 116,70 und 1,0170. US-Dollar in: Amsterdam 2,7225; Brüssel 48,12375; Paris 7,2725; Mailand 1444,45; Wien 17,0540. Zürich 2,0765. Pfund/Dollar 1,4608.

Devisenterminmarkt

Die feste Haltung der Dollar-Zinssätze strahlte am 23. März auf die Termine aus. Alle Dollar-Abschläge wurden höher gehandelt.

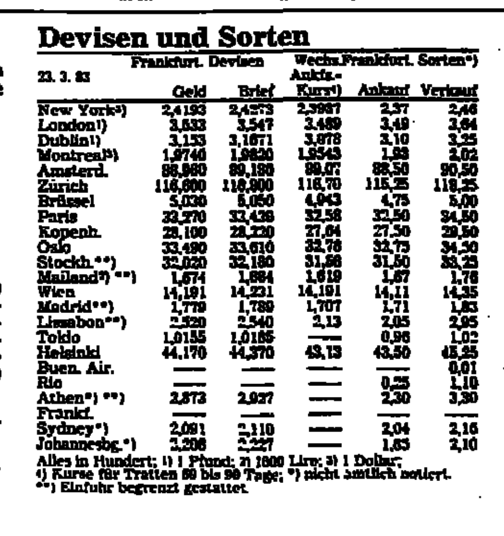
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,04/0,94	3,00/2,90	5,75/5,55
Pfund/Dollar	0,17/0,13	0,42/0,38	0,62/0,57
Pfund/DM	2,60/1,20	6,00/4,60	10,40/9,00
FF/DM	33/17	87-71	170/154

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/3 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,00 (5,13) – 7,00 (5,56) – 7,50 (5,90) – 8,25 (6,23). Ausgabe 1983/4 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,16) – 7,00 (5,62) – 7,50 (5,99) – 8,25 (6,37) – 8,25 (6,63)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,88, 2 Jahre 5,53.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,80, Rendite 6,80.

Devisen und Sorten

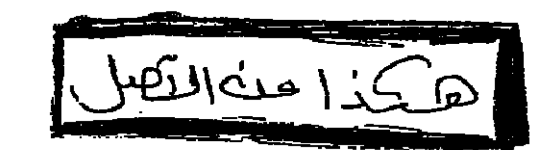


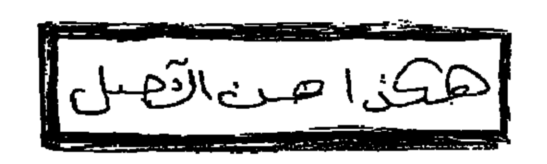
23. 3. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,4193	2,4273	2,3987	2,37	2,46
London¹)	3,533	3,547	3,489	3,49	3,64
Dublin¹)	3,153	3,1671	3,078	3,10	3,25
Montreal³)	1,9740	1,9820	1,9543	1,93	2,02
Amsterd.	88,980	89,180	89,07	88,50	90,50
Zürich	116,600	116,900	116,70	115,25	118,25
Brüssel	5,030	5,050	4,943	4,75	5,00
Paris	33,270	33,430	32,56	32,50	34,50
Kopenh.	28,100	28,220	27,64	27,50	29,50
Oslo	33,490	33,610	32,78	32,75	34,50
Stockh.**)	32,020	32,180	31,68	31,50	33,25
Mailand²) **)	1,674	1,684	1,619	1,67	1,78
Wien	14,191	14,231	14,191	14,11	14,35
Madrid**)	1,779	1,789	1,707	1,71	1,83
Lissabon**)	2,520	2,540	2,13	2,05	2,95
Tokio	1,0155	1,0185	——	0,96	1,02
Helsinki	44,170	44,370	43,13	43,50	45,25
Buen. Air.	——	——	——	——	0,01
Rio	——	——	——	0,25	1,10
Athen*) **)	2,873	2,927	——	2,30	3,30
Frankf.	——	——	——	——	——
Sydney*)	2,091	2,110	——	2,04	2,16
Johannesbg.*)	2,208	2,227	——	1,83	2,10

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Optionshandel

Frankfurt: 23. 3.: 881 Optionen, 45 450 (34 150) Aktien. Kaufoptionen: AEG 6-9, 3-4,80, 2-4, BASF 6-10, 3-6,00, 2-3,50, Bayer 6- 3-6,85, 2-5,50, BMW 6-30, 3-18, Bewag 6-7, BBC 6-10,90, 3-11, Conti 6-7,80, 3-5,30, 2-4,80, Daimler 6-32,00, 3-23, Deutsche Babcock 6-15, 3-10, Deutsche Babcock Vorzüge 6-16, GHH 3- Hoechst 6-9,20, 3-6,60, 2-4,30, Hoesch 6-6,90 und 7,50, 3-4 2-3,50, Karstadt 3-16,80, Klöckner 6-7,50, 3-4,90, Linde 3- Mannesmann 6-13, 3-7,80, 2-6,30, M.A.N. 6-18,60, Mercedes 3- Preussag 3-10, RWE 6-16, 2-7,50, RWE Vorzüge 6-16, Schering 6-24,80, 3-14, Siemens 6-23,50, 3-16, 2-13, Thyssen 6-7,30, 2-4 Veba 6-14, 3-8,40, 2-7, VEW 6-9,80, 3-7,50, VW 6-16,60, 3-12, BHF-Bank 6-36,50, 3-18, 2-16, Commerzbank 6-13,90, 3- 2-8,40, Deutsche Bank 6-25, 3-24, 2-20, Dresdner Bank 6-15, 3-11, 2-10, Chrysler 6-6,30, General Motors 6-17,00, Xerox 6-12,50, Philips 6-3,40, 2-1,80, Royal Dutch 6-9,40, Elf Aquitaine 3-6,50. Verkaufsoptionen: AEG 2-3,20, 3-4,40, 6-5,40, BASF 6-5,20, Bayer 3-4, BMW 2-10, 6-16, BBC 2-10, 3-13, 6-15,20, Conti 6-8,30, Daimler 2-14, 6-24, Deutsche Babcock 2-4,20, 3-10, 6-18,40, Deutsche Babcock Vorzüge 6-11,00, Hoechst 6- Hoesch 6-5, Kaufhof 6-15,00, KHD 2-4, Klöckner 2-4, Linde 2 Lufthansa 3-6,50, Preussag 2-4,80, 3-6,90, Siemens 2-6,50, 3-10 6-13,20, Varta 2-6,20, Veba 2-4, 3-4,30, 6-6, VW 2-5, 6-11, Bay. Hypo 2-7,50, BHF-Bank 2-7, 3-9, 6-10, Commerzbank 2-6, 6- Deutsche Bank 2-8, 6-14, Dresdner Bank 2-5,80, 3-6,00, 3-10,40, 6-14,80, Xerox 6-5,80, Philips 3-2,40, Elf Aquitaine Norsk Hydro 6-6.





Rentenmarkt etwa behauptet

Die festverzinslichen Papiere fanden auch an der Mittwochbörse nur vergleichsweise geringes Interesse. Die Anleger konzentrierten ihre Käufe weitgehend auf den Aktienmarkt. Bei ruhigem Geschäft zeigten öffentliche Anleihen Kursänderungen bis um 0,3 Prozentpunkte nach beiden Seiten. DM-Auslandsanleihen wurden bis um einen Achtelpunkt zurückgenommen. Der Pfandbriefmarkt verkehrte etwa behauptet.

Bundesanleihen

		23. 3.	22. 3.
L 57*	4/84	100,5	100,5
d 75 I	6/85	100,45	100,45
gl. 75	6/83	100,6	100,6
. 76 II	7/83	100,55	100,6
gl. 78 I	1/84	100	100
. 64 I	1/84	100G	100G
. 76 I	2/84	102	102
. 77	3/84	101,3	101,3
gl. 76 II	4/84	101,95	101,95
. 78	5/84	99,6	99,6
. 78 III	9/84	100,15	100,2
gl. 76	9/84	103G	103
. 78 IV	12/84	100,25	100,25bG
gl. 79	1/85	100,4	100,4bG
gl. 73 I	3/85	104,4	104,4G
. 79	4/85	101,9	101,9bG
gl. 79 II	6/85	102,4	102,4
gl. 79 I	7/85	103,4bG	103,45
. 76 IV	10/85	104	104,2
gl. 78 II	3/86	98,25	98,35
gl. 78	5/86	98	98
gl. 76 I	12/86	101,15	101,15
gl. 79	1/87	98,85	98,8
gl. 76 II	1/87	101,35	101,35
gl. 77	4/87	99,6	99,6
gl. 77	7/87	98,4	98,7
. 77	10/87	96,75	96,75
. 78 I	1/88	96,3	96,45
gl. 78 I	9/88	97,7	97,8
gl. 78 II	12/88	97,5	97,5
gl. 79	1/89	98,75	98,75
gl. 79 I	4/89	100,55	100,45
gl. 81	4/89	111,75	111,75G
gl. 79 I	6/89	101,05	101,05
. 79 I	7/89	103	105
. 79 II	8/89	102,8	103
gl. 79 II	9/89	101,35	101,3
gl. 79 II	11/89	102,05	102,05
gl. 80 I	1/90	101,85	101,95
gl. 80	4/90	112,55	112,6
gl. 78	5/90	94,2bG	94,2
gl. 80 I	7/90	104,2	104,2bG
gl. 80 II	11/90	104	104,15
gl. 82	11/90	101,85	101,95G
. 81	2/91	108,35	108,35
dgl. 81	7/91	115	115
dgl. 81	9/91	118,35	118,35
gl. 81 II	12/91	114,55	114,65
gl. 82 I	1/92	112,8	112,8
gl. 82 II	3/92	113,1G	113,1
. 78 II	3/93	93,8	93,9
gl. 82	4/92	111,6	111,6
82	5/92	108,7	108,7bG
gl. 82	6/92	105,85	105,95
82	8/92	108,8	108,8bG
gl. 82	9/92	107,5	107,8
gl. 82	12/92	101,45	101,8bG
gl. 83	1/93	100,5bG	100,5bG
II	3/93	100,5	100,5bG
Obl. 79 S.1	12/84	102,8	102,8
80 S.2	2/85	105,4	105,4
gl. 80 S.3	2/85	105,85	105,85
gl. 80 S.4	3/85	105,65	105,7
gl. 80 S.5	4/85	104,95	105
gl. 80 S.6	5/85	104,2	104,25
80 S.7	6/85	103,7	103,8
gl. 80 S.8	8/85	105	105
gl. 80 S.9	10/85	104,5	104,3
gl. 80 S.10	1/86	104,95	104,95
81 S.11	1/86	105,4	105,5
gl. 81 S.12	3/86	108G	108G
. 81 S.13	3/86	108,3bG	108,35
gl. 81 S.14	4/86	107,4G	107,4G
. 81 S.15	4/86	108,7	108,7
gl. 81 S.16	6/86	110,05	110,2
. 81 S.17	8/86	111,95	111,95
gl. 81 S.18	10/86	110,7	110,7
. 81 S.19	10/86	108,85	108,95
. 81 S.20	11/86	107,6	107,6G
gl. 81 S.21	11/86	109,85	109,9
. 81 S.22	11/86	109,05G	109,05
L 81 S.23	12/86	107,7	107,7
L 82 S.24	1/87	108,45	108,45
L 82 S.25	3/87	108,1	108,1
L 82 S.26	4/87	107,35	107,35
32 S.27	4/87	106,5	106,5
L 82 S.28	5/87	104,9	104,9
L 82 S.29	7/87	108,3	108,3
32 S.30	8/87	106,25	106,5
L 82 S.31	9/87	105,75	105,75
gl. 82 S.32	10/87	105,7	105,05
82 S.33	11/87	102,8	105,15
gl. 82 S.34	12/87	102,05	102,05
gl. 82 S.35	12/87	100,95	101,2
gl. 83 S.36	3/88	100,3	100,3
6 dgl. 77	9/87	96,6	96,75
6 dgl. 78 II	7/88	95,75	95,9
6½ dgl. 77	5/89	96,45	96,6
8 dgl. 79 I	7/89	105,35	105,35
6 dgl. 78 I	2/90	95,8	94
8 dgl. 80 II	7/90	103,1	103,25
9 dgl. 81	3/91	108,2	108,2
10½ dgl. 81	9/91	116,55	116,65
10¾ dgl. 81	11/91	115,4	115,4
8 dgl. 80 I	2/92	103,45	103,45
10 dgl. 82	2/92	114,4	114,4
9½ dgl. 82	7/92	111,45	111,45
8 dgl. 82	11/92	105,1	105,3
7¾ dgl. 83	1/93	101,9	102,05

Bundesbahn

		23. 3.	22. 3.
.57*	4/84	100,5G	100,5G
bahn 58	10/83	100,1G	100,1G
gl. 75	5/83	100,25	100,25
gl. 73 II	11/83	102,5	102,5
gl. 72	2/84	101,35	101,35
. 72	9/84	102,85G	102,85
gl. 76	9/84	103,15	103,2
. 78 III	11/84	100,2	100,25
gl. 79	2/85	100,8	100,8
gl. 75	2/85	104,15	104,25
. 77	2/87	100,2	100,2

Bundespost

		23. 3.	22. 3.
4 Abl. 57*	4/84	100,5G	100,5G
5½ Bdpost 58	10/83	100G	100G
6 dgl. 65 II	7/85	100,2G	100,2
8 dgl. 72 II	12/83	101,9	101,9
6½ dgl. 68	6/88	100G	100
8 dgl. 72 I	9/87	102,95	102,95
10 dgl. 81	3/89	112,15	112,15
10¾ dgl. 81	6/89	113,5	113,5
8 dgl. 80	3/90	103,2	103,4
7¾ dgl. 80	9/90	101,95	101,95
8¾ dgl. 80	12/90	106,5	106,5
10½ dgl. 81	10/91	116,75	117
9¾ dgl. 82	2/92	112,9	112,9G
8¾ dgl. 82	6/92	107,75G	107,75
8½ dgl. 82	10/92	105,85	106,05
7¾ dgl. 83	2/93	101,8	102

Länder – Städte

		23. 3.	22. 3.
5½ Bd.-Wttbg. 58	85	99,75G	99,75
8 dgl. 71	83	101	101G
6¾ dgl. 78	86	98G	98
8¾ dgl. 82	97	103,75G	103,75
7 Bayern 66	86	101G	101
6½ dgl. 67	87	101G	101
6 dgl. 68	85	100G	100G
7½ dgl. 71	83	100,15G	100,15G
7 dgl. 72	84	101,25G	101,25
7½ dgl. 76	84	101,5	101,85
6 dgl. 78	88	95,4	95,5
8¾ dgl. 80	90	105,75	106,25
8¾ dgl. 82	92	106,6G	106,5
8½ Berlin 70	85	102,2G	102,2G
7½ dgl. 71	83	100,2G	100,2G
8 dgl. 72	85	101,25	101,25
8½ dgl. 75	83	100	100,2bG
7½ dgl. 76	84	101,7	101,7G
7 dgl. 77	85	101,25G	101,25G
6½ dgl. 78	88	98,5	98,5
8¾ dgl. 80	88	106,25	106,25G
7½ Bremen 71	87	102	102,25
8 dgl. 72	87	105G	105G
8½ Hamburg 70	85	103,8	103,8
6¾ dgl. 77	92	97,1	97,3G
8 dgl. 80	90	105G	105G
9¾ dgl. 82	92	112,5G	112,5G
8 Hessen 71	86	100,75G	100,75G
6¼ dgl. 78	88	96,1	95,75
6 Nieders. 69	84	100,4	100,1G
8½ dgl. 70	85	104G	104
7½ dgl. 72	87	102,6	102,6
8 dgl. 72	87	104	104G
7½ dgl. 79	87	101,3G	101,3
7¾ dgl. 82	92	101,25G	101,5
7½ NRW 71	85	101,2	101,2
8 dgl. 75	83	100,5bG	100,5bG
7½ dgl. 83	95	99,8bG	99,8bG
6 Rhld.-Pf. 64 II	84	100G	100G
6½ dgl. 68	85	100G	100G
8 dgl. 71	86	100,75	100,75
6½ Saar 68	85	100G	100G
8½ dgl. 70	85	102,9	102,6
7 dgl. 72	87	100	100G
6 dgl. 78	88	95,75bG	95,75
5½ Schl.-H. 59	84	100G	100,1G
6 dgl. 64 II	84	100,6G	100,6
7¼ dgl. 72	87	101,25	101,5
8½ dgl. 75	85	104,25G	104,75
7 Essen 72	85	101	101G
7½ Köln 71	83	100	100
6 München 63	83	100G	100G
6 dgl. 64	84	100,25G	100,25G
6 Stuttgart 63	85	100,2G	100,2G
7½ dgl. 71	86	102,5	102,5G
7¾ dgl. 72	87	102,75G	102,75G

Sonderinstitute

	23. 3.	22. 3.
5 DSLB Pf 35	88,5bG	88,5
6 dgl. Pf 37	85	85
7 dgl. Pf 43	94,5	94,5bG
8 dgl. Pf 118	99bG	99
5 dgl. KO 36	98,75	98,75bG
5½ dgl. KO 45	98	98
7 dgl. KO 58	105	105
6½ dgl. KO 67	98,75	98,75
8½ dgl. KO 94	109	109
8 dgl. KO 119	102	102
8½ dgl. KO 124	100,25	100,25
6 IKB 68	99,5G	99,5G
6½ dgl. 69	99,75	99,75
6¾ dgl. IS 90	93,6	93,6
6 dgl. IS 105	94,9T	94,9T
6 dgl. IS 108	87,75	87,75
5¾ dgl. IS 114	95,7	95,7
7½ K. f. W. 70	101,2G	101,2
8 dgl. 70	102,25	102,25
8 dgl. 76	102	102
7½ dgl. 79	100,7	100,8
10 dgl. 81	113,4	113,4G
8½ dgl. 82	105,5G	105,5
6 Landw.-Rtbk. 20	99,75G	99,75
6 dgl. 26	100G	100G
7½ dgl. 27	100,5	100,5
8 dgl. 29	100,15G	100,15G
9½ dgl. 36	105,15	105,15
8¾ dgl. 99	100,75G	100,75G
10 dgl. 120	107G	107G
8½ dgl. 127	104,5G	104,5G
9 dgl. 131	106,5G	106,5G
7¾ LAG 76/16	101,9G	101,95
8 dgl. 76/17	102,95	102,95
6½ dgl. 77/18	98,15G	98,25
5½ dgl. 78/19	95,2	95,2
7 dgl. 79/20	99,95	100,1

Bankschuldverschreib.

	23. 3.	22. 3.
7 All. Hyp. Pf 2	100	100
6½ dgl. Pf 7	95G	95G
6½ dgl. Pf 98	97G	97G
7 dgl. Pf 99	101G	101G
7½ dgl. Pf 101	101,5G	101,5G
6 dgl. KO 1	85,75G	85,75G
6¾ dgl. KO 66	100,25G	100,25G
6 Bd. Komm.Ldbk. 69	85G	85G
7 dgl. Pf 76	94G	94G
6½ dgl. KO 64	88G	88G
6½ Bay. Hdbk. Pf. 3	87,5	87,5
7 Bay. Hdbk. KO 2	102	102bG
6 Bay. Hypo. Pf. 30	83bG	83bG
7 dgl. Pf 3	93,5	93,5
6½ dgl. KO 6	88	88
6 Bayer. Vbk. Pf. 39	83bG	83bG
6½ dgl. Pf 8	90	90bG
7 dgl. KO 3	101,75	101,7bG
8 Bln. Pfbr. Bk. 51 fr. Bln. Pfbr.Amt	103bG	103bG
7½ dgl. 33	100,25T	100,25T
7½ dgl. 47	100,75T	100,75T
6 Br. H. Hp. Pf 71	82	82
7 dgl. Pf. 72	100,5	100,5
6½ dgl. Pf. 75	87,75	87,75
6½ D.Centrbd. Pf 125	90	90
9 dgl. Pf 190	102,75	102,75
7 dgl. KO 113	100,5bG	100,5bG
6 DG HYP Pf 48	85G	85G
5½ dgl. Pf 50	78G	78G
7 dgl. Pf 69	102G	102G
5¾ D. Gen. Bk. IS 70	95,85G	95,85G
6 dgl. IS 71	100,3G	100,3G
6½ dgl. IS 73	98,45G	98,45G
6½ dgl. IS 74	96,35G	96,35G
6½ dgl. IS 75	99G	99G

	23. 3.	21. 3.
7½ D. GiroKO 101	102,6G	102,6G
10 dgl. KO 125	104,55G	104,55G
9 dgl. KO 179	107,75G	107,75G
9¾ dgl. KO 180	110,4G	110,4G
9½ dgl. KO 181	110,25G	110,25G
9 dgl. IS/K	101,05G	101,05G
6 D.Hyp.Brem.Pf 118	83G	83G
7 dgl. Pf 125	100,7G	100,7G
6½ dgl. KO 125	97,15G	97,15G
6 Dt. Pfbr. A. Pf 92	84G	84G
7 dgl. Pf 130	94	94
6½ dgl. Pf 149	88,5G	88,5G
8½ D. Schiffb. Pf 85	103,65	103,65
7½ dgl. Pf 84	102,15	102,15
6 Fr. Hyp Pf 98	82G	82G
7 dgl. Pf. 113	95,5G	95,5G
6½ dgl. Pf 119	90G	90G
10 dgl. Pf 168	101,75	101,85
8 dgl. KO 220	102,4G	102,4G
7¾ dgl. KO 222	103,55G	103,55G
10 dgl. KO 226	106,25G	106,25G
9¾ dgl. KO 228	110,6G	110,6G
8½ dgl. KO 231	103,45G	103,45G
9 dgl. KO 232	104,65G	104,65G
6 Hbg. Ldbk. Pf 48	84	84
9 dgl. IS 44	100,45	100,45
10 dgl. IS 46	101	101
9½ dgl. IS 53	105,65	105,65
8½ dgl. IS 92	105,5	105,5
8 dgl. IS 96	103,7	103,7
9½ dgl. KO 110	110,75	110,75
9 dgl. KO 111	108	108
5½ H. Ldbk. Pf 43	81G	81G
7 dgl. Pf 54	97,1G	97,1G
9 dgl. Pf 76	102,95G	102,95G
6 dgl. Pf 87	100,4G	100,4G
6 dgl. KO 47	83G	83G
6½ dgl. KO 81	88G	88G
7 dgl. KO 203	98,85G	98,85G
7¼ dgl. KO 204	99,55G	99,55G
6 Hyp.I.Hbg. Pf 46	86	85,25
6½ dgl. Pf 80	92,75	92,75
9 dgl. Pf. 117	100,4	100,4
8 dgl. Pf 248	102,7	102,7
9 dgl. KO 125	101,55	101,55
8 dgl. KO 175	103,5	103,1
9 dgl. KO 259	105,95	105,35
9¾ dgl. KO 262	105,4	105,15
6½ Lb.Rh.-Pf. Pf 16	88,75G	88,75G
7 dgl. Pf 24	97,5GG	97,5GG
6 dgl. Pf 26	90,5	90,5
7 dgl. KO 150	98,6G	98,6G
6½ dgl. KO 151	100,2G	100,2G
6¾ dgl. KO 154	99,75G	99,75G
8 dgl. KO 168	103G	103G
8¼ dgl. KO 171	102,5G	102,5G
8½ dgl. KO 174	104G	104G
9 dgl. KO 177	104,9G	104,9G
9¼ dgl. KO 180	105,5G	105,5G
9½ dgl. KO 181	109G	109G
9 dgl. IS 12	101,4G	101,4G
6¾ dgl. IS 35	100G	100G
6 Ldbk. Saar Pf 18	89,75	89,75
6¾ dgl. KO 69	102G	102G
7 dgl. KO 70	99,5G	100,35G
7 dgl. KO 73	101,25G	101,5G
7¾ dgl. KO 76	102,25G	102,5G
7½ dgl. KO 79	102,6G	102,6G
8½ dgl. KO 85	106,5G	106,5G
9 dgl. KO 88	108,75	108,75
9¼ dgl. KO 89	106G	106G
7¾ dgl. KO 90	103,9G	103,9G
6 Ldbk. S.-H. Pf 87	84	84
7 dgl. Pf 95	93,5	93,5
8 dgl. Pf 80	103,5	104,1
7¾ dgl. Pf 81	103	103,6
7½ dgl. Pf 83	101,1	101,75
8 dgl. KO 98	102	103
9¼ dgl. KO 242	112	112
7¾ dgl. KO 248	103	103,5
7 LKB Pf 27 fr. Bd.Ldkr.	96,5G	96,5G
6½ dgl. Pf 29	92,5G	92,5G
6½ LKB Pf 22 fr. W. Ldkr.	95	95
7 dgl. Pf 45	94,5	94,5
8 LKB KO 1	100	100
6½ Lüb.Hyp. Pf 62	90	90
9 dgl. Pf 92	101,45	101,45
8 dgl. Pf 168	103	103

	23. 3.	22. 3.
8¼ dgl. Pf 174	103,9	103,9
8½ dgl. Pf 175	104,25	104,25
9½ dgl. Pf 178	106,1	106,1
6 dgl. KO 39	85	85
7¾ dgl. KO 170	102	102
9 dgl. KO 180	105,4	105,4
6½ Mü.Hyp. Pf. 100	88,5bG	88,5
7½ dgl. Pf 111	99	97
7 dgl. KO 25	96	96
7 Nd.Hyp.W. Pf 28	99,5	99,5
6½ dgl. Pf 34	91	91
6 dgl. KO 27	88	88
9 Nord.LB IS 20	100,8	100,9
8 Old. Lbk. IS 75	100,55	100,55
8 dgl. IS 76 I	102,5	102,5
8 dgl. IS 76 II	103,55	103,55
7½ dgl. IS 77	103	103
6 dgl. IS 78	99,75	99,75
6 Pfälz. Hyp. 57	92,4G	92,4G
7 dgl. Pf 99	100G	100G
8½ dgl. Pf 124	102,9G	102,9G
7½ dgl. Pf 191	100G	100G
9 dgl. Pf 195	102,85	102,85
9¼ dgl. Pf 196	103,8G	103,8G
7¾ dgl. Pf 197	102,1G	102,1G
8¼ dgl. KO 169	103,1G	103,1G
8 dgl. KO 173	102,1G	102,1G
7¾ dgl. KO 180	100,9G	100,9G
7 Rheinbod. Pf 60	92bG	92bG
6½ dgl. Pf 64	86,5	86,5
6 S.H. Ldsch. Pf 19	86	86
7 dgl. Pf 20	94	94
6½ dgl. Pf 21	88,5	88,5
8½ dgl. Pf 31	106,5	106,5
6½ St.KrOld. Pf 53	90,95G	90,95G
7½ dgl. Pf 66	100,1G	100,1G
8 dgl. Pf 65	100G	100G
9 dgl. Pf 67	103G	103G
7½ dgl. KO 55	100,25G	100,25G
6 Südboden Pf 41	91	91
5½ dgl. Pf 57	80,75	80,75
7 dgl. Pf 105	100	100
6 Vbk. L Nbg. Pf 56	92,5	92,5
7 dgl. Pf 102	97,25	97,25
9 dgl. Pf 131	102,75	102,75
10 West LB IS 577	101,4bG	101,4bG
6½ Westhyp. KO 58	92	92
6 Wf. Ldsch. Pf 12	91,5G	91,5G
7 dgl. Pf 13	96,5	96,5
5½ dgl. Pf 14	86bG	86bG
6 Württ.Hyp.KO 30	84,25G	84,25G
7 W. Ldbk. KO 44	99,5G	99,5G
7 Wü. Ko.Lbk. Pf 68	99	99
9 dgl. Pf 83	103,35G	103,35G

Industrieanleihen

	23. 3.	22. 3.
6 Badenwerk 64	99,5	99,5
6 dgl. 78	95,5	95,35
5 BASF 59	96G	98G
5 Bayernw. 59	97,5G	97,25
8 Chem. Hüls 71	102	102T
7½ Cont. Gum. 71	100,6T	100,6T
6 Dt. Texaco 64	98G	98G
6 Gelsenb. 64	99,25G	99,25G
6 HEW 58	99,85G	99,85
5¾ dgl. 62	99,85	98G
6 dgl. 63	99,85	99,85G
7½ dgl. 71	102,15	102,15
7¾ dgl. 71	102,4G	102,4
4½ Harpen 59	1720G	1690G
6 Hoechst 63	99T	99G
6 dgl. 64	99T	98,8
6 Hoesch 64	98,75G	98,75
7½ dgl. 71	100G	100
7½ Karstadt 71	100,3bG	100,25G
7½ Kaufhof 71	100,25G	100,25
7¾ dgl. 71	101,25	101T
7½ dgl. 76	101T	101bG
6 Klöckner W. 63	99,25G	99G
7½ dgl. 71	96,75	96,5
8 dgl. 72	98,5	98,25T
6 Krupp 64	99,25T	99T
6 Linde 64	98,5T	98,75
5 Mannesmann 59	98,5T	98,5G
6 Moselkraft 65	98,5T	98,5
6 NWK 58	99,85G	99,85G
6 dgl. 61	99,5G	99,5G
6 dgl. 62	98,5G	98,5
6 ObDon. Krwk. 64	95,5T	95,5T
5½ Öst.BayK. 58	99G	99G
6 Raz.Vdb. Stk. 68	98,25T	98,25T
5½ Rh.Brkw. 58	98,25G	98,25G
6 dgl. 63	96,5	96,75T
6 dgl. 65	96,5T	96,25T
5½ RWE 59	99,25G	99,25G
6 dgl. 63	96,25T	96,1
6 dgl. 65	96,75bG	96T
7¾ dgl. 71	100,75G	101
7 dgl. 72	99,6T	99,5G
6 Rh.-M.-Don. 62	99G	99G
6½ dgl. 68	100,1	100,25G
8 Schleswag 71	100,75T	101T
5 STEAG 59	98,25G	98G
6 Thyssen 65	99G	99G
7½ dgl. 71	100,1bG	100,2G
8 dgl. 72	100,5T	100,7bG
7¼ dgl. 77	98,75T	98,5
5 Veba 59	98,5G	98,5G
8 VEW 71	100,75T	100,75
6¾ dgl. 77	96,6G	96,6
7 VW 72	99,7	99,6G
5½ Wintersh. 58	98,25	98G

Wandelanleihen

	23. 3.	22. 3.
4¾ AKZO 69	86G	86G
3½ All Nippon 78	95	95G
3½ Asahi Opt. 78	108G	108
4¾ Canon Inc. 77	308T	307T
3½ Cas. Comp. 78	188T	186T
5 D Bk. Lux. 77	99,7	99,7
5¾ Daiei Inc. 80	112G	112G
4½ Fujitsu Lim. 78	395	395T
5 dgl. 79	270	267G
5¾ Hoogovens 68	82G	82G
3½ Izumiya Co 78	92,25	92,25G
3½ Jusco Co. 78	93,5G	93,25G
4 Kansai El. 79	100	99,75
6 Konishiroku Pho.81	112	111,5G
6¾ dgl. 82	111,75	111,75G
6 Komatsu 76	145T	145T
3½ Koraluen 78	90,75G	90,75
7½ Kraft Inc. 70	105,5G	105,5T
3½ Marudai F 78	92,1	92,1bG
6 Michelin Int. 70	94G	94G
5½ Minolta 77	149G	148G
4 dgl. 79	113,75G	113G
6¼ Mitsub. Ch. 76	158T	157G
6,75 Mitsub. H 81	123	122G
6 dgl. 81	106,25	106
6 Nichii Co Ltd 80	113G	113G
7 Nippon Sh. Gl. 82	111	111
3¾ Nippon Sh. 78	158G	158
3½ NissanMot. 78	92,75	93
4 Nisshin Steel 78	140,5G	136,5G
6½ Océ v. d. Gr. 69	100G	100G
3½ Olympus 78	224T	228T
3¼ Omron Tat 79	195G	192G
4¾ Orient Fin 79	220G	220G
3¼ Ricoh Comp. 78	129,75	129,75
6¼ Rothm. Int. 72	94,75	95,1
3¾ SankyoElec. 78	95G	95
3½ Sanyo Elec. 78	162,5T	162,5T
3¾ Seiyu Stores 78	93,1G	93,1G
6¼ Sekisui 76	155G	155
3½ Stanley 78	94	93,75G
6 Taiyo Yuden Co. 82	109,75	110T
5 Texaco Int. 66	97,1	97
3½ Tok. Elec. 78	254G	254
4¾ Tok. Sanyo 77	254G	242G
4 Tokyu Land 79	98G	98G
3½ Trio Kenw. 78	94	94T
6½ Uny Ltd. 79	110G	110G

Optionsscheine

	23. 3.	22. 3.
11 BASF 82	28,1	25
7¼ Bayer Fin. 79	24,8	23,3
10½ Bayer Fin. 82	35,6	35
6¾ Ciba-Geigy 75	597	599
3½ Commerzbk. 78	42,5	41,8
4½ Dt. Bk. Comp. 77	128,1	127,6
10 Hoechst 75	141,5	135
6¾ dgl. 79	35	31,8
8 Hoechst 85	49,9	48
7½ Jap.Syn.Rubber82	720	725
6½ Wells F. 73	190	192

Optionsanleihen

	23. 3.	22. 3.
8½ BASF 74 m O	128bG	127,5bG
8½ BASF 74 o O	101,2	101
3½ Stumpf 88 m O	100bG	100bG
3½ Stumpf o O	75	75

Währungsanleihen

	23. 3.	22. 3.
8 Brasilien 72	99,5G	99,5
6¼ Kopenhagen 72	96	95G
7,875 Norwegen 78	98,5G	98,5G
9½ dgl. 79	99G	99G

Optionsanleihen

	23. 3.	22. 3.
3½ ComBk. Int. 78 m O DM	108,25	108,15
3½ dgl. 78 o O DM	89,85	89,5
4¾ C F DT. Bk. 77 m O $	126,5T	126,5T
4½ dgl. 77 o O $	82,5	83
6¼ Wells F. 73 m O DM	110,25	110,25
6½ dgl. 73 o O DM	94,75	94,5T

Optionsscheine

	23. 3.	22. 3.
8½ BASF 74	42,1	38,5

Wandelanleihen

	23. 3.	22. 3.
5 Bayer 69	101,6	101,4bG
8 Bay Wa 75	100,5	100,5
8 Beiersdorf 82	150	150
4½ Commerzbk. 78	99,15	99G
9 Girmes 74	293	298

Anmerkungen:

* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen

(Kurse ohne Gewähr)

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	23. 3.	22. 3.
7¾ AKZO 83	100G	100G
6 dgl. 84	97,5/8,2	97,5/8,2
6½ dgl. 86	99,75G	98,5G
7¾ Arbed 83	97G	97G
7¼ dgl. 86	83G	83G
9 dgl. 87	95T	95T
6¾ Ardal 89	96,5G	96,5G
10 dgl. 88	104,5G	104,5G
8 Austr. 87	103,75G	103,75G
8¾ dgl. 87	104,25G	103,75
7½ BEC 83	100,25G	100,25G
4¾ CFDB 83	99,7/100	99,7/100
5 dgl. 84	99,2/9,7	99,2/9,7
6½ Estel 84	93,5G	93,5G
6¾ dgl. 85	92G	92G
8½ dgl. 87	92G	92G
6¼ Euratom 91	93,5G	93,5G
6¾ Eurofima 87	99,5G	99,5G
10 dgl. 89	107G	107G
6 EIB 88	92G	92G
6½ Lufthansa 86	97,75G	97,75G
6 Montanunion 90	93,5G	93,5G
6½ Ö. Ko. Bk. 84	99,5G	99,5G
7½ Parker-H. 87	97,5G	97,5G
8 S. A. R. 83 I	100G	100G
8 dgl. 83 II	99,9G	99,9G
7½ Schweden 89	97,5G	97,5G
6¾ Weltbank 83	100,25G	100,25G
6½ dgl. 85	99G	99G
7½ dgl. 87	100,1	100,1
7¾ dgl. 90	100	100
9 dgl. 88	103,5G	103,5G
8½ dgl. 88	103G	103G
7¾ dgl. 88	101,75	101,75
9¼ dgl. 89	105G	105G
8 dgl. 90	101,25G	101,25G
11 dgl. 91	113,5G	113,5G

Ausländische Aktien

	23. 3.	22. 3.
F L'Air Liquide	–	–
D Akzo	48,3	48,3
F Alcan	72	72G
F Alcoa	78G	80
F Alg. Bk. Nedld.	316	318
F All Nippon Air	3,55G	3,55G
F Amax	58	58
F Am. Cyanamid	98	95
D American Expr.	136T	135T
D Am Motors	17,2	17
F Am. T & T	159G	159,5
F Amro Bank	50,8	50,5
M Anglo Am. Gold	262	266,6
F Anglo Am.m.O.	44,5	45,2
F dgl. o.O.	45	43
F Arbed	59T	59T
F Asahi Chem.	3	2,95bG
M Atl. Richfield	91,45	93,75
H Atlas Copco	41T	42T
M Avon	77,4	77,5
F Ball Canada	17,6	18
F Banco Central	27,3	27
F Banco de Bilbao	22,5	23,1
F Banco de Santander	19,5	19,5
F Banco de Vizcaya	32	32
F Banco Hisp. Americ.	22,5	22,5
D Beatrice Foods	62G	60,5G
D Bell Canada	49G	48,5G
F Black & Decker	47,9	46T
F Boeing	91,7	90,5
F Bowater	6,7	6,85
D BP	11,9	11,75
M Broken Hill	15,4	15,45
F Bull	14,7	14,5
F Cdn. Pacific	83,5	81bB
F Canon	13,05	13,05
F Casio Comp.	10,6	10,8G
F Caterpillar	104	101,3
D Ch. Manhattan	125	124G
F Chrysler	40,1	40,5bG
M Citicorp.	99,8	99,45
F City Investing	78	76
F Coca-Cola	120	118G
D Colgate	53T	51,5bG
F Cons. Gold F.	17,5	17,7
D Cont. Group	93G	91G
F Control Data	117,9	116,5
F Courtaulds	–	–
M CRA	9,5	9,45
M CSR	5,5	5,45
F Dart & Kraft	170	168,5
M De Beers Cons.	17,2	17,4G
F Deere Comp.	83	80,1bG
F Diam Shamr.	55	57
M Digital Equipm.	300	309
M Disney Prod.	181	178
F Distillers	–	–
M Dome Petroleum	6,7	6,9
D Dow Chemical	69,4	71,6
D Dresser	38,5	39
F Dunlop	–	–
D DuPont	96,5	96,5
M East Drief. Gold	71,5	74,4
D East Air Lines	22	22
F Eastman Kodak	206	210
F Elf Aquitaine	41,5	41,9
F Enbart	112G	117G
D Ericsson	124T	125T
D Esmark	153T	155T
D Exxon	72,5	75,3
D Fiat St.	4,95	4,9
D dgl. Vz.	3,8	3,75
F Finsider	0,11	0,11
D Fisons	18G	19G
M Fluor	51,5B	51,4
D Ford	96,5	97,9
F Foseco Minsep	5,3	5,3G
F Fujitsu	10,35	10,05
F General Electric	247	245
F General Mining	62	61bG
D General Motors	147,5	148
D Gen. Shopping	550G	550G
M Getty Oil	131,35	135,8
D Gevaert	–	96T
F Goodyear	69,5	72,3
H Grace	98G	98G
D GKN	6bG	5,8
F Gulf	75,5	75,1
F Highveld m. St.	12G	12G
F dgl. o. St.	10,65	10,6
F Hitachi	819	819
M Holiday Inns	97,5	95,35
F Homestake	61	63
D Hoogovens	20,2	20,4
F IBM	240	242,3
F ICI	14,2	14,6bG
M Imperial Oil	55	55
F Inco	32	32
F Int. T & T	84,3	84,2
D Istituto Fin.	9T	8,5T
F Italcementi	71	71
F Izumiya	6,5T	6,3G
F Japan Line	1,8	1,85
D Jusco	5,7T	5,7T
F Kawasaki Kisen	1,45G	1,5
F Kawasaki Steel	1,6	1,45G
M Kloof Gold Min.	104	105,2
F Komatsu	5,05	5
D KLM	148	148G
F Kubota	3,15T	3,1T
D Lafarge	–	–
D Litton Ind.	137	136TG
F Lone Star	85	77
D LTV	32,5	33,1
M M.J.M. Hold.	18	17,5
F Magneti Marelli	1,5	1,5G

	23. 3.	22. 3.
D Marubeni	3G	2,9G
F Marudai Food	5,8G	5,75G
D Matsushita El.	13,5	13
M McDonald's	169,3	–
M Merill Lynch	190	188
F McDonnell D.	129G	119,5
D Minnesota M.	188T	187T
D Minolta Camera	5T	4,9T
F Mitsubishi Chem.	2,45G	2,45
F Mitsubishi El.	3,7T	3,7T
F Mitsui Bk.	4,6G	4,6G
F Mitsui & Co.	3,6G	3,6G
F Mitsui Engin.	1,5T	1,5T
F Mitsui O. S. K.	2G	2G
F Mitsumi El.	4,8T	4,85bB
H Mobil Oil	65G	64G
F Monsanto	209G	209G
F Montedison	0,24	0,24
F Murata	16,8G	16,8G
M Nat. Semicond.	69	70,8
D Nat. Westminster	19,5T	19,6
F Nestlé	4530	4550
D Nikko Sec.	4,2	4,2bB
F Nippon El.	10,3	10,3
F Nippon Kokan	1,45T	1,4T
F Nippon Shinpan	8,1T	8,3T
F Nippon Yusen	2,6G	2,6G
F Nissan Motor	7,7G	7,7
F Nisshin Steel	1,45	1,45
F Nissho - Iwai	3G	3G
F Norsk Hydro	102	102,2
F Norton Simon	56G	57,5G
H Occ. Petroleum	45	45
D Océ v. d. Grint	162T	162T
F Olivetti Vz.	4,85	4,9
F Olympus Optical	12,2	12G
H v. Ommeren	22	21G
F Omron Tateisi	12,1	11,9
F Pakhoed	46,8	45,2
M PanAm	13,28	13,4
M Pepsi	87,7	86,4
F Pernod-Ricard	153	150G
F Peugeot	61,9	59
F Philip Morris	152,5	150
H Philips	36,2	35,2
D Phoenix Ass.	10,5G	11G
F Pirelli	3,1	3,15
M Polaroid	73,4	73,4
M Prime Computer	101	102
F Procter & G.	146,8	140
D Ramada Inns	17,7G	17,9G
F Rank Org.	5,3	5,45
F Ricoh	7,45	7,2
F Rio Tinto NA-St.	18,6	18,7
H Robeco	239,5	240
F Rockwell	119,5	121
H Rolinco	225	223
F Rorento	166,8	166
F Rothmans Int.	4,1G	4,2
H Royal Dutch	92,2	91,8
F Sanko Steamship	2G	2G
F Sankyo Electric	4,6G	4,6G
M Santos	9,3	9,3
F Sanyo Elec.	4,9	4,9T
F Sanwa Bk.	4,7G	4,7G
M SASOL	8,5	8,45
F Schlumberger	95	96,8
F Schw. Alum.	739	705
F Schw. Bankverein	306	300,4
M Sears, Roebuck	85,6	87,7
F Seiyu Stores	6,7	6,8G
F Sekisui Prefab.	7,1G	7,1G
F Selected Risk	28G	27G
H Shell T & T	16G	16G
D Singer	60	60G
F Snia Viscosa	1,73	1,73
D Solvay	–	115,8
D Sony Corp	37,5	38
D Sperry Corp.	84	83
F Squibb	121G	123
F Stanley Elec.	4,7T	4,9T
F Steyr-Daimler-P.	23,4	23,4
F Sumitomo Heavy	1,6T	1,65T
D Sumitomo Metal	1,55G	1,5G
F Sumitomo Shoji	4,35G	4,35
D Sun	75G	75G
F Swissair	952	949
F Taisei Kens.	2,4G	2,5bB
M Tandy	132	135
F Tenneco	81	80,5
D Texaco	75,1	78,5
D Thomson-CSF	60G	59,5G
D Thorn Emi	18,2G	17G
D Tokyo Pac	210G	210G
F Tokyo Sanyo El.	5,2T	5,2G
F Trio Kenwood	5,35G	5,2
F TRW Inc.	161	157
D Toray	3,6G	3,6G
D Toshiba	3,4G	3,35G
D UAL	84G	83
H Unilever	189	187,5
F Union Carbide	142	143,5
D Uniroyal	28,5	28,5
F United Techn.	161	160
F US Steel	54,5	54
M Vaal Reefs Expl.	234	232
F Veitscher Magn.	–	–
D Vmf-Stork	60	59
D Volvo A	127T	127T
D dgl. Nam B	127G	127G
F Warner Commun.	70,5	70
F Warner Lambert	79	76,5
F Wells Fargo	70,2	72
M Western Deep L.	119	121B
M Western Mining	8,8	8,8
F West.-Utrecht H.	101	91,1
D Xerox Corp.	97	97

Warenpreise – Termine

Während Gold am Dienstag an der New Yorker Comex etwas schwächer schloß, konnte sich Silber gut behaupten. Größere Gewinne verzeichnete dagegen Kupfer, uneinheitlich notierte Kaffee. Fester ging Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

	22. 3.	21. 3.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	346,00	346,00
Mai	354,75	355,00
Juli	364,00	362,75
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board of	22. 3.	21. 3.
St. Lawrence 1 CW	242,61	[illegible]
Amber Durum	227,15	222,21
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	113,30	113,30
Mai	116,40	116,70
Juli	120,10	120,20
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	106,00	104,70
Mai	99,70	99,50
Juli	97,40	97,40
Hafer Chicago (c/bush)	22. 3.	21. 3.
März	160,25	160,00
Mai	163,00	165,75
Juli	169,00	171,50
Mais Chicago (c/bush)		
März	291,25	291,25
Mai	301,00	300,00
Juli	308,00	307,75
Gerste Winnipeg (can. $/t)	22. 3.	21. 3.
März	103,00	102,70
Mai	102,80	102,10
Juli	103,30	102,70
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	22. 3.	21. 3.
März	9,93	9,93
Mai	10,28	10,20
Juli	10,48	10,38
Sept.	10,45	10,44
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
März	18,25	18,35
Mai	18,50	18,40
Sept	18,50	18,40

Genußmittel

	22. 3.	21. 3.
Kaffee		
New York (c/lb)	22. 3.	21. 3.
Terminkontr. März	125,25	123,50
Mai	123,60	123,70
Juli	122,80	123,50
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Mai	1695	1661
Juli	1735	1698
Sept	1765	1727
Umsatz	3625	5000
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	6,70	6,68
Juli	7,00	6,95
Sept	7,28	7,25
Okt	7,54	7,52
Jan	8,05	8,10
Umsatz	6893	5128
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	22. 3. / 6,14	21. 3. / 6,15
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	22. 3.	21. 3.
Kontr. März	1830–1832	1802–1820
Mai	1837–1838	1810–1813
Juli	1695–1697	1671–1672
Umsatz	3391	5477
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt März	1242–1248	1230–1231
Mai	1256–1257	1243–1244
Juli	1274–1275	1264–1266
Umsatz	2972	–
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Mai	116,80–116,90	116,15–116,20
Aug.	124,30–124,40	123,85–123,95
Okt	131,00–131,25	130,30–130,40
Dez.	137,00–137,25	136,25–136,75
März	146,25–146,30	145,40–145,75
Mai	149,25–152,75	148,00–150,00
Umsatz	3437	1660

	22. 3.	21. 3.
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez	[illegible]	[illegible]
weißer Sarawak	[illegible]	[illegible]
weißer Muntok	360,00	360,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	22. 3.	21. 3.
Mai	113,40	[illegible]
Juli	111,50	[illegible]
Sept	109,85	[illegible]
Nov	107,25	107,60
Jan.	104,25	104,60
Umsatz	[illegible]	500

Öle, Fette, Tierprodukte

	22. 3.	21. 3.
Erdnußöl		
New York (c/lb)	22. 3.	21. 3.
Südstaaten fob Werk	23,50	23,50
Maisöl		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	20,50	20,50
Sojaöl		
Chicago (c/lb) März	17,49	17,58
Mai	17,57	17,[illegible]
Juli	17,95	18,20
Aug	18,12	18,36
Sept.	18,25	18,52
Okt.	18,47	18,70
Dez.	18,95	19,05
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	18,50	18,50
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	16,25	16,00
Choise white hog 4% fr. F.	15,00	14,87
Talg		
New York (c/lb)		
top white	15,50	15,50
fancy	15,00	15,00
bleichfähig	14,50	14,50
yellow max. 10% fr. F	13,00	13,00
Schweine		
Chicago (c/lb)		
April	49,57	51,17
Juni	53,35	54,85
Juli	53,70	55,20
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
März	73,70	75,70
Mai	74,30	75,40
Juli	74,25	76,42

	22. 3.	21. 3.
Häute		
[illegible]	22. 3.	21. 3.
[illegible]	42,[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
März	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	[illegible]
Juli	[illegible]	[illegible]
Aug	[illegible]	[illegible]
Sept	[illegible]	[illegible]
Nov	[illegible]	[illegible]
Jan	[illegible]	[illegible]
Sojaschrot		
Chicago ($/t)		
März	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	[illegible]
Juli	[illegible]	[illegible]
Aug	[illegible]	[illegible]
Sept	[illegible]	[illegible]
Okt	193,50	[illegible]
Dez	[illegible]	[illegible]
Leinsaat		
Winnipeg (can. $/t)	22. 3.	21. 3.
März	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	[illegible]
Juli	339,50	[illegible]
Kokosöl		
New York (c/lb)	22. 3.	21. 3.
Westküste fob Werk	27,50	[illegible]
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	23. 3.	22. 3.
jegl. Herk. cif	475,00	[illegible]
Leinöl		
Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	377,50	375,[illegible]
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	[illegible]	[illegible]
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	[illegible]	107,50
Kopra		
Rotterdam ($/t)		
Phil. Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	495,00	485,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	[illegible]	247,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	22. 3.	21. 3.
Baumwolle		
[illegible]	22. 3.	21. 3.
[illegible]	[illegible]	74,50
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	73,25
[illegible]	72,50	73,55
Kautschuk New York		
[illegible]	84,75	84,75
Wolle		
[illegible]	22. 3.	21. 3.
März	[illegible]	–
Mai	394–399	397–406
[illegible]	[illegible]	410–416
Umsatz	[illegible]	49
Wolle		
[illegible]	22. 3.	21. 3.
Mai	43,50	43,60
[illegible]	44,[illegible]	44,30
Okt	45,20	45,20
Dez	45,50	45,50
Umsatz	[illegible]	42750
Wolle Sydney		
Merino-Schweißwolle Standardtype	22. 3.	21. 3.
März	555,0–560,0	554,0–555,0
Mai	5[illegible]–5[illegible],0	565,0–570,0
[illegible]	555,0–552,0	559,0–590,0
Umsatz	197	160
Sisal London ($/t)		
[illegible]	22. 3.	21. 3.
East African 3 long	670,00	670,00
[illegible]	540,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokohama (Y/kg)		
AAA ab Lager	22. 3.	21. 3.
März	14 052	–
Apr	14 179	–
Kautschuk		
London (p/kg)	22. 3.	21. 3.
Nr. 1 RSS loco	76,50–77,50	76,00–78,00
Apr	75,30–75,50	76,00–78,50
Mai	75,30–76,50	77,20–79,00
Juni Sept	76,30–75,40	77,00–77,90
Tendenz: etwas stetiger		

	22. 3.	21. 3.
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	22. 3.	21. 3.
Nr. 1 RSS loco	235,50–239,50	239,00–240,00
Apr.	243,50–244,50	245,50–245,00
Mai	254,00–256,00	255,50–256,50
Nr. 2 RSS Apr.	236,50–238,50	236,50–237,50
Nr. 3 RSS April	232,50–233,50	233,50–234,50
Nr. 4 RSS Apr.	225,00–226,00	226,00–227,50
Tendenz: stetiger		
Jute London (£/lgt)	22. 3.	21. 3.
BWC	414,00	414,00
BWD	360,00	360,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troy-unze (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 Pf. = 76 WD = [illegible], BTC = [illegible], BTD = [illegible].

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	23. 3.	22. 3.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	104,29–104,46	104,28–104,45
drittfolg. Monat	108,18–108,35	108,19–109,36
Zink: Basis London		
laufend. Monat	153,16–163,34	162,10–162,28
drittfolg. Monat	168,57–168,66	167,77–167,95
Produz.-Preis	182,05	180,41
Reinzinn 99,9%	3491–3525	3454–3519

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	23. 3.	22. 3.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	377,94–380,06	379,15–361,30
Blei in Kabeln	112,00–113,00	112,00–113,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370–372	370–372
Vorgezogenes	387	387

* Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller

Messingnotierungen

	23. 3.	22. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	322–325	322–325
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	362–364	362–364
MS 63	361–363	362–364

Zinn-Preis Penang

	22. 3.	21. 3.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring. kg)	30,51	30,53

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	23. 3.	22. 3.
Leg. 225	297–301	297–301
Leg. 226	300–303	300–303
Leg. 231	338–347	338–347
Leg. 233	353–364	353–364

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	23. 3.	22. 3.
Platin (DM je g)	33,30	33,508
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	32 500	33 100
Rücknahmepr.	31 700	32 300
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	32 410	32 990
Rücknahmepr.	31 440	32 000
verarbeitet	34 020	34 620
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 340	32 710
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	810,70	832,00
Rücknahmepr.	782,30	802,90
Verarbeitet.	846,70	868,90

Internationale Edelmetalle

	23. 3.	22. 3.
Gold (US-$/Feinunze)		
London	23. 3.	22. 3.
10.30	413,00	420,75
15.00	410,00	421,25
Zürich mittags	408,50–408,50	421,50–422,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	96 800	97 050
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	700,55	718,95
3 Monate	718,45	737,15
6 Monate	734,95	755,15
12 Monate	770,00	790,50
Platin (£-Feinunze)		
London	22. 3.	21. 3.
fr. Markt	270,55	268,60
Palladium (£-Feinunze)		
London 1 Händlerpr.	67,25	66,90

New Yorker Preise	22. 3.	21. 3.
Gold H & H Ankauf	42[illegible],25	41[illegible],50
Silber H & H Ankauf	105[illegible],00	1031,00
Platin fr. Händlerpr.	400,00–4[illegible],00	400,00–405,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	99,00–101,00	99,00–101,00
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c/Feinunze)		
März	1053,00	1052,00
April	1051,50	1051,50
Mai	1062,00	1060,00
Juli	1078,00	1080,00
Sept	1095,50	1095,00
Dez	1120,00	1130,00
Jan.	1131,50	1135,50
Umsatz	19 000	22 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	22. 3.	21. 3.
März	71,15	72,60
April	71,[illegible]	70,55
Mai	72,00	71,35
Juli	72,60	72,75
Sept	74,95	74,25
Dez	76,70	76,15
Jan	77,30	76,[illegible]
Umsatz	10 000	18 000

Londoner Metallbörse

	23. 3.	22. 3.
Aluminium (£/t)		
Kasse	862,50–863,50	861,00–862,00
3 Monate	890,00–891,00	888,50–889,00
Blei (£/t) Kasse	294,00–294,50	294,50–295,00
3 Monate	305,00–305,50	305,50–306,00
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1052,5–1053,5	1056,5–1057,0
3 Monate	1085,3–1085,5	1087,5–1088,0
abends Kasse		1054,5–1056,5
3 Monate		1086,5–1087,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1031,0–1031,5	1032,5–1033,0
3 Monate	1062,0–1062,0	1063,0–1064,0
Zink (£/t) Kasse	460,00–460,50	457,50–458,00
3 Monate	475,25–475,50	473,25–473,50
Zinn (£/t) Kasse	9140–9143	9135–9140
3 Monate	9157–9160	9150–9155
Quecksilber ($/Fl.)	–	325–340
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	95–98

FINANZANZEIGEN

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Klaus Müller; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch
Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich R. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogota: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Precheit

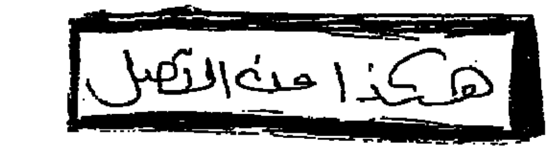
Herstellung: Werner Koziak

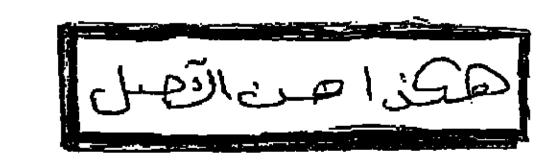
Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.





Ab nach Karlsruhe!

erth. – Beileibe möge man kein Querulantentum darin sehen, geschweige denn einen unstandsgemäßen Reklamecoup, in jenem spektakulären Vorprellen zweier Hamburger Rechtsanwältinnen nämlich bis „nach Karlsruhe". Doch der Beschwerdegrund und die angehängte Argumentation, sich durch das Gesetz über die Volkszählung in ihrem „Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit" sowie im „Grundrecht auf freie Meinungsäußerung" verletzt zu fühlen, deuten nicht nur auf ein bemerkenswertes Selbstverständnis hin, sondern eröffnen auch ganz neue Perspektiven: Ein jeder könnte sich nun aufgefordert fühlen, seinen Unmut mal eben an die allerdickste Glocke zu hängen.

Denn vermutlich gibt es in diesem Land nicht wenige, die den ewigen Rechtsverkehr auf Chausseen und Autobahnen, begründet durch die Straßenverkehrsordnung und übergeordnete Gesetze, gründlich satt haben und endlich mal so richtig schick links steuern würden. Ganz sicher bedeutet es für so manchen auch einen Stachel in seinem freiheitsdurstigen Gemüt, beim Verlassen des Landes seinen Personalausweis oder den Paß vorzeigen und mithin dem Kontrolleur seine staatsbürgerliche Identität aufdecken zu müssen. Also, nichts wie hin zum Bundesverfassungsgericht!

Von anderen ganz zu schweigen, denen etwa Gesetze und Verordnungen zur staatlichen Förderung von kulturellen Aktivitäten auf schmerzhafteste Weise ihr Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit" verletzen – wenn da landweit und in Permanenz forsch-progressive Regisseure Klassikertexte, von Kleist bis Shakespeare, auf arrogante Weise fehlinterpretieren oder bewußt verfälschen. Oder wenn der Leiter einer Berliner Staatlichen Ausstellung immer wieder ganz plump und konsequenzlos ideologische Indoktrination auf Kosten des Steuerzahlers betreiben darf... Man buht und pfeift fortan nicht mehr, sondern geht einfach „nach Karlsruhe".

Hörspielpreis der Kriegsblinden: Gert Hofmann siegt mit der „Brautschau"

Die Frieda aus der Wäscherei

Der Hörspielpreis der deutschen Kriegsblinden, im deutschsprachigen Raum für diese Kunstgattung sicher die begehrteste Auszeichnung, geht in diesem Jahr an ein Opus, dem nach gängiger Ansicht wichtige Eigenschaften der Preiswürdigkeit fehlen. Es ist weder innovatorisch noch emanzipatorisch, weder zeitkritisch noch besonders mutig. Es ist einfach nur schön.

Dennoch und deswegen wählten 18 der 19 Juroren unter den insgesamt 25 eingereichten Hörspielen des Jahres 1982 ohne großes Zögern Gert Hofmanns am 22. Mai 1982 im NDR 3 gesendetes Werk mit dem etwas gespreizt klingenden Titel „Die Brautschau des Dichters Robert Walser im Hof der Anstaltswäscherei von Bellelay, Kanton Bern".

Zum Autor: Hofmann, 1931 in Sachsen geboren, in Erding bei München wohnhaft, arbeitet als Schriftsteller und Literarhistoriker. Als Hörspielautor wurde er mehrfach ausgezeichnet (u. a. 1980 mit dem Preis der RAI für „Die Überflutung"). Wissenschaftlich hat sich Hofmann stark mit Leben und Werk des schweizerischen Dichters Robert Walser (1878–1956) beschäftigt.

Zum Hörspiel: Es gestaltet die historisch belegte Begegnung Walsers mit der Wäscherin Frieda Mermet, die ihn auf eine linkisch rührende Weise bewundert. Beide wünschen sich (unausgesprochen) eine Liebesbeziehung. Aber sie verfehlen einander in ihren Gefühlen und in ihrer Sprache. Am Ende retiriert das schon etwas ältliche Mädchen wieder in die Rolle der bewundernden Leserin, der Dichter wieder in seinen aus Angst, Eitelkeit und Ästhetizismus zusammengesetzten Autismus.

Es ist ein Balanceakt auf dem Hochseil der reinen Poesie zwischen den Gefahren des Kitsches und der Komik. Hofmann verwendet Texte von Walser – aber so meisterhaft, daß sie nirgends deklamiertes Zitat werden – wie überhaupt der Hörer Namen und Werk Robert Walsers nie zuvor gehört haben muß, um den Zauber dieses zarten Dialoggeflechts zu erfassen.

Für die beiden Hauptpersonen, dargestellt durch Alfred Eich und Miriam Spoerri, schreibt der Autor „wenigstens andeutungsweise schweizerischen Dialekt" vor. Das hätte statt der beabsichtigten Stimmung einer sozusagen windstillen, zeitlosen Poesiewelt vor 1914 leicht falsche folkloristische oder gar persiflierende Töne hineinbringen können. Hans Rosenhauers Inszenierung hat dieses Risiko sorgfältig vermieden. Vor allem aber bleibt Miriam Spoerri in der aus Einfalt, ungestillten Sehnsüchten und doch wieder kleinbürgerlich-praktischer Klugheit komponierten Rolle der Frieda lange im Gedächtnis haften.

Natürlich darf man fragen, ob der Preisträger des Jahres 1982 nun die Gattung Hörspiel entscheidend weitergebracht hat. Sicher ist, daß die feine Balance dieses Textes nur so, und nicht etwa auf der Bühne, durchgestanden werden kann. Die Fallgruben der Lächerlichkeit sind im Theater tiefer. Schon ein zu lauter Lacher kann da die Atmosphäre zerstören. Gerade in diesem schwierigen Bereich hat der Hörfunk mit seiner Diskretion zwischen Werk und Hörer unvergleichliche Möglichkeiten. Aber ein Hörspieltrend ist mit Hofmanns preisgekröntem Opus nicht angezeigt. Überhaupt scheint es riskant, von einem Trend zu reden.

Äußerlichkeiten, ja. Gleich vier unter den 25 Hörspielen greifen verarbeitend, präludierend auf Dichter und deren Werke aus vergangenen Epochen zurück: Enzensberger („Ein wahres Hörspiel", SFB) auf Diderot, Joachim Walther („Candide oder Hoffen lernen", RIAS) auf Voltaire und die halbe abendländische Kulturgeschichte und vor allem Christa Wolf („Kein Ort. Nirgends", WDR), die eine historisch nicht belegte Begegnung Heinrich von Kleists mit Karoline von Günderode unter Verwendung von Zitaten zu einem sprachlich sehr eindrucksvollen Disput über Staat, Freiheit, Zwänge und Verzweiflung gestaltet.

Aber das ist alles sehr literarisch, fast schon ein Dialog unter Denkmälern, zudem durch den WDR seinerzeit durch die Einordnung in die Serie „Schon gestern war heute" allzu zielfertig in den aktuell politischen Bezug hineingezerrt. Eine Sitte, die unter dem modischen Motto „Thematisierung" leider auch in anderen Sendern um sich greift.

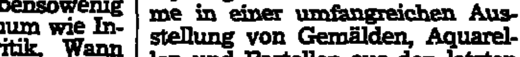
Eine besondere Anerkennung sprach die Jury dem Hessischen Rundfunk und seinem Autor Jürgen Geers für das Hörspiel „Der Meinungscontainer" aus. Hörspiel? Eigentlich schon wieder nicht. Die Idee war: Man stellte bei der „documenta" in Kassel in einer Zelle ein Mikrofon auf, in das Passanten ihre Gedanken und Meinungen hineinformulieren sollten. Dies wurde dann später ihnen und anderen wieder vorgespielt.

Der Eindruck des Hörers schwankt zwischen Staunen, Widerwillen, Entsetzen, Nachdenklichkeit, auch Rührung. Naziparolen, Haß, von den Medien vorgekaute Sprechblasen, daneben staunenswerte Dialoge vor allem junger Menschen über Gott und den Sinn des Lebens. Aus 100 km Tonband wurden anderthalb Stunden zusammengeschnitten, weder repräsentativ noch erkennbar nach künstlerischen Kriterien. Nicht einmal regelrechter O-Ton ist das, weil die Menschen ausdrücklich zur „Produktion", zur Selbstinszenierung aufgefordert wurden.

Dennoch scheint dieses Hörfunkexperiment nicht nur legitim, sondern auch aufschlußreich und wichtig zu sein. Warum als Hörspiel? Ganz einfach – weil kein anderes Ressort es machen wollte. Und das führt zu einem allgemeinen Problem der Gattung Hörspiel. Einerseits verliert sie in den Funkhäusern an Boden (was man angesichts vieler mit heißer, modischer Nadel fabrizierter Machwerke und der Hörerzahlen von teilweise unter 1 Prozent nicht unbedingt absurd finden muß). Vor allem die zunehmende Regionalisierung, die teilweise die Vielfalt der Programmfarben durch eine regionale Vielfalt des stets Gleichen (Magazine, Live-Unterhaltung) zu ersetzten droht, nimmt den Hörspielredaktionen zunehmend Platz und Einfluß.

Auf der anderen Seite wird das Hörspiel immer häufiger zu einem Sammelsurium der Mischformen. Fast hat man den Eindruck, alles, was länger ist als 15 Minuten, werde mancherorts unbesehen unter „Kunst und Kultur" abgelegt. Die Autoren machen offenbar mit: Mehr als die Hälfte der den diesmal in Hamburg tagenden Juroren vorliegenden Hörspiele dauert länger als eine Stunde (übrigens auch das des Preisträgers). Doch Länge und Unverdaulichkeit ist ebensowenig ein künstlerisches Signum wie Innovation oder Zeitkritik. Wann kommt der Tag, an dem die Kriegsblinden ihren Preis einem Nachmittags-Kurzhörspiel verleihen können?

JOACHIM NEANDER



Kann sich mit Bonnard messen: „Portrait eines jungen Mannes im Mantel" von Damia Jaume FOTO: DIE WELT

Hamburg: Levy zeigt spanischen Maler Jaume

Verschleiert, verklärt

Der Hamburger Galerist Thomas Levy hat in den letzten Jahren mehrere beachtliche Maler aus dem spanischen und lateinamerikanischen Raum herausgebracht, die einen traditionsbezogenen minutiösen Realismus voller Symbolik, Poesie und Malkultur vertreten. Zu ihnen gehören der aus Chile stammende Claudio Bravo, in dessen Schaffen sich Stilelemente der italienischen Hochrenaissance mit einem stimmungsvollen Hyperrealismus paaren, und der Spanier Cristobal Toral, der Bildideen von Velazquez in eine gegenwartsnahe Form und Thematik übertrug. Nach Bravo (1981) und Toral (1982) präsentiert Levy nun den 32jährigen Katalanen Damia Jaume in einer umfangreichen Ausstellung von Gemälden, Aquarellen und Pastellen aus den letzten drei Jahren.

Auch der 1949 in Palma de Mallorca geborene und an der dortigen Kunsthochschule lehrende Damia Jaume wurzelt in einer traditionsbewußten, realistischen Bildkonzeption vergangener Jahrhunderte, ohne dabei die von Angst und Skepsis erfüllte Wirklichkeit unserer Gegenwart zu verleugnen. Seine Bilder sind in seltsam blassen Tönen und verschwimmenden Konturen gemalt, und zwar in einer eigenständigen Mischtechnik aus Ölfarbe, Aquarell und Pastell, in der die Elemente des Zeichnerischen und des Malerischen unlöslich verschmelzen. Manche Werke erinnern von fern an die Daguerrotypien des französischen Malers Louis Daguerre, mit denen sie ihre matte Tonigkeit und oszillierende Unschärfe teilen.

Immer wieder malt Jaume eigentümlich isoliert anmutende Menschen im fast leeren Raum, die allein, zu zweit oder in starren Gruppen vor einem Fenster, vor einer Kommode, neben einem Schrank oder einem Bett stehen. Auch „Typen" unserer Zeit wie ein junger Rocker neben seiner Stereoanlage oder ein Matrose in einem Pissoir gehören zu den Motiven, die der Maler unter dem sanften Hauch eines Nebelschleiers schildert und so in nostalgische Ferne entrückt.

Groß ist die Zahl der männlichen Akte, mit denen Jaume offensichtlich eine in Spanien bis heute noch weitgehend tabuisierte Bildgattung durchzusetzen beabsichtigt. Doch auch hier sind es die bildnerischen Elemente einer Verschleierung und Entrückung, die sie aus der Ebene des Banalen herausheben und in malerisch verklärte Schönheit transponieren. Im Interieur mit einem nackten Paar aus dem Jahre 1981 erreicht der Künstler mit seiner von Zärtlichkeit durchpulsten diffusen Palette eine Malkultur, die sich mit Bonnard messen kann.

Auf der anderen Seite gibt es aber auch Mädchenbildnisse und Genreszenen, Gartenbilder und Blumenstilleben, die in ihrem süßlich-nostalgischen Ambiente in die Salonmalerei des 19. Jahrhunderts zurückweisen. Doch mit der immanenten Sehnsucht nach einer verlorenen Zeit paart sich im Schaffen von Jaume stets eine mediterrane, sinnenhafte Hinwendung zur eigenen Gegenwart, deren Angst und Melancholie, Elend und Hoffnung in verklärende Nebelschleier getaucht erscheinen (bis 23. April, Katalog 10 Mark).

HANNS THEODOR FLEMMING

JOURNAL

Stifterverband legt neues Handbuch vor

hy. Essen

306 große gemeinnützige Förderstiftungen und stiftungsähnliche Institutionen der Bundesrepublik Deutschland präsentieren sich mit ausführlichen Informationen über ihre Struktur und ihre Aktivitäten in dem neuen vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft herausgegebenen „Stiftungshandbuch", das in diesen Tagen im Nomos-Verlag, Baden-Baden, erschienen ist. Dem Stifterverband ging es bei der Herausgabe vor allem darum, den gerade gegenwärtig sich mehrenden Fragen aus einer breiten Öffentlichkeit nach Förderungsmöglichkeiten entgegenzukommen. In das Handbuch aufgenommen wurden Stiftungen mit einem Vermögen von mindestens 1 Million Mark oder jährlich zur Verfügung gestellten Mitteln von 50 000 Mark und mehr.

Warschauer Königsschloß ist wiederhergestellt

JGG. Warschau

Der Wiederaufbau des Warschauer Königsschlosses ist nach mehr als zwölf Jahren abgeschlossen. Am Wiederaufbau waren mehr als 100 Unternehmen und wissenschaftliche Institute sowie 4000 hochkarätige Spezialisten beteiligt. In 120 Sälen sind jetzt 18 000 Kunstwerke untergebracht, darunter auch Gaben aus der Bundesrepublik. Die polnische Kultur wird hier dargestellt von der Zeit der Herzöge von Masowien bis zum Günstling der Zarin, König Stanislaus August Poniatowski.

Straßburger Filmfestival über „Recht auf Leben"

dpa, Straßburg

„Recht auf Leben" ist das Thema des elften Internationalen Filmfestivals der Menschenrechte, das in Straßburg begonnen hat. Rund 50 Beiträge sollen den Artikel Nr. 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 filmisch illustrieren: „Jedermann hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person." 13 dieser Filme werden uraufgeführt. In der Kategorie „Information" läuft unter anderem „Die weiße Rose" von Michael Verhoeven über die Geschwister Scholl.

Farb-Design-Preis erneut ausgeschrieben

DW. Stuttgart

Zum zweiten Mal wurde jetzt der „Farb-Design-Preis" für 1983/84 ausgeschrieben. Ziel dieses Wettbewerbs ist es, einen Beitrag zur Farbästhetik im angewandten Bereich zu leisten. Ausgezeichnet werden deshalb „hervorragende Leistungen der Farbanwendung" von der Architektur des Außen- und Innenraumes über Industriedesign bis zur Farbdidaktik durch Farbskalen und Farbsysteme. Der Preis ist insgesamt mit 40 000 Mark dotiert, die Aufteilung bleibt der Jury überlassen. Die Arbeiten müssen bis 1. Dezember dem Design Center Stuttgart (Kienestr. 18) vorliegen.

Erinnerung an den Verleger F. Nicolai

DW. Wolfenbüttel

Aus Anlaß der 250. Wiederkehr des Geburtstages von Friedrich Nicolai zeigt die Herzog August Bibliothek in Wolfenbüttel eine Ausstellung, die an die schriftstellerische und verlegerische Tätigkeit des preußischen Buchhändlers aus Berlin erinnert. Den Schmähungen von Goethe und Schiller, die in ihm einen Verfasser „unerschöpflicher Plattheiten" sahen, dessen Werk „Blähungen treibe", standen auf der anderen Seite Komplimente und Feundschaften gegenüber. Friedrich d. Gr. und Katharina von Rußland waren seine Fürsprecher, Moses Mendelssohn und Lessing seine Freunde. So wurde Nicolai (1733–1811) mit seinen beiden Großunternehmungen, „Briefe die neueste Litteratur betreffend" und der „Allgemeinen deutschen Bibliothek", der wohl berühmteste Verleger der Aufklärungszeit. (Bis 1. Mai, Kat. 18 Mark)



Nach einer Zeichnung von Daniel Chodowiecki: Friedrich Nicolai (1733–1811) FOTO: KATALOG

I. Winogradow tot

AP, Moskau

Der sowjetische Mathematiker Iwan Winogradow ist nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Tass im Alter von 91 Jahren gestorben. Winogradow hat sich vor allem bei der Entwicklung neuer Methoden in der analytischen Zahlentheorie verdient gemacht, die auch für andere Bereiche der Mathematik von Bedeutung waren. Winogradow leitete das Institut für Mathematik der sowjetischen Akademie der Wissenschaften.

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Schweizer Monatshefte

Knut Hamsuns Ausfälle

nwillkürlich sagt man „Immer auf die Kleinen", wenn man ieckt, daß auch kleine Länder mositäten zu erregen vermö. Sogar die brave Schweiz kt Abneigungen, die über den malen Neid gegen den Reichen vom Krieg Unberührten hingehen. Diese antihelvetischen kte bleiben meist unterschwel oder tarnen sich folkloristischlich. (Der Norddeutsche sagt n „Grützi-grützi" statt „grüezizi".)

ie und da aber gibt es temperamtvolle Prominente, die offen allern. So hat der philosophiele Baltengraf Hermann v. Keyng sehr gegen die angebliche teliersmentalität" aller weizer gewettert, obwohl er von einzelnen Mäzenen aus ich und Lausanne gerne vermen ließ. Und, ebenfalls zwin den beiden Kriegen, soll t Hamsun sogar von dem „klei- Sch... volk oben in den Al- gesprochen (oder gar gelieben) haben.

iese Invektive ist den Schwei besonders nachgegangen, und che von ihnen werden deshalb r die Behandlung des großen hters durch seine norwegin Landsleute nach 1945 nicht de entrüstet gewesen sein. s analoge Problem wurde den weizern durch die Fliegerbomrspart, die ihren letzten großen ker, Jakob Schaffner, kurz vor gende in Straßburg traf.) Das wierige war allerdings, daß die über das Hamsunsche k verstreuten antihelvetischen fälle nicht genau kannte. ie Schweizer verhalten sich in hen Angelegenheiten nämlich ganz anders als die Deutschen. Diese haben die Beschimpfungen, die sie an den Kopf kriegten, stets umfassend dokumentiert – früher mit gereizt-abwehrendem, heute mit geknickt-zustimmendem Kommentar. Die selbstsicheren Schweizer jedoch tun, als hätten sie nichts gehört.

Nun haben jedoch die „Schweizer Monatshefte" (CH-8002 Zürich, Stockerstraße 14) in ihrer Ausgabe vom Februar eine an einer amerikanischen Universität wirkende Skandinavistin, Prof. Dolores Buttry, ausführlich über „Knut Hamsun und die Schweiz" referieren lassen. Er hat „es" (siehe oben) wirklich geschrieben...

Interessanter ist jedoch, daß Hamsun den Schweizern nicht nur vorwirft, der „Pest" (d. h. dem Geld) verfallen zu sein. Das kann man schließlich auch anderen vorwerfen. Schlimm ist für ihn vor allem der pädagogische Drang, der sich als Kehrseite der eidgenössischen Plutokratie missionierend nach außen richte. Hinzu kommen auch schon ökologische Argumente: es sei eine schweizerische Erfindung, die Natur mit einer Krätze von Hotels und Sanatorien zu überziehen. Stößt Hamsun in Rußland auf ein häßliches Haus, so wird es als „schweizerisch" abgehakt. Außerdem wirft der Dichter den Eidgenossen schlechte Qualität ihrer Waren (!) und geistige Nullität vor.

Das schweizerische Selbstbewußtsein scheint aber auch weiterhin unerschüttert zu sein. Die „Schweizer Monatshefte" drucken die seitenlangen Zitate ab, ohne sich zu einer Selbstrechtfertigung (oder gar Selbstanklage) genötigt zu sehen.

ANTON MADLER

Louis de Funès und seine „verrückten Politessen"

Ente in Einzelteilen

Eine Einstellung, nur wenige Sekunden dauernd, gewinnt sozusagen postum tiefere Bedeutung. Während einer Verfolgungssequenz zeigt die Kamera den Bösewicht neben einem drehbaren Buchgestell; in einem der Fächer steht Agatha Christies Kriminalroman „Miss Marples letzte Fälle".

Aber dieser Symbolismus war natürlich nicht eingeplant. Schließlich bewegt sich auch dieser letzte Film von Louis de Funès, wie schon zahlreiche vorher, im seichten Gewässer am schicken Strand von St. Tropez. „Le gendarme et les gendarmettes" heißt, nicht sonderlich aufregend, das Original, bei dessen Übersetzung „Louis und seine verrückten Politessen" der Verleih wieder einmal nicht richtig hingeguckt hat: Nicht die Politessen, sondern die Schutzleute des Reviers, denen sie zugeteilt werden, drehen durch, als die jungen Damen auftauchen.

Die vier äußerst ansehnlichen „Azubis", die ihre körperlichen Vorzüge alle mal angemessen (der Film ist freigegeben ab sechs) zur Schau *stellen dürfen*, sollen das Polizistenhandwerk von der Pike auf lernen. Just in diesem Revier wird gleichzeitig ein Computer in Betrieb *genommen*, dessen Software aus den Daten der Bevölkerung besteht. Ein Bösewicht will den Geheimcode zu diesen Daten knacken, und der befindet sich zufälligerweise aufgeteilt auf den Prägestempeln von vier Armbändern. Und wer trägt die? Richtig: Nacheinander werden die Mädchen auf eine schmucke Yacht entführt, wobei sie sich, eher behindert denn unterstützt durch ihre „erfahrenen" Kollegen, selbst befreien. Doch damit ist der Film noch nicht zu Ende: Der Innenminister persönlich erscheint auf der Bildfläche und erklärt, was es mit diesen Entführungen auf sich hat. Die Pointe, die sich Regisseur Jean Girault ausgedacht hat, verpufft allerdings wirkungslos.

Mit diesem Film hat sich Funès keinen glanzvollen Abgang gesichert. Er grimassiert, poltert, chargiert und gibt sich so total überdreht, wie man es von seinem letzten Dutzend Filme bis zum Überdruß kennt. Leider wird die Komik bei aller Übertreibung niemals absurd, was ihr eine neue Dimension gewonnen hätte: Sie bleibt vordergründig albern. Sechs erwachsene Männer, die sich so bescheuert anstellen, wenn sie vier weibliche Kollegen bekommen: Wer kann sich denn darüber noch ernsthaft amüsieren?

Ein kleiner Lichtblick war nur eine durchaus weltliche Nonne, die ein wahnwitziges Rennen mit ihrer Ente unternimmt, wobei das Auto nach und nach in seine Einzelteile zerfällt. *Bloß*: So neu ist das ja auch *nicht mehr*! Und die ranken Mädchen (Catherine Serre, Nicaise Jean-Louis, Babeth und Sophie Michaud) sind bestimmt nicht für die Politessen-Laufbahn geeignet. Allerdings auch nicht für den Schauspielerberuf, denn es ist ein bißchen zu dünn, aufs Stichwort seine Sätze abzuliefern und ansonsten lächelnd im Hintergrund zu stehen.

RAINER NOLDEN

Mannheim: Strindbergs „Stärkere" unter Falár

Schuhe, Schuhe, Schuhe

Man muß schon zaubern können, auch als Regisseur. Ob's am Ende das Kunststückchen selber ist, das verblüfft, oder der sichere Griff nach einem Theaterstoff, der freundlichen Premierenbeifall zeitigt, das muß hier offen bleiben. Aus einem kaum 15minütigen Strindberg-Dramolett von *1889 hat Hans Falár ein Zwei-Stunden*-Stück gemacht und es im Studio des Mannheimer Nationaltheaters präsentiert.

Bei Strindberg ist diese kleine Szene geschrieben für „Frau X., Schauspielerin, verheiratet" und „Mademoiselle Y., Schauspielerin, unverheiratet". Die Fiktion eines Dialogs gerät unversehens in den Monolog nur einer der beiden, dreht sich um ihr Verhältnis zueinander und zu dem einen Mann. Ein verlockendes Angebot, Bewußtsein einer Schauspielerin gegen die Abwesenheit der fiktiven Partner zu inszenieren und dabei, wie die Puppe aus der Puppe, die Frau, die Schauspielerin und alle jene Bewußtseins- und Rollenhäute aus der Schauspielerin zu ziehen, die sich aus solch partnerloser Spiegelbeziehung ergeben.

Noch vor Falár ist hier Helga Grimme zu nennen, der dieses Stück auf den Leib inszeniert worden war; *sie* spielt, spielt sich selbst und spielt sich als Schauspielerin. Der Abend ist ein Abend der Helga Grimme. Das zuerst. Die Vorlage, ein Beziehungsszenarium in die Entfaltung über einen einzigen monologischen Versuch zu bringen, ist freilich so neu nicht. (Man erinnere sich an die alte Tilla Durieux in dem Stück „Langusten".) Falár konnte da auf Bekanntes zurückgreifen und sein Handwerk vorführen.

So ist es Helga, die Stärkere, die sich und ihr Metier in Sätzen vorführt, die zeigt, was eine Schauspielerin können muß, wie man sich einer Szene und darin sich selbst nähert, wann sich Rolle und Identität aufzulösen beginnen, welche verschlungenen „Gänge" in immer neuen, alten Schuhen, (die Falár auf die Bühne stellen läßt) die Erinnerung im Augenblick des Spiels geht. Aus Falárs Zerlegung und der neu zusammengefügten und angereicherten Szene entwickelt Helga Grimme diszipliniert, fein, verletzt, wachsam, betonungsversessen das Gleichgewicht eines in sich selbstbeäugender Wachheit begriffenen Bewußtseins.

So gesehen: Strindberg pur. Nicht nur, oder besser: gerade nicht, weil er am Ende noch über Video kurz in die Szene kommt, sondern weil es hier offenbar gelang, über den Monolog mit Hilfe der auf psychologischen Symbolismus hin ausgesuchten Kleinrequisiten (Puppe, Wasser, Koffer, Schuhe, Schuhe, Schuhe, Stirnband) eine Geschichte über nur einen Kopf entstehen zu lassen, sozusagen in der Gleichzeitigkeit der mehrfach an ihr beteiligten Personen. Der ganze theatralische, aus Verletzungsverhältnissen kommende Strindbergsche Affekt setzte sich eben bei ihm auch über den Kopf und die Wörter in Szene.

Warum hat Falár dann doch noch zwei Frauen, als stumme Rollen hinzuinszeniert? Hatte er nicht ganz auf die Möglichkeit der einen Figur vertraut? Es wäre konsequent gewesen. Immer sichtbar, einmal auch hörbar bleibt die „Souffleuse" (Edelgard Marks) auf der Bühne. Ebenfalls stumm, mit einer Ausstrahlung hingegen, die Aufmerksamkeit anzieht: „Die Alte", schwarz, schweigend, weißhaarig: Charlotte Stahl. Sie wäre wie ein Gegenbild zum ganzen Ablauf zu sehen (Frage nur: hat da jemand ein bißchen auf Beckett geschielt, aufs „Ohio-Impromptu"?)

Daß Theater sich selbst spielt, das ist nicht neu. Eine aufgefundene Szene neu zu entdecken und zu einem gefundenen Fressen für Augen- und Kopflust zu machen, ebenfalls nicht. Ein grandioser Einfall hat den Abend nicht bestimmt. Bestimmend war Helga Grimme. Für sie hat Strindberg das Stückchen geschrieben, und Hans Falár hat es bemerkt.

REINER NERVAL

n Leben für den musikalischen Nachwuchs: Eduard Söring wird 80 Jahre

Es sind doch alles meine Kinder"

eute wird er 80. Seine vielen Ämter (was heißt hier Ämter – ind Arbeitsplätze!), angefangen m Vorstandsvorsitz der Deuten Stiftung Musikleben, haben in den letzten Jahren zu so as wie einer unverwechselba Schlüsselfigur in der Förderg des musikalischen Nachchses in der Bundesrepublik gecht. Doch die Frage, was er da entlich tue, beantwortet der Gealdirektor a. D. Eduard Söring staplerisch: Er sammle und vere schließlich nur Geld, das ihm ht gehöre, zugunsten junger nschen, an deren Begabung er ht schuld sei.

örings Bedeutung ist überupt nur verständlich auf dem tergrund eines Förderungssyms, das hierzulande den Staat, Hochschule, private Stiftungen d Mäzene, Rundfunkanstalten d prominente Künstler in freier d ziemlich komplizierter Initiati vereinigt, um mühsam und erderisch aus vielen großen und inen Töpfen jene Hilfen zu gennen, die die Hoch- und Frühbegabten zur Entfaltung ihrer Fähigkeiten brauchen.

Als der Hamburger Eduard Söring 1969 als Generaldirektor einer großen Zigarettenfirma in Pension ging, begann nicht etwa ein neues „musikalisches" Leben für ihn. Vor 69 Jahren erhielt er die erste Geigenstunde, 55 Jahre lang hat er regelmäßig Quartett gespielt. 1953 führte er in seiner Firma Arbeiterkonzerte ein (eine Tradition, die heute in den Belegschaftskonzerten großer Banken mit jungen Nachwuchskünstlern fortgesetzt wird). Namen wie Christoph Eschenbach („Der hat bei mir zum erstenmal öffentlich dirigiert") oder Justus Frantz tauchen dort auf.

Mit dem Wettbewerb „Jugend musiziert" wurde dann der große, breite Fundus erschlossen, auf dem sich inzwischen alles aufbaut. Dieser Wettbewerb und seine Folgemaßnahmen wie Bundesjugendorchester, die Konzerte junger Künstler oder der Deutsche Musikwettbewerb sind heute über seine Funktion im Deutschen Musikrat Sörings Arbeitsfeld. Sein erster Schützling war Thomas Brandis, später einer der drei Konzertmeister der Berliner Philharmoniker, zu den jüngsten gehört die Klarinettistin Sabine Meyer, die in Berlin gerade anfängt. Er spricht von ihnen allen wie von „meinen Kindern".

Wird da zuviel Ehrgeiz gezüchtet? Söring: „Ich gebe zu, da ist die Gefahr, daß zu früh Leistungsdruck entsteht, daß die Freude am Leben verlorengeht, daß die jungen Leute nicht mehr lachen können. Aber auf der anderen Seite: Wie will man anders die Frühbegabten herausfinden und fördern als durch den Wettbewerb?" Sein wichtigstes Anliegen war immer, die jungen Menschen bei dieser Gelegenheit auch zum Ensemblespiel zusammenzuführen – im Bundesjugendorchester, aber auch in vielen spontan gebildeten Kammermusikensembles.

Am 9. und 10. April werden sich einige seiner Schützlinge in Hamburg zu zwei großen Geburtstagskonzerten versammeln.

LEONID HOERSCHELMANN



Fördert die Künstler, wo er nur kann: der Hamburger Fabrikant Eduard Söring FOTO: HEDWIG BIEBER

„Schluckimpfung“ macht nach drei Jahrzehnten Schluß mit der Tollwut

Präparierte Hühnerköpfe für Füchse / Feldversuch in Hessen und Bayern

H. H. KANNENBERG, **Frankfurt**

Es begann 1950 in den Wäldern rund um Danzig. Seitdem ist die Tollwut in Europa auf dem Vormarsch. Längst hat sie die Alpen überschritten und auch Frankreich erreicht. 100 000 Tiere starben in der Bundesrepublik als aktenkundige Tollwutopfer. Die Dunkelziffer liegt vermutlich mehr als doppelt so hoch. Auch 50 Menschen fanden in Deutschland durch die Seuche den Tod – 35 in der „DDR“, 15 in der Bundesrepublik.

Im Mittelpunkt der tödlichen Bedrohung steht der Fuchs, er ist Hauptüberträger der Tollwut. Man rückte ihm jahrelang mit Giftgas auf den Bau, bis Mitte der 70er Jahre Gerichte den intensiven Gaskrieg in unseren Wäldern untersagten. Auch die Jäger konnten mit Pulver und Blei die Krankheit nicht stoppen. Nach mehr als drei Jahrzehnten Tollwut-Krisis in Kontinentaleuropa hofft man nun, die Seuche in den Griff zu bekommen – durch eine „Schluckimpfung“.

Tote Viren wirkungslos

Als Vorreiter wurden zwei Waldareale in Hessen (1500 Quadratkilometer im Taunusdreieck zwischen Rhein und Main) und Bayern (500 Quadratkilometer zwischen Isar und österreichischer Grenze) ausgewählt. Bis 1985 hofft man diese Gebiete tollwutfrei zu haben.

Die „Schluckimpfung“ steht nun am Ende einer Entwicklung, die Anfang der 60er Jahre in den USA begann. Damals fing man Füchse in Fallen, impfte sie und ließ sie wieder frei. Das Ergebnis war entmutigend. Die Tollwut konnte nicht gestoppt werden. Impfversuche auf die gleiche Art in Niedersachsen enthüllten den Grund des Mißerfolges. In den Fallen landeten nur vier von 100 Füchsen. Um die Seuche in einem Revier zum Stillstand zu bringen, müssen jedoch 50 bis 60 Prozent des Fuchsbestandes geimpft werden.

Die Idee, mit Impfstoff präparierte Köder in größeren zusammenhängenden Gebieten auszulegen, brachte die Lösung. Als „Häppchen“ wurden Hähnchenköpfe gewählt, für den Fuchs schier unwiderstehliche Leckerbissen. Im Inneren des Hähnchenkopfes steckt ein Plastikbeutel, gefüllt mit Tollwut-Vakzinen. Wenn der Fuchs den Kopf zerkaut, wird der Impfstoff freigesetzt. Die Tiere merken nichts.

Um die Art des in Kanada entwickelten Impfstoffes gab es anfangs Auseinandersetzungen. Abgetötete Tollwutviren, wegen der gefahrlosen Verabreichung das Optimum, erwiesen sich als wirkungslos. Sie vermochten beim oral geimpften Tier keine Tollwut-Antikörper zu erzeugen. Vakzine mit lebenden Viren drohten gesunde Kleintiere (Ratten und Mäuse) krank zu machen. Erst als man die zur Vakzine verwendeten Virenstämme (gewisse ERA-Varianten und Flury/HEP) durch einen anderen Virusstamm ersetzte, kam die Sache in Schwung. SAD-Viren waren als Vakzinegrundlage nicht nur ungefährlich, sie drückten die Produktionskosten auch um neun Zehntel, weil sie in wesentlich geringerer Konzentration wirksam werden.

Bewährungsprobe im Wallis

Ihre praktische Bewährungsprobe bestand die SAD-Vakzine in der Schweiz. Dort wurden im Kanton Wallis in vier Jahren 80 000 präparierte Hähnchenköpfe ausgebracht. Nach Ende der Aktion war das Wallis tollwutfrei.

In der Bundesrepublik übernahm die Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten (Tübingen) die Herstellung der SAD-Vakzine. Die jetzt angelaufenen Feldversuche in Hessen und Bayern sollen bei Erfolg auch auf andere Bundesländer ausgedehnt werden.

Pro Quadratkilometer werden 15 vakzinegestopfte Hähnchenköpfe ausgelegt. Die genügen, um in drei Jahren, so Professor Günter Wachendörfer, Chef des Staatlichen Veterinäruntersuchungsamtes Frankfurt und wissenschaftlicher Leiter des Projektes, 50 Prozent der Füchse immun zu machen.



Hohe Runde FOTO: MANFRED GROHE

Frankfurt bleibt „Hochburg des Verbrechens“

AP, **Frankfurt**

Die Stadt Frankfurt wird ihren Ruf als „Hochburg des Verbrechens“ nicht los. In der Kriminalstatistik registrierte die Polizei für das Jahr 1982 mit 120 518 Fällen einen neuerlichen Anstieg um 7,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Im Landesdurchschnitt Hessen stieg die Zahl der Verbrechen um 5,7 Prozent. Wie Polizeipräsident Karlheinz Gemmer gestern bei der Vorlage der Statistik weiter erklärte, stieg die Aufklärungsquote von 39,7 um 3,1 auf 42,8 Prozent.

Die Stadt erreichte 1982 eine sogenannte Häufigkeitszahl – das Verhältnis der Einwohnerzahl zu den Kriminalfällen – von 17 540 im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten wie Hamburg mit 14 343, Berlin mit 13 547 oder Köln mit 9427. Eine besonders hohe Steigerungsrate verzeichnete die Polizei beim Straßenraub. Dies liege vor allem in einer statistisch schwer erfaßbaren Zunahme der sogenannten Beschaffungskriminalität von Drogenabhängigen.

Richter schloß Oper

SAD, **Rom**

Ein römischer Richter hat die Oper der Stadt aus Sicherheitsgründen schließen lassen. Begründung: Die Notausgänge würden von parkenden Wagen verbarrikadiert, die elektrischen Leitungen seien fahrlässig verlegt und gefährdet seien auch die Verbindungstreppen zwischen den Rängen.

Lennon wurde beschattet

dpa, **New York**

Der im Dezember 1980 in New York ermordete Ex-Beatle John Lennon wurde Anfang der 70er Jahre von Agenten des amerikanischen Bundeskriminalamtes FBI beschattet. Das geht aus bisher geheimen Akten hervor, die von der „Los Angeles Times“ veröffentlicht wurden. Ziel der FBI-Aktion sei es gewesen, einen Anlaß für Lennons Ausweisung aus den USA zu finden, weil befürchtet wurde, daß er eine massive Anti-Kriegs-Demonstration gegen den damaligen US-Präsidenten Richard Nixon anführen könnte.

Auf dem Weg ins All

AP, **Tel Aviv**

Israel hat eine staatliche Raumfahrtagentur gegründet, die innerhalb der nächsten zehn Jahre den ersten israelischen Satelliten in den Weltraum schießen soll.

Langstreckenrekord

dpa, **Seattle**

Einen bemerkenswerten Langstrecken-Rekord für zweistrahlige Düsenverkehrsflugzeuge hat eine neue amerikanische Boeing-767 aufgestellt. Der Jet bewältigte die 8850 Kilometer lange Distanz von Lissabon nach Seattle im Nordwesten der USA ohne Zwischenlandung in 11 Stunden und 30 Minuten.

Wepper verurteilt

rtr, **München**

Zu 18 000 Mark Geldstrafe wegen Steuerhinterziehung hat gestern ein Münchner Amtsrichter den Schauspieler Fritz Wepper (41), Kriminalassistent in der beliebten Fernsehserie „Derrick“, verurteilt.

Absturz im Schneesturm

dpa, **Teisendorf**

Alle drei Insassen des Traunsteiner Rettungshubschraubers sind am Dienstagabend beim Absturz der Maschine ums Leben gekommen. Der Helikopter war bei dichtem Schneetreiben wenige hundert Meter neben der Autobahn München–Salzburg im Gemeindebereich Teisendorf auf eine Wiese gefallen und ausgebrannt.

Attentäter in Heilanstalt

AP, **München**

Der 42jährige Alfred G., der 198[illegible] den Münchener Weihbischof Matthias Defregger mit einer Zyankalispritze töten wollte, muß im Bezirkskrankenhaus München-Ha[illegible] bleiben. Ein Münchener Schwurgericht verfügte gestern die Unterbringung des schizophrenen Attentäters in dem psychiatrischen Krankenhaus.

LEUTE HEUTE

Neuer Versuch

Nach ihrem letzten Erfolg als James-Bond-Girl im „Spion, der mich liebte“ war es um **Barbara Bach** ruhig geworden, bis sie vor zwei Jahren noch einmal Schlagzeilen machte: durch ihre Hochzeit mit Ex-Beatle **Ringo Starr.** Jetzt hofft Barbara auf ein Comeback im Flimmergeschäft – an der Seite von **Richard Johnson** und **Joseph Cotten** in einem Abenteuerfilm, der in einigen Wochen auch auf unseren Leinwänden erscheint.

Kummer-Fraß

Hollywood-Star **Marlon Brando** (58) stürzt sich ins Essen wie noch nie – aus Liebeskummer. Wie die englische Zeitung „Daily Star“ unter Berufung auf Freunde meldet, hat Brando von seiner japanischen Freundin **Yachio Tsubaki** (27) einen Korb bekommen und wiegt inzwischen 333 Pfund. Der Schauspieler wollte die Japanerin zu seiner dritten Frau machen. Aber sie lehnte seinen Heiratsantrag mit der Begründung ab, ihr aus dem Adel stammender Vater würde „entehrt“, wenn sie einen Geschiedenen ehelichte.

Opas Dreh

Mit einem eleganten Dreh versucht **Charles Aznavour** (58), Vater von drei Kindern, seinen Fans auszureden, daß seine Tochter **Seda** ihn zum zweiten Mal zum Großvater gemacht hat. Aznavour, der sich wegen verschiedener Engagements in den USA (wie er sagt), vermutlich aber auch wegen seiner Probleme mit dem französischen Fiskus (wie viele Zungen behaupten), mit seiner Familie in Los Angeles niedergelassen hat, erklärte Gratulanten: „Ich habe mir immer mehr Kinder gewünscht, deshalb werde ich **Jacob** mehr Vater als Großvater sein.“

Alles geregelt

Nach einer Operation am offenen Herzen vor etwa zwei Monaten hat **Jerry Lewis** (57) sein Leben völlig umgestellt. Nachdem er 43 Jahre lang jeden Tag vier Pakete Zigaretten geraucht hatte, packt er



heute keine einzige mehr an. Adieu sagte er auch den Süßigkeiten: „Schokolade und Bonbons waren jahrelang meine Grundnahrung.“ Vor allem aber heiratete er nach der Herzoperation die 32jährige Tänzerin **Sandee Pitnick.** Lewis: „Alle meine Herzensangelegenheiten sind geregelt ...“

Ökologen warnen vor dem Run auf Achttausender

In München begann Himalaya-Konferenz des Alpenvereins

AP, **München**

Mit deutlichen Warnungen vor einem Massentourismus nach Nepal und einem Ansturm auf die 8000er-Gipfel begann gestern die „Himalaya-Konferenz 83“ des Deutschen Alpenvereins in München. In Anwesenheit prominenter Bergsteiger wie Toni Hiebeler und Reinhold Messner, beklagte der nepalesische Ökologe Karna Sakya, im luxuriösen Konferenzsaal des Europäischen Patentamtes, die Zerstörung der Himalaya-Landschaft, die ohne ausländische Hilfe nicht mehr aufzuhalten sei.

In den letzten 25 Jahren, so Sakya, sei ein Viertel der nepalesischen Wälder verschwunden – „allein eine Million Hektar in der letzten Dekade“ –, und der Monsun trage jedes Jahr 240 Millionen Kubikmeter Erde nach Indien. Wenn sich der Abbau der Wälder fortsetze, könnte dies ein ökologisches Chaos auf dem gesamten indischen Subkontinent auslösen.

Viele Umweltschützer betrachteten den Tourismus in Nepal als „kulturelle Prostitution“ und als Katalysator für die Zerstörung der Bergwelt, sagte Sakya. Trotz dieser Skepsis solle man den Tourismus aber lieber als „nahrhaften Fisch“ betrachten, dessen Gräten dem Gourmet zu schaffen machen könnten, wenn er nicht aufpasse.

Seit Nepal nach Jahren der fremdenfeindlichen Isolation in den fünfziger Jahren seine Grenzen dem Tourismus geöffnet habe, habe eine „dramatische Umformung“ eingesetzt. Leider gäben die Touristen weniger als 15 US-Dollar täglich im Land aus, verglichen mit 150 Dollar pro Tag und Kopf in Hongkong. Deshalb lege Nepal jetzt Wert auf die Entwicklung des gehobenen Tourismus, um die vorhandenen Einrichtungen so gut wie möglich zu nutzen, ohne die natürliche Schönheit der Berglandschaft zu zerstören und die Ressourcen zu verschwenden.

Hiebeler wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß es im Himalaya immer mehr Höhentote gebe, seit untrainierte Urlauber für 15 000 bis 25 000 Mark an sogenannten Ferienexpeditionen auf Gipfel von 7000 oder gar 8000 Meter Höhe teilnehmen könnten. Zu Sakyas Warnungen vor dem Massentourismus meinte Hiebeler, man stehe im Himalaya jetzt da, wo man vor 100 Jahren in den Alpen gestanden habe, als die Bergführer von Zermatt die Gäste noch mit der Sänfte in die Höhe trugen. Die Konferenz dauert bis Freitag. In drei Arbeitsgruppen sollen Empfehlungen über eine sinnvolle staatliche und nichtstaatliche Entwicklungshilfe für die Region sowie Regeln für angemessenes Verhalten von Bergsteigern im Himalaya ausgearbeitet werden.

Wer ein Auto leiht, wird reich beschenkt

Ruinöser Kampf um Kunden im US-Leihwagengeschäft

WOLFGANG WILL, **New York**

„Also, sie haben die Wahl“, strahlt die Schöne von National Rent-a-Car, „möchten Sie für das einmalige Automieten diese formschöne grüne Digital-Weckeruhr haben oder lieber einen Gutschein? Wenn sie genügend Gutscheine haben, können sie dafür elektronische Geräte kostenlos oder zu hohem Nachlaß bekommen.“

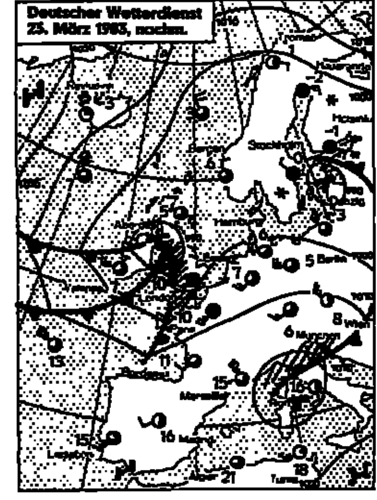
Der Kunde nimmt die Uhr. Als er den Mietwagen abgibt, macht die Rechnung 25 Dollar aus – die Uhr aber, so ist jedem Kaufhauskatalog zu entnehmen, wird mit etwa 18 Dollar gehandelt. Von Gewinn kann da kaum noch die Rede sein. „Wir können an diesem Geschenke-Rummel schnell Pleite gehen“, räumt der Vertreter eines anderen großen Autoverleihs ein, „aber was bleibt einem übrig: Die Konkurrenz ist überwältigend, und nachdem eine Firma mit solchen, mit immer größer und kostbarer werdenden Geschenken gelockt, die Kunden geködert hat, mußten alle nachziehen. Sonst hätten wir doch Kunden verloren.“

Den Startschuß zur Geschenke-Kampagne hatte Budget gegeben. Hertz, Erstplazierter in diesem Feld und somit „angegriffene Partei“, konterte sofort, und alle zogen nach. Wer bei Avis fünfmal einen Wagen mietet, bekommt einen Kassettenrecorder. Zusätzliche Gutscheine führen zu einem Farbfernseher oder, stark verbilligt, zu einem Urlaub auf der „Queen Elizabeth“. Wer bei Dollar-Rent-a-Car mietet, bekommt Rabattmarken, die in Spezialgeschäften gegen Hausrat jeder Art eingetauscht werden können, und wer bei Hertz 40mal ein Auto und jedesmal für wenigstens vier Tage gemietet hat, kann rechnen mit: einem Heimcomputer von Texas Instruments, vier Kristall-Biergläsern, 18 freien Übernachtungen in bestimmten Hotels, kostenloser Cadillac-Mietwagen-Benutzung für zwei Wochen und zwei Freiflügen zwischen den USA und wahlweise Hawaii, Bermuda oder Bahama.

Frank Olson, Chef von Hertz, bezeichnet diese Praxis als „dumm und zerstörerisch“, der Chef von National, Bemiss Rolfs, spricht von „Idiotie“ – aber alle machen mit und übertrumpfen sich. Was den Kunden freut, geht an die Substanz des Mietwagengeschäfts. Die Gewinne dieser Leihwagenindustrie sind in den USA von 250 Millionen Dollar im Jahre 1979 auf unter 50 Millionen Dollar im letzten Jahr gesunken. Budget hat von der Offensive profitiert: Der Budget-Anteil am US-Leihwagengeschäft stieg von einst sieben auf nunmehr 16 Prozent – doch über Gewinne sagen diese Ziffern nichts aus. (SAD)

WETTER: Regnerisch

Wetterlage: Die Ausläufer eines Tiefs über der südlichen Nordsee führen feuchte und wolkenreiche Meeresluft nach Deutschland.



Vorhersage für Donnerstag

Bundesgebiet und Berlin: Überwiegend stark bewölkt bis bedeckt und verbreitet Regen oder Sprühregen. Tageshöchsttemperaturen in der Nordhälfte nahe null Grad, sonst um 3 Grad. Mäßiger bis frischer, in Böen stürmischer Wind um West.

Weitere Aussichten

Im Bergland Schneeschauer, Temperaturrückgang.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	5°	Kairo	21°
Bonn	8°	Kopenh.	5°
Dresden	5°	Las Palmas	19°
Essen	7°	London	10°
Frankfurt	8°	Madrid	16°
Hamburg	6°	Mailand	12°
List/Sylt	9°	Mallorca	16°
München	6°	Moskau	2°
Stuttgart	8°	Nizza	16°
Algier	21°	Oslo	4°
Amsterdam	7°	Paris	10°
Athen	17°	Prag	6°
Barcelona	16°	Rom	16°
Brüssel	6°	Stockholm	0°
Budapest	8°	Tel Aviv	20°
Bukarest	15°	Tunis	18°
Helsinki	–1°	Wien	8°
Istanbul	15°	Zürich	7°

Sonnenaufgang* am Freitag: 6.15 Uhr, Untergang: 18.43 Uhr, **Mondaufgang:** 14.10 Uhr, Untergang: 5.13 Uhr.
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Schwere Vorwürfe gegen französische Ärzte

Ärzteverband stellt sich hinter Mediziner, die Zellen menschlicher Föten für die Heilung todkranker Kinder verwenden

HEINZ WEISSENBERGER, **Paris**

Eine heftige Kontroverse um die Verwendong von menschlichen Föten zu therapeutischen Zwekken, in der Worte wie „Nazi-Methoden“ fielen und gefordert wurde, „die Verschwörung des Schweigens muß gebrochen werden“, erregt die medizinische Welt in Frankreich.

Ein im November 1981 gegründeter internationaler Verband gegen die Benutzung menschlicher Föten (ACEFH) zieht mit allen propagandistischen und juristischen Mitteln gegen die Versuche mit angeblich noch lebenden Föten zu Felde. Die von der ACEFH angegriffenen Ärzte wehren sich energisch: „Wir benutzen nur klinisch tote Föten zur Behandlung sonst unheilbarer und tödlicher Krankheiten bei kleinen Kindern.“

Die Vorwürfe gegen die Ärzte in Lyon und Bordeaux, die laut ACEFH lebende Föten von 16 und mehr Wochen per Kaiserschnitt aus dem Mutterleib entfernten, wurden vor wenigen Tagen erneut auf einem Kolloquim in Nizza erhoben. Namentlich erwähnte hier der ACEFH-Präsident, der Richter Claude Jacquinot, den Lyoner Professor Jean-Louis Touraine.

Jacquinot teilte mit, daß sein Verband in Lyon bei Gericht Klage gegen Touraine eingereicht habe. Er sagte, in anderen Laboratorien, deren Namen er nicht nannte, würden sogar Föten im Alter von 21 Wochen verwendet und ihnen die Köpfe abgetrennt. Professor Touraine widersprach: „Wir verwenden nur Föten, die von Abtreibungen stammen, welche streng im RaKmen des Gesetzes vorgenommen wurden. Der ACEFH soll doch sagen, wo er angeblich die abgeschnittenen Köpfe gesehen hat.“

Touraine sagte, in Bordeaux, wo der ACEFH bereits Klage eingereicht hatte, sei diese von der Justiz niedergeschlagen worden, da die Ermittlungen die Unrichtigkeit der Behauptungen des ACEFH erwiesen hätten. Touraine erklärte: „Wir umgeben unsere Arbeiten keinesfalls mit einem Schleier des Geheimnisses“. Er habe darüber auf medizinischen Tagungen berichtet und sie mit zahlreichen Juristen, Theologen und Behördenvertretern erörtert.

Per Lyoner Professor sagte, nur dank der Forschungen mit Föten könnten die Kinder behandelt werden, die ohne natürliche Immunität gegen Infektionen geboren werden und unter Plastikzelten streng von der Außenwelt getrennt leben müssen. Bisher gebe es außer der Knochenmark-Transplantation eine einzige Behandlungsmethode dagegen, nämlich die Injektion von Zellen menschlicher Föten.

In den letzten 15 Jahren, seit diese Methode angewandt wird, sind in Europa 50 und in der ganzen Welt etwa 100 Kinder derart behandelt worden, 20 davon bei Professor Touraine im Universitätskrankenhaus Claude-Bernard in Lyon. Laut Touraine könnten jährlich rund 50 Kinder behandelt werden, wenn nicht, wie früher bei Organspenden, „Vorurteile und Skrupel“ verhinderten, daß Transplantationsmaterial rechtzeitig zur Verfügung stehe.

„Für die Kinder mit einem schweren Immunitätsdefizit finden wir in 60 Prozent der Fälle keinen geeigneten Spender, der ja nur aus der engsten Familie kommen kann. In diesen Fällen ist die Transplantation von Leber- und Thymusdrüsenzellen von Föten die einzige Möglichkeit der Heilung. Haben wir das Recht, diesen Kindern die Heilung zu verweigern? Für mich wäre dies unterlassene Hilfeleistung.“

Der französische Ärzteverband hat sich voll hinter Professor Touraine gestellt. Der Präsident des ethischen Ausschusses des Verbands, Professor Louis René, erklärte: „Es ist skandalös, daß derart schwerwiegende Anklagen gegen ihn ohne Beweise erhoben werden. Man beraubt damit die Kinder, die sonst unrettbar verurteilt wären, der einzigen zur Zeit bekannten Heilmethode.“ (SAD)

ZU GUTER LETZ[T]

Werbekampagne eines Dortm[und]er Gymnasiums, um angesic[hts] des Pillenknicks Grundschüler [an]zulocken: „Wir sind das rich[tige] Gymnasium für Arbeiterkin[der], denn wir fangen mit Latein an[. Da] spielt es keine Rolle, ob die El[tern] die Aussprache richtig beh[err]schen.“

